

**Friedliche Koexistenz in unserer Zeit
Der neue Kalte Krieg und die Friedensfrage**

Arne C. Seifert

Friedliche Koexistenz in unserer Zeit

Der neue Kalte Krieg und die Friedensfrage

Welt  Trends

WeltTrends, Potsdam 2021

www.welttrends.de

WeltTrends

MedienHaus Babelsberg

August-Bebel-Straße 26-52

D-14482 Potsdam

Tel: +49 (0) 331 / 721 20 35

Fax: +49 (0) 331 / 721 20 36

E-Mail: verlag@welttrends.de

Arne C. Seifert

Friedliche Koexistenz in unserer Zeit

Der neue Kalte Krieg und die Friedensfrage

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

© WeltTrends, Potsdam 2021

Satz/Gestaltung: Ivo Olias | printlayout-und-webdesign.de

Druck: docupoint, Magdeburg

ISBN: 978-3-947802-75-3

Inhaltsverzeichnis

KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA	3
1 Zu diesem Papier: Was es will und was es nicht kann	4
2 Einleitung – Vom Sinn des Erinnerns an die KSZE-Schlussakte. . .	5
3 Multipolare Konturen	7
4 Anamnese des neuen Kalten Kriegs	9
Historischer Exkurs	
5 West-Ost-Konfrontation und Kalter Krieg „reloaded“	14
6 Der neue Kalte Krieg und Problemstellungen im Licht der Friedensfrage	15
7 Neuer Kalter Krieg und West-Ost-Konflikt – Sachverhalte, Ursachen, Wirkungen	17
8 Hegemoniale Transformationsoffensive.	20
9 „Washington Consens“.	23
10 „Kalter Wertekrieg“ versus friedliche Koexistenz	26
11 Die politische Kriegsführung ist zurückgekehrt	28
12 Historische Hintergründe	31
13 Gewinn/Verlust-Bilanz des „Kalten Wertekriegs“	34
14 „Russland wird wieder gebraucht“	36
15 Demontierte Chancen	37
16 Die NATO-Osterweiterung oder der Sicherheitsbetrug an Russland	42
17 Die USA und der Sicherheitsbetrug an Russland	47
18 Neuer Kalter Krieg als evolutionärer Prozess	50
19 Zusammenfassung	55

KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (KSZE)

PRÄAMBEL DER SCHLUSSAKTE: PRINZIPIEN GEGENSEITIGEN VERHALTENS DER STAATEN EUROPAS UND DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

„Achtung der Gleichheit und Souveränität; Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt; Beachtung der Unverletzbarkeit der Grenzen sowie der territorialen Integrität der Staaten; friedliche Regelung von Streitfragen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit; Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker; freundschaftliche und gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.“

Die Signatarmächte der Schlussakte von Helsinki verpflichteten sich im Interesse der Gewährleistung der Sicherheit in Europa weiterhin:

- Anstrengungen zu unternehmen, um die Entspannung im universellen Sinne sowohl zu einem dauerhaften als auch zu einem immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozess zu machen;
- zur Entwicklung besserer und engerer Beziehungen untereinander auf allen Gebieten und damit zur Überwindung der aus dem Charakter ihrer früheren Beziehungen herrührenden Konfrontation sowie zu besserem gegenseitigem Verständnis (beizutragen);
- Ihre Bemühungen zur Überwindung des Misstrauens und zur Vergrößerung des Vertrauens zu vereinigen, die Probleme, die sie trennen, zu lösen und zum Wohl der Menschheit zusammenzuarbeiten;
- in der Erkenntnis der engen Verbindung zwischen Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt und im Bewusstsein der Notwendigkeit, dass jeder von ihnen seinen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der Welt und zur Förderung der Grundrechte, des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und des Wohlergehens aller Völker“ (zu leisten).¹

1 KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA SCHLUSSAKTE, HELSINKI, 1975, Präambel und S.3, <https://www.startpage.com/do/dsearch?query=KSZE+Schlu%C3%9Fakte+von+Helsinki&cat=web&pl=ext-ff&language=deutsch&extVersion=1.3.0>.

1 **Zu diesem Papier:** **Was es will und was es nicht kann**

Es geht in ihm darum, die Evolution des subjektiven Faktors, bezogen auf das Staatenverhältnis in ihren internationalen Beziehungen, aus friedenspolitischer Perspektive nachzuzeichnen und die fundamentale zivile Errungenschaft *Friedliche Koexistenz* in Erinnerung zu rufen.

Letzteres zu beantworten ist ohne Schwierigkeit: Es geht um friedenserhaltende Staatenbeziehungen, folgerichtig um die Frage von internationalem Krieg oder Frieden.

Das Papier kann kein Schema für die Rückkehr zu friedlicher Koexistenz der Staaten vorlegen, namentlich europäischer und eurasischer. Auch einige wesentliche Aspekte, wie militärpolitische, kommen zu kurz.

Immerhin zeichnen die empirischen Untersuchungen des Papiers gewisse produktive Konturen ab, an welchen Entspannungswilligkeit ansetzen könnte. Solche Umrisslinien lässt die Analyse des subjektiven Verhaltens der zentralen europäischen Mächte sowie der USA in den Perioden des Helsinki-Prozesses friedlicher Koexistenz sowie der Evolution eines neuen Kalten Kriegs nach 1989/90 erkennen. Es könnte gerade der subjektive Faktor mit seinen Differenzierungen sein, welcher vertrauens- und entspannungspolitisches Potential in sich birgt, das es herauszufinden gilt.

Das will dieses Papier. Es geht in ihm darum, die Evolution des subjektiven Faktors, bezogen auf das Staatenverhältnis in ihren internationalen Beziehungen, aus friedenspolitischer Perspektive empirisch nachzuzeichnen und vor diesem Hintergrund einerseits die fundamentale zivile Errungenschaft *Friedliche Koexistenz* in Erinnerung zu rufen. Andererseits, mit einer „Anamnese des neuen Kalten Kriegs“, der Antipode friedlicher Koexistenz, dessen kausalen Widersprüche, Strukturen und Friedensbedrohlichkeit zu verdeutlichen. Analysekriterien sind die Widersprüche und Gegensätze zwischen den Seiten, ihr Charakter und soziales Wesen; der Übergang von Widerspruch zur Krise; das Hineinwachsen von Krisen in den Konflikt sowie deren inhaltliche Substanz; der Eskalationsprozess und sein Umschlagen von Frieden in Krieg; das Phänomen gleichzeitiger Totalisierung von Politik und Mitteln.

Worin besteht die Aktualität dieser Absicht? „Friedliche Koexistenz“ ist als Denk- und Analysekategorie bei Verfassern, ob Individuen oder strategischen „Think Tanks“, weitgehend ausgemerzt. Obgleich die „Schlußakte von Helsinki“ (1975) und die „Charta von Paris für ein neues Europa“ (1990)

gleichbleibend als konstitutive Grundlagen einer europäischen Friedensordnung gelten, wird beiden ihr Wert als ordnungspolitische und praktikable Arbeitsinstrumente der Friedenserhaltung abgesprochen. Die gebräuchlichsten Argumente dafür lauten „Ihr Zeitwert sei abgelaufen“ oder/und sie seien „obsolet“ angesichts vergleichsweise veränderter internationaler Bedingungen. „Obsolet“ sind realiter jene Argumente, erfordern doch die aktuellen internationalen Umstände und Herausforderungen kein geringeres Ringen um Frieden, als im ersten Kalten Krieg. Gefragt bleiben die primären Triebkräfte hinter den Erfolgen von Helsinki – politische Weitsicht, Wille zu Frieden und Abwenden einer atomaren Katastrophe. Verlangt bleibt das Format der Staatsführungen der Siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts – intellektuell sowie politisch fähig, flexibel und kompromissbereit und entschlossen. Diese im doppelten Sinne „Klasse“ ist abhanden gekommen, genauso wie friedliche Koexistenz als erstrebenswertes Ziel, Absicht und Instrument internationaler Politik und Staatenverhaltens. Folglich machen den fundamentalen subjektiven Unterschied zu Helsinki die konfrontativen Veränderungen in Denken und Absichten von Politikern aus.

Das Papier verweigert sich zugleich nicht oben erwähnten Argumenten. Das kann nicht anders sein, weil einer empirischen Analyse des subjektiven Faktors nicht erlaubt ist, prinzipielle Unterschiede zu übersehen, welchen eine sozial-historische Größe wie diese Kraft unterworfen ist. Sie ist von gesellschaftlichen Verhältnissen und deren Veränderungen nicht zu trennen, wozu die Gesellschaftsordnungen gehören. Gerade in deren Konstellationen vollzogen sich mit dem Untergang der sozialistischen Gesellschaftsordnung 1989/90 fundamentale Veränderungen, aus denen die kapitalistische erneut als global dominierende hervorging.

Infolgedessen bewegt sich auch der subjektive Faktor, im Vergleich zum „alten“ Ost-West-Konflikt und Kalten Krieg innerhalb grundsätzlich veränderter Widersprüche und Antagonismen. Er ist im gegenwärtigen West-Ost-Konflikt und seinem Kalten Krieg neuen internationalen Wirkungsbedingungen, friedenspolitische eingeschlossen, unterworfen: Widersprüche, Rivalitäten, Antagonismen und deren Träger stehen sich in einer gemeinsamen kapitalistischen Gesellschaftsordnung *global* gegenüber. Für den Westen läuft diese neue Situation darauf hinaus, dass er seinen hegemonialen „Kalten Wertekrieg“ unter Bedingungen einer multipolaren Welt zu führen hat, in welcher sein politisches System über keine Mehrheit verfügt. Er läuft damit Gefahr, sich in die Position eines neo-imperialistischen Blocks zu manövrieren.

2 Einleitung

Vom Sinn des Erinnerns an die KSZE-Schlussakte²

Im Mittelpunkt stand der politische Wille aller Teilnehmer, die Beziehungen zu verbessern, zu Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit beizutragen

Die Schlussakte ging in die Realität europäischer Politik als ein gewisser Leitfaden für die Beziehungen ihrer Unterzeichnerstaaten ein. Nicht das Trennende dominierte in ihren Formulierungen, sondern das, was als Grundlage für kommendes gemeinsames Handeln akzeptiert wurde.

Im Mittelpunkt stand die Aufgabe, Begriffe wie Frieden und Sicherheit sowie dafür erforderliche Zusammenarbeit in einen auch gegenwärtig notwendigen, ja zwingenden Zusammenhang zu stellen. Hier geht es um das immer noch gültige Hauptanliegen einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur und -politik in der Komplexität ihrer Elemente.

Mit der KSZE, ihren Regelungen und Festlegungen nahm eine neue internationale Verhandlungsstruktur ihren Anfang. Das Prinzip der Gleichberechtigung aller Teilnehmerstaaten war eine Absage an jegliche Versuche, Blockstrukturen in den Prozess einzuführen. Zumindest galt das für dessen Beginn.

Das geschah vornehmlich mit der Erklärung über einen Katalog für die Gestaltung der Beziehungen, von denen sich die Teilnehmerstaaten leiten lassen sollten, nämlich den Prinzipien über bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung, über die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik und der Umwelt sowie die Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen mit den später besonders kontrovers debattierten Themen wie menschliche Kontakte und Information.

2 Dieser Text stammt aus der Feder von Herrn Peter Steglich, Botschafter a.D. Beginnend mit Vorbereitungen zur Konferenz von Helsinki sowie der Erarbeitung der Schlussakte begleitete P. Steglich den nachfolgenden Helsinkiprozess durchgängig: 1977-1990 als Stellvertreter der Leiter der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. In diesem Zeitraum leitete er die DDR-Delegation auf den KSZE-Folgetreffen in Madrid (1980-1983) und Wien (1986-1989) sowie zu anderen KSZE-Konferenzen in Bonn, Hamburg und Paris. Der Abschnitt ist zitiert aus Peter Steglich, Vierzig Jahre Schlussakte von Helsinki, Blaue Reihe, Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin, 2015, Heft 53, S. 5/6.

Mit dem Text von Helsinki aus dem Jahre 1975 setzte letztlich jeder Teilnehmer im Wesentlichen das durch, was er zur Sicherung seiner Interessen für erforderlich hielt: Der damals regierende Sozialismus in Gestalt des Warschauer Vertrages sah die seinerzeitigen politischen wie territorialen Realitäten durch die Prinzipien Gewaltverzicht, Achtung der territorialen Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen sowie Achtung der Souveränität und Nichteinmischung abgesichert. Dem westlichen System waren die Achtung der Menschenrechte im Prinzipienkatalog, die detaillierte Ausgestaltung des breiten Spektrums humanitärer Fragen sowie das enorm große Themenfeld der Information und die Problematik der ökonomischen Zusammenarbeit vor allem im Hinblick auf die Wahrung eigener kommerzieller Vorteile unverzichtbare Anliegen.

Hervorzuheben ist die Rolle der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten. Bis auf eine Ausnahme – die des ehemaligen Jugoslawien – bewegten sie sich in der Regel systembedingt auf westlicher Seite. Dennoch war ihre Rolle als Vermittler und Koordinator in verschiedenen Arbeitsgruppen oder im Konferenzplenum gefragt. Das galt selbstverständlich besonders in den zahlreichen Fällen der Notwendigkeit, Kompromisse größeren oder kleineren Ausmaßes auszuhandeln.

Die Schlussakte und der aus ihr hervorgegangene, auch militärische und vertrauensbildende Entspannungsprozess gehen in die internationalen Angelegenheiten als ein praxiserprobtes Beispiel dafür ein, dass friedliches koexistieren und kooperieren von Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systemen möglich und gestaltbar sind.

Eine solche Konstruktion kann auch als konsequent demokratisches Staatenverhalten in ihren internationalen Beziehungen verstanden werden. Ohne dieses wird eine multipolare Welt nicht in Frieden leben können. Sie ist unentbehrlich.

3 Multipolare Konturen

Der eurasische Kontinentalraum entwickelt sich samt seiner Pluralität an Kulturkreisen zum Dreh- und Angelpunkt neuer multipolarer Kräfteverhältnisse.

Die neuen internationalen multipolaren Konturen³ auf Staaten und Mächte zu verkürzen ist wenig hilfreich. Das würde geradewegs nach Moskau und Putin, Peking und Xi führen. Zu jenen also, welche der offizielle Westen als neue „Feinde“ dämonisiert. Solche Verengungen manipulieren Nachdenken über Charakter und Umgang mit der noch wenig erforschten und überprüften Multipolarität, was von vornherein in eine konfrontative Sackgasse führen könnte. Wer hingegen Einsichten friedlicher Koexistenz unter den neuen Bedingungen bezweckt, der sollte die neue Multipolarität und deren Zentren im Kontext ihrer soziokulturellen, ökonomischen und politischen Lebenswelten evaluieren.

Dass neue Räume wirtschaftlicher und politischer Weltgeltung heranzuwachsen kann nicht überraschen. Sie sind Produkte längerer Evolutions-, Akkumulations- und politischer Erfahrungsprozesse. Bei Letzteren dürfte nicht zuletzt emanzipatorisches Begehren seine Rolle spielen. Emanzipatorisch im Sinne eines „Abnabelns“ von den Fesseln Jahrhunderte Hegemonie durch die „nordatlantische Welt des weißen Mannes“⁴ sowie dessen kolonialer und neokolonialer Vorherrschaft. „Die alte Bipolarität ist der einseitigen Ausrichtung des Kapitalismus als einzig verbliebenes Gravitationszentrum globaler Entwicklung gewichen. [...] Ob der Kapitalismus seiner historischen Aufgabe der globalen Verallgemeinerung kapitalistischer Gesellschaftsgrundlagen und der Ausweitung der *bürgerlichen* (Kursiv A.S.) Gesellschaft zur Weltgemeinschaft gerecht werden kann, ohne seine eigene Gestalt grundlegend zu verändern, muß angesichts der globalen Rahmenbedingungen bezweifelt werden.“⁵

Des „weißen Mannes“ geostrategisches Selbstverständnis war stets ein erstklassiges. Für ihn war jene Ursprungswelt der heutigen neuen Mächte eine mehr oder weniger gering gehaltene „dritte“ – unverzichtbarer Rohstoffquell

3 „Multipolarität bezeichnet ein System, in dem mehrere zentrale Mächte dominieren.“ Heinz Gärtner, Internationale Sicherheit und Frieden, Nomos 2018, S. 213.

4 Erhard Crome, Deutschland auf Machtwegen, VSA: Verlag Hamburg, 2019, S. 168.

5 Jens Siegelberg, Kapitalismus und Krieg, Lit Verlag, Münster/Hamburg, 1994, S. 1/2.

und Absatzmarkt. Zwischen dieser dritten Welt lag bis 1990 eine zweite, die sich als sozialistisches Weltsystem, anti-imperialistisch und Verbündeter antikolonialer nationaler Befreiungsbewegungen verstand. Sie zermalmten der Ost-West-Antagonismus zweier sich gegenseitig bekämpfender Gesellschaftsordnungen in der Periode des Kalten Kriegs.

Dass die vormaligen „erste Welt“ nunmehr den Brecher ihrer jahrhundertlangen globalen Hegemonie ausgerechnet in der „dritten Welt“ findet, ist ein beachtenswerter Vorgang: Diese ist heute in den konfliktreichen internationalen Prozessen zur „zweiten Welt“ avanciert. Sie hat ihre vielfältigen Potenziale mit 4,5 Milliarden Menschen allein in Asien bei Weitem nicht ausgeschöpft. Was sich ändert, sobald sie ihre Ressourcen eigener Regie unterwirft.

An der Spitze jener nunmehr „zweiten Welt“ international wirkmächtiger Kräfte steht die Großmacht China mit einer Kommunistischen Partei als ordnungspolitischer Autorität. Deren rasante ökonomische Innovations- und Leistungsfähigkeit stellt zurzeit westliche in den Schatten. Nach Weltbankprognosen wird das reale Bruttonationaleinkommen der USA, der Eurozone und Japans, verglichen mit 2018, prozentual von 2,2 auf 1,5 2022 fallen, während dem im gleichen Zeitraum das der Schwellen- und Entwicklungsländer um 4,4 % steigt, Chinas 5,7 %, Indiens 6,1 %.⁶ Folglich ist die Multipolarität mit einer Verschiebung der globalen ökonomischen Architektur verbunden, wenn nicht sogar einer ihrer Motoren.

Russland ist, trotz wirtschaftlichen Schwächelns, ein Sechstel der Erde und militärisch nukleare Großmacht. Mit seinen 110 Millionen westlich des Urals lebenden Einwohnern ist es Europas bevölkerungsreichster Staat. Russlands Rohstoffreserven sind mit etwa 20 bis 30 % die wahrscheinlich größten der Welt. Mit BRICS⁷ und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) entstanden einflussreiche regionale Zusammenschlüsse, die Russland zu einem euroasiatischen Gravitationszentrum machen. Die Mitgliedsstaaten⁸ der SOZ vertreten circa 40 % der Weltbevölkerung, womit sie

6 World Bank, Global Economic Prospects, Real GDP, <https://www.worldbank.org/en/publication/global-economic-prospects>.

7 BRICS ist ein kooperativer Zusammenschluss Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas, Südafrikas.

8 Der SOZ gehören an: Volksrepublik China, Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan. Beobachterstatus haben Afghanistan, Weißrussland, Iran, Mongolei. Dialogpartner sind: Armenien, Aserbaidschan, Kambodscha, Nepal, Sri Lanka, Türkei. Gastteilnehmer: Turkmenistan, ASEAN, GUS, Organisation des Vertrags über

die weltweit größte Regionalorganisation ist. Im Westen noch immer geringgeschätzt, sind diese und andere regionale Zusammenschlüsse ernst zu nehmen. Sie bilden das wirtschaftliche, soziale, politische und mobilisatorische Geflecht der geostrategischen Machtzentren des eurasischen Kontinents. Insofern ist jene neue „zweite Welt“ gegenüber der „ersten“ keineswegs noch als zweitrangig einzuordnen. Sie nähert sich dieser an auch vermittels ihrer nationalen und internationalen Wirkressourcen. Die Regeln des Westens büßen ihre Monopol- und Modellfunktion ein, die „Supermächte des Kalten Kriegs (werden) von den Kernstaaten der großen Kulturkreise abgelöst.“⁹

Das ist für das zukünftige Ost-West-Kräfteverhältnis keineswegs belanglos: Der eurasische Kontinentalraum entwickelt sich samt seiner Pluralität an Kulturkreisen zum Dreh- und Angelpunkt neuer multipolarer Kräfteverhältnisse. Die EU wäre gut beraten, diesen Raum nicht länger transatlantischen Präferenz unterzuordnen. „Welche Rolle die Europäer in dem neuen Koordinatensystem spielen und wie sie die internationale Ordnung zu gestalten vermögen, hängt wesentlich von ihrer eigenen Stärke ab“.¹⁰ Diese Strategieempfehlung der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, ein das Auswärtige Amt beratendes Institut, übersieht jedoch in ihrer weiteren Entfaltung nahe Liegendes. Nämlich: Die EU sollte und könnte ihre internationale Stärke und Spielräume auf dem eigenen eurasischen Kontinent vervielfachen. Ein Verhältnis friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit in eurasischen kontinentalen Dimensionen würde die EU, Russland, China, Indien und deren Partner zu wirkmächtigem Gravitationszentren in der neuen multipolaren Konstellation machen. Dabei bräuchte Westeuropa seiner angestammten transatlantischen Partner- und Wertegemeinschaft nicht einmal den Rücken zu zukehren.

Zu folgern bleibt, dass sich Auseinandersetzungen zwischen den USA und Europa und den neunten Mächten um Einflussbereiche in den westlichen, östlichen und asiatischen Hemisphären in den nächsten Jahrzehnten ausweiten sowie politisch und kulturell vervielfältigen. Zwar könnten die USA für eine

kollektive Sicherheit, Eurasische Wirtschaftsunion. Staaten, die Interesse an der SOZ bekundet haben: Ägypten, Bangladesch, Syrien, Ukraine. Die SOZ hat Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen.

9 Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen, Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Europaverlag, München/Wien, 1997, S. 246.

10 Stiftung Wissenschaft und Politik, Studie Strategische Autonomie Europas, Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, Februar 2019, S. 36.

noch unbestimmte Zeit einzige Supermacht bleiben, aber daneben existieren andere große Mächte: Auf globaler Ebene neben den erwähnten auch Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Japan, Brasilien, Indien, Nigeria, Iran, Südafrika, Indonesien als Regionalmächte.

Der zunehmend erneut als „Block“ erscheinende Westen wird ohne Partnerschaft mit wenigstens einiger dieser Staaten nicht auskommen. Das Positionieren der EU-Staaten in diesem Wettstreit entscheidet über das Maß an europäischer Autonomie und Emanzipation (?) in multipolaren und multikulturellen Turbulenzen. In diesen wird EU-Europas Autonomie keine souveräne Chance haben, solange das Paradigma von „Amerika First“ ihre Ermessensräume säumt. Dass dieses Paradigma auch internationalen Führungsanspruch meint, und zwar rücksichts- und zeremonielos, ist offensichtlich. EU-Europa müsste sich für seine Autonomie einen klugen Erkenntnisschub leisten. Nämlich zu erkennen, dass „es verfehlt wäre, bei Russland und China – mit ihren autokratischen Systemen – die stets wiederholte Frage der Akzeptanz der westlichen Demokratie zu stellen. [...] Auch sollten diese Mächte – Indien eingeschlossen – nicht belehrt werden, wie eine Großmacht zu führen ist. Die Arroganz des Westens, dessen imperialer Einfluss erst zum Desaster in der Geschichte der neuen Großmächte geführt hat, muss zurückgenommen werden. Erst dann mag es erlaubt sein, über Toleranz und Rechtsstaatlichkeit zu sprechen – im Gefüge autochthoner Werte.“¹¹

11 Wilfried Röhrich, *Rückkehr der Kulturen, Die neuen Mächte in der Weltpolitik*, Nomos, 2010, S. 94.

4 Anamnese des neuen Kalten Kriegs – historischer Exkurs

Die primäre Motivation der damaligen Staatsoberhäupter war jedoch, einer atomaren Eskalation zwischen den beiden antagonistischen gesellschafts-politischen Systemen vorzubeugen

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am 3. Juli 1973 in Helsinki eröffnet und vom 18. September 1973 bis zum 21. Juli 1975 in Genf fortgesetzt wurde, fand ihren Abschluss in Helsinki am 1. August 1975 durch die Hohen Vertreter Belgiens, Bulgariens, Dänemarks, der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, des Heiligen Stuhls, Irlands, Islands, Italiens, Jugoslawiens, Kanadas, Liechtensteins, Luxemburgs, Maltas, Monacos, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Polens, Portugals, Rumäniens, San Marinos, Schwedens, der Schweiz, Spaniens, der Tschechoslowakei, der Türkei, Ungarns, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, Zyperns.

Diese Prinzipien wurden in einer Vielzahl konkreter bi- und multilateraler Verträge präzisiert und festgeschrieben.

Nach der Beendigung der Ost-West-Konfrontation 1989/90 sowie der Unterzeichnung des „Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ am 12. September 1990¹² unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der 35 KSZE-Staaten in Paris am 21. November die „Charta von Paris für ein neues Europa“ als politische Richtschnur für die Überleitung der KSZE in eine „Post-Kalte-Kriegs-Epoche“. „Dass der alte Gegensatz der Systeme nicht mehr die Politik bestimmte, wurde offensichtlich, als sich der Warschauer Pakt¹³ und der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der sozialistischen osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion im Sommer 1991 auflösten.“¹⁴

12 „Zwei-plus-Vier-Vertrag“, www.documentarchiv.de/brd/2p4.html.

13 Die Regierung de Maizière hatte die DDR-Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag bereits am 2. Oktober 1990 gekündigt.

14 Helmut Altrichter, Hermann Wentker (Hrsg), Der KSZE-Prozess, Oldenburger Verlag München 2011. S. 9.

Als weiteren Meilenstein in Richtung einer friedens- und kooperationsorientierten Epoche beschlossen die KSZE-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Budapester Gipfeltreffen vom Dezember 1994, die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ in eine „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, OSZE (OSCE), zu transformieren. Ihr traten nunmehr auch die jungen Staaten bei, welche nach der Auflösung der UdSSR ihre Unabhängigkeit erhielten. Heute gehören der OSZE 57 Staaten Europas, Zentralasiens und Nordamerikas an. Das verleiht ihr den Charakter einer eurasischen transkontinentalen Staatenorganisation, was sie zu einem unikatalen Gremium politischen Dialogs und gemeinsamer Beschlüsse zu einem breiten Spektrum von Sicherheitsfragen, Konfliktprävention, Staatsformung u.a. macht.¹⁵ Die Helsinki-Schlussakte ist, einschließlich ihrer Prinzipien, die Gründungsrichtschnur für die Arbeit der OSZE, welcher alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, wozu auch die der EU und NATO gehören. Im Rahmen der OSZE wurden so richtungsweisende Vereinbarungen verhandelt und geschlossen, wie: das Wiener Dokument 1994 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), Instrumentarium zur Frühwarnung, Konfliktverhütung; Rüstungskontrolle in Europa; friedliche Streitbeilegung; Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag).

Ogleich die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki den Weg zu Verhandlungen über einen multilateralen Ost-West-Entspannungsprozess öffnete, gelang es nicht nachhaltig, das Wettrüsten zu stoppen und militärische Krisensituationen zu unterbinden. So kam es Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre zur gefährlichen Zuspitzung zwischen den USA und der UdSSR, Warschauer Vertrag und NATO. Sie kulminierten in beiderseitigen Versuchen, die mit SALT-II 1979 festgeschriebene annähernde militärstrategische Parität durch jeweils einseitige Vorteilspositionen durch die Stationierung der sowjetischen SS20-Raketen und amerikanischen Pershing 2-Raketen, speziell in Europa, zu unterlaufen.¹⁶ Es ist wert daran zu erinnern, dass die DDR-Führung die Raketenstationierung

15 Weitere Einzelheiten in „Was ist die OSZE?“, <https://www.osce.org/de/node/35780?download=true>.

16 Werner Hänisch, Harald Neubert, Die internationale Existenz- und Rahmenbedingungen und die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik im historischen Wandel (Thesen)1, 1992, S. 24/25. (Archiv A.S.)

kurz nach dem Scheitern der INF-Verhandlungen für falsch hielt. Honecker machte am 24. November 1983 deutlich, dass die Stationierung sowjetischer Raketen in der DDR „keinen Jubel auslöse und jetzt erst recht weiter zu verhandeln sei.“¹⁷

Sowohl die Konferenz von Helsinki, als auch ihre Vereinbarungen bedurften intensiver politischer Vorbereitungen. Den Weg bereiteten nicht nur „Konferenzdiplomatie“, sondern in erster Linie bahnbrechende vertrauensbildende Vereinbarungen zwischen Staaten. Ausschlaggebend waren vor allem die Verträge zwischen der Bundesregierung und der UdSSR sowie Polen (1970), das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (1971) und der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR. Sie schufen, zusammengenommen, Hoffnung darauf, dass eine Demilitarisierung von Politik als Friedensbedingung machbar werden könnte.

Die primäre Motivation der damaligen Staatsoberhäupter war jedoch, einer atomaren Eskalation zwischen den beiden antagonistischen gesellschaftspolitischen Systemen vorzubeugen, berührte doch die Alternative „Frieden oder Krieg“ die Existenz der Menschheit. Die Eindeutigkeit und Totalität der Bedrohung, die Tatsache, dass es um friedliche Fortexistenz oder gemeinsamen Untergang der Menschheit in einem Nuklearkrieg ging, gebahr die Einsicht, dass Konfliktpotenziale, welche die Tendenz zum Nuklearkrieg in sich bargen, nicht mehr auf die herkömmliche Weise, durch militärische Überlegenheit, durch militärischen Sieg, durch Niederlage oder Unterwerfung einer der beiden Seiten beherrschbar sein würden. Die Bedrohung müsse vielmehr so aus der Welt geschafft werden, dass die bewaffnete kriegerische Variante der Konfliktlösung ausgeschlossen wird.¹⁸

Das Bild bliebe unvollständig ohne zu würdigen, dass die östlichen und westlichen Staatenlager in und mit Helsinki durchaus unterschiedliche Ziele anstrebten. Darunter grundsätzlichen Charakters, wie ‚die Transformation der kommunistischen Gesellschaften‘ (Altrichter/Wentker: 12). Die Bundesregierung hielt es „für absolut unabdingbar, das östliche Konferenzziel zu unterlaufen, den machtpolitischen Status quo in Deutschland und Europa festzuschreiben.“¹⁹

17 Ebenda, S.25

18 Erich Hahn, Friedenskampf ohne Ideologie? Philosophische Positionen, Dietz Verlag Berlin 1988, S. 5.

19 Mathias Peter, Der KSZE-Prozess, a.a.O.S.16.

In Führungen sozialistischer Staaten, darunter der DDR, hatte man sich von weltrevolutionären Strategien noch nicht als utopische gelöst. Auch die Lösung, friedliche Koexistenz sei „Fortsetzung des Klassenkampfes mit anderen, internationalen Mitteln“ war nicht vollends überwunden. Das erfolgte erst mit der Einsicht, dass es einen „beträchtlichen Unterschied mache, ob der anderen Seite friedliche Koexistenz angeboten, oder ob ihr durch die Leugnung dieser Perspektive faktisch die Existenzberechtigung abgesprochen wird“ (Hahn: 57).

Auf östlicher Seite vollzog sich der qualitative Sprung von Einsicht zur Verwirklichung erst mit der Um- bzw. Neuorientierung der Globalen- und Europapolitik der UdSSR unter Gorbatschow mit den Narrativen vom „neuen politischen Denken“ sowie dem „Gemeinsamen europäischen Haus“. Speziell mit dieser Einladung an den Westen schliff Gorbatschow für die Sowjetunion den Ost-West-Antagonismus gegnerischer Gesellschaftsordnungen. Ihm war es damit ernst. Er war dazu bereit, den Warschauer Vertrag aus einem Militärpakt in eine politische Organisation umzuwandeln. Gorbatschow erklärte noch am 15./16. Juli 1988 in einer Rede vor dem Politischen Beratenden Ausschuss des Warschauer Vertrags²⁰, dass „die Möglichkeit *entstand*, stabile und partnerschaftliche Beziehungen zwischen beiden Teilen Europas zu entwickeln. Dem entspricht die Idee des ‚gemeinsamen europäischen Hauses‘. [...] Im Westen wird die Befürchtung geäußert“, so Gorbatschow, „dass sich dahinter das Bestreben versteckt, die NATO zu spalten und die USA von Europa abzukoppeln. Nicht die Absorption des Einen durch den Anderen, sondern gerade das Zusammenwirken und die Zusammenarbeit (würde) deren Gewebe immer fester machen.“²¹ Die europäische Sicherheitsperspektive sah Gorbatschow in der „Schaffung einer Sicherheits- und Vertrauensstruktur, die über den Blöcken steht.“²² Hohe Erwartungen setzte Gorbatschow insbesondere in ein vereintes Deutschland als starker Friedensmacht und kooperativer West-Ost-Katalysator im Herzen Europas.

Nur zwei Jahre später sahen Gorbatschow und die Sowjetunion sich mit der Lösung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit sowie den 2+4-Verhandlungen konfrontiert. Europäische und USA-Wissenschaftler des „OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions“ schätzen in ihren Untersuchungen des

20 Der Vertrag löste sich fast auf den Tag genau drei Jahre später auf.

21 Autorenarchiv.

22 Ebenda

„Wegs zur Charta von Paris“ ein: „Westliche Historiker sind sich darin einig, dass der Sowjetunion 1990 eine integrative und kooperative zukünftige europäische Sicherheitsordnung versprochen wurde. Die europäische Sicherheit in den neunziger Jahren konzentrierte sich jedoch von Anfang an ausschließlich auf die NATO (ohne russische Mitgliedschaft und ohne russisches Veto). [...] Als Bush sen. und Kohl sich am 24. Februar 1990 in Camp David trafen, um die westlichen Bedingungen für die deutsche Einigung zu erörtern, entschieden sie sich dennoch für eine vollständige deutsche Mitgliedschaft in der NATO. In diesem Treffen bezog sich Bush sen. auf Gorbatschow nicht als (zukünftigen) Partner, sondern als besiegten Feind. [...] Bush wischte die sowjetische Position gegen die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO vom Tisch: ‚Zum Teufel damit. Wir haben uns durchgesetzt und sie haben es nicht getan. Wir können nicht zulassen, dass der Sowjet aus seiner Niederlage einen Sieg macht.‘ [...]“ Weiter heißt es in jener Einschätzung: „Historiker, darunter Mary Sarotte und Joshua Shiffrin, datieren den Beginn der heutigen Konfrontation sogar auf den Februar 1990 sowie der ‚NATO-First‘-Strategie von George H. W. Bush. Chernyaev (ehemaliger außenpolitischer Berater Gorbatschows – A.S.) sah bereits im April 1990 die Möglichkeit einer künftigen NATO-Erweiterung auf Polen voraus. Er warnte, dies sei eine Vorahnung auf einen neuen Kalten Krieg in einer neuen Ära“²³.

Der Abzug der Roten Armee aus den osteuropäischen Warschauer Paktstaaten sowie der Westgruppe aus der DDR begann 1991. Er umfasste mehr als 75.000 Personen und 25.000 Waffen aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn 15.000 Soldaten, 27.000 Waffen und Geräte, aus Polen 35.000 Mann sowie dazu gehörige Waffen und Geräte. Der Abzug der Westgruppe aus der DDR umfasste sechs Armeen, 22 Divisionen, 49 Brigaden, 42 Regimenter, 124.000 Waffen und Geräte, über 2,5 Millionen Tonnen Material, 700.000 Tonnen Munition, 546.000 Personen, davon 340.000 Soldaten.²⁴

Die Sowjetunion entband mit dem Abzug ihrer Streitkräfte von der europäischen Konfrontationslinie die Bundesrepublik, Westeuropa und die USA ihrer militärischen, atomaren und politischen Befürchtungen. Sie selbst zerfiel in mehrere Einzelstaaten und wurde wieder „Russland“.

23 The Road to the Charta of Paris – Historical Narratives and Lessons for the OSCE Today, Final Report, OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions, Vienna, December 2017, S.18, 26/27. Aus dem Englischen – A.S.

24 Ewald König, Die DDR und der Rest der Welt, Mitteldeutscher Verlag, 2019, S. 119.

Westeuropa und die USA vereinnahmten die kurzzeitig „herrenlosen“ osteuropäischen und baltischen Staaten in EU und NATO, um so direkt an die russische Grenze vorzurücken. Auf diese Weise wurden die Räume geschaffen, welche US-Streitkräften zu provokativen, Kriegserklärung nahekommenden Großmanövern auf Sichtweite zur russischen Grenze dienen.

In diesem Kontext verdient ein Koalitionsbeschluss des im März 1990 demokratisch gewählten neuen DDR-Parlaments Herausstellung: Die Parteien CDU, DSU, Demokratischer Aufbruch, Bund Freier Demokraten und SPD beauftragten im April 1990 in ihrer Koalitionsvereinbarung, Grundsätze Abschnitt 3.2, die neu zu wählende Regierung: „Es ist Aufgabe der Regierung der DDR, dafür einzutreten, den Prozeß der Ablösung der Militärbündnisse durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu fördern. Es ist davon auszugehen, daß das vereinigte Deutschland für eine *Übergangszeit bis zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems* Mitglied der sich in ihren militärischen Funktionen verändernden NATO (Kursiv A.S.) sein wird. Die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands ist den osteuropäischen Staaten nur zumutbar, wenn damit sicher die Aufgaben bisher gültiger NATO-Strategien, wie Vorverteidigung, Flexible-Response und nuklearer Einsatz, verbunden sind.“²⁵ Bonn zog solche Erwägungen erst gar nicht in Betracht. Selbst dann nicht, wenn sie eine oppositionelle Mehrheit der DDR-Volkskammer beschloss. Bonn wollte zwar die Wende in der DDR, nicht aber die friedenspolitischen Forderungen ihrer Reformer. Auch nicht die der sowjetischen Führung.²⁶

Die damalige West-Ost/Ost-West-Entspannung eröffnete die Chance, Kalten Krieg und geopolitische Konfrontationen nachhaltig zu eliminieren. Ohne sie gäbe es heute keinen vereinten deutschen Staat. In den folgenden anderthalb Jahrzehnten hieß es, Deutschland sei nur noch von Freunden umgeben.

25 <https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/upload/BArch-DA1-19101.pdf>. S. 6/7.

26 Arne C. Seifert, Blicke zurück: Der große Sicherheitsbetrug an Russland – NATO-Osterweiterung, Raimund Krämer, Jenseits der Konfrontation! WeltTrends, Potsdam 2018, S. 18.

5 West-Ost-Konfrontation und Kalter Krieg „reloaded“

Aus dieser vergangenen zugespitzten weltpolitischen Konstellation ist bleibend viel zu lernen.“ (Senghaas)

„Friedliche Koexistenz auf Dauer bedarf der institutionellen Vorkehrungen und Rückversicherungen. Aber sie hat auch entsprechende Mentalitäten zur Voraussetzung.“ So formulierte Dieter Senghaas, renommierter Friedensforscher, eine Erkenntnis seiner Forschungen zur friedlichen Koexistenz, der Überwindung des Kalten Kriegs und der Ost-West-Konfrontation. Er empfiehlt in „Weltordnung in einer zerklüfteten Welt“²⁷, diese einschneidenden Ereignisse als „Rückblick für die Zukunft“ wahr zu nehmen, um zu „verhindern, dass sich in Zukunft erneut eine Konfliktkonstellation vergleichbaren Zuschnitts oder auch in abgefederten Formen einer antagonistischen Konstellation zwischen Regionalmächten herausbildet. Ein solcher Rückblick (ist) nicht abwegig, denn die Ost-West-Konfliktkonstellation war, weltgeschichtlich betrachtet, von beispielloser Zuspitzung sowohl hinsichtlich des ideologischen Systemantagonismus als auch der unvergleichlich monströsen Zerstörungspotentiale. [...] Aus dieser vergangenen zugespitzten weltpolitischen Konstellation ist bleibend viel zu lernen.“ (Senghaas: 12/23)

UNO-Generalsekretär Antonio Guterres zeigt sich von der „Wiedergeburt des Kalten Kriegs zwischen Russland und den USA alarmiert“. Dieser „entfaltet sich diesmal ohne die damaligen spannungsmindernden Sicherungen, welche einen Atomkrieg verhinderten.“²⁸ Nach Guterres sind dafür „die Veränderungen der Machtdynamik und ein wiederauflebender Großmachtkonflikt in einer deregulierten Welt verantwortlich“. „Dieser Zustand ist auf den bipolaren Systemwettbewerb des Kalten Krieges und die unipolare Machtausübung der Vereinigten Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion

27 Dieter Senghaas, „Weltordnung in einer zerklüfteten Welt, Suhrkamp, Berlin 2012, S. 75.

28 Uri Friedman, The “attraction of American society... is today less clear”, Centre for Strategic and International Studies, CSIS, Washington, September 13, 2018, <https://www.defenseone.com/ideas/2018/09/america-losing-power-and-influence-and-must-adapt-warns-un-secretary-general/151242/>.

zurückzuführen. [...] Wir leben in einer chaotischen Welt voller ‚Straflosigkeit und Unvorhersehbarkeit‘“ (Friedman: ebenda)

Heute befinden sich die Mächte, welche die internationale Lage ausschlaggebend bestimmen, erneut in gefährvoller Konfrontation. Darunter ist auch ein nuklearer Rüstungswettlauf zur internationalen Konstante geworden. Obgleich sich mit der Auflösung der sozialistischen Seite der Gesellschaftsantagonismus Sozialismus–Kapitalismus erledigt hatte, wird an seine Stelle nun ein neuer Konflikt gerückt: Der um die unterschiedlichen ordnungspolitischen Orientierungen in der Welt. In ihm ringt der Westen darum, Russland, die Staaten des post-sowjetischen Raums²⁹ und China mit seinem ordnungspolitischen System gleichzuschalten. Als Widerstreit zwischen „westlichen Werten“ und „östlichen autoritären Regimen“ geführt, ist dieser Konflikt im Kern ein hegemonialer um die geostrategische³⁰ Dominanz über den transkontinentalen eurasischen Raum. Er droht, an die Stelle des gesellschaftspolitischen Antagonismus der bereits einmal überwundenen Konfrontationskonstellation zu treten.

Der *zweite Kalte Krieg* zeichnet sich durch konfliktive Sachverhalte aus, welche Senghaas bereits aus dem ersten als charakteristisch herausfilterte: „Ideologische Konfrontation; Rüstungskonkurrenz; wirtschaftliche Kampfmaßnahmen (Embargo-Politik); permanente Kampfmaßnahmen an dritter Stelle; Versuche ideologischer und propagandistischer Unterwanderung, also Strategie der ideologischen Kriegsführung; Umsturzversuche, um dritte Regierungen auf ihre Seite zu ziehen; in zugespitzten Situationen das sogenannte „brinkmanship“, also eine Politik nahe am Rande des Krieges, um den eigenen Interessen Nachdruck zu verleihen.“ (Senghaas: 84) Das seit 25 Jahren größte, allerdings von einem Virus entmannte, Streitkräftemanöver „Defender 2020“ der USA und ihrer NATO-Verbündeten in Europa an Russlands Westgrenze sollte letzte Zweifel an der Restoration von Kaltem Krieg und West-Ost-Konfrontation zerstreuen. Nicht zu zweifeln ist an der Manipulation des mentalen Umfelds von Politik, Medien und Gesellschaft. Davon

29 Zu diesem zählen u.a. geostrategisch wichtige Regionen wie Zentralasien, Kaukasus, Ukraine, Schwarzes Meer.

30 „Geostrategie“ wird hier verstanden als „gezielte Handlung, die Einfluss über die Politik und die politischen Orientierungen regionaler Staaten (gewährleistet), die sich in Konkurrenz mit einem anderen Akteur befindet.“ Heinz Gärtner, Internationale Sicherheit und Frieden, Nomos, 2018, S.150.

profitieren nur eine „tieferer Strömung“ (der) Normalisierung des Kriegs, die Schaffung einer Atmosphäre, in der er geistig und moralisch akzeptiert wird.“ (Crome: 111) Schlussendlich ist dann auch die Friedensfrage nicht mehr die Frage aller Fragen. Sie in den Vordergrund zu rücken beabsichtigen die weiteren Überlegungen.

6 **Der neue Kalte Krieg und Problemstellungen im Licht der Friedensfrage**

Neue Unversöhnbarkeiten können sich aus Fragen von Krieg oder Frieden, Sein oder Nichtsein, inkompatiblen politischen und Wertesystemen entwickeln.

Den oben formulierten Problemstellungen seien einige methodische Erläuterungen zum weiteren empirischen Vorgehen beigelegt.

Erstens: Der Fokus Friedensfrage erheischt zunächst, Charakter und Inhalt von Kausalwidersprüchen nachzugehen, welche Kaltem Krieg und Ost-West-Konflikt zugrunde lagen oder liegen. Es geht um Unterschiede und Gemeinsamkeiten.

Friedenspolitisch könnte bereits unsere These (Hypothese?) von Interesse sein, dass der Widerspruchscharakter nach dem Triumph des Westens im ersten Kalten Krieg eine Mutation erfuhr: Er verlor mit der Gemeinsamkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse seine ursprüngliche systemische Unversöhnbarkeit (Antagonismus). Verlieren antagonistische Widersprüche ihre Unversöhnbarkeit, lassen sie sich „bearbeiten“ – regeln, entschärfen, auflösen usf. Anders gesagt: Befreien von Antagonismen öffnet Individualität Spielräume. Ob Politikern oder Staaten. Im Fall der Auflösung des ersten Kalten Kriegs löste die Transformation des sozialistischen zum kapitalistischen Gesellschaftssystem systemische Unversöhnbarkeiten ab.

Allerdings haben solche Vorgänge ihre Kehrseite: Die Auflösung der Bipolarität mindert die Berechenbarkeit politischer Absichten. Neue Unversöhnbarkeiten können sich aus Fragen von Krieg oder Frieden, Sein oder Nichtsein, inkompatiblen politischen und Wertesystemen entwickeln. Solche Unsicherheiten sind heute bereits erneut virulent und wirken eskalierend auf den gesamten Evolutionszyklus von kalten zu heißen Kriegen. So entwickelten sich die meisten Kriege der letzten Jahrzehnte auch noch nach dem ersten Kalten Krieg. (Wir kommen darauf in unseren Ausführungen zum „Kalten Wertekrieg“ zurück.)

Zweitens: Der Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg ist nicht bestreitbar und historisch berechtigt. Aus einer solchen Perspektive analytisch und theoretisch die Komplexität kriegsursächlicher Bestimmungsgründe

alternativ zu ergründen, ist sinnvoll. Sie greift jedoch weitaus zu kurz für das Entwerfen friedenspolitischer Konzepte friedlicher Koexistenz. Letzteres erfordert, Friedensordnungen und -mechanismen zwischen Staaten zu verhandeln und gestalten. Dabei gilt es zu beachten, dass es Staaten mit *divergierenden ordnungspolitischen Systemen*, wohl bemerkt: *nichtantagonistische gesellschaftspolitische Systeme* – weiterhin gibt und geben wird.

Stand im ersten Punkt der methodischen Erläuterungen der Aspekt kausaler Widersprüche im Vordergrund, so ist es in diesem zweiten die Stufenfolge, in welcher sich jene Widersprüche in Konflikt- und Kalte Kriegsträchtigkeit verdichten. In methodischer Hinsicht regen die Arbeiten von Jens Siegelberg „Kapitalismus und Krieg“³¹ sowie Dietrich Jung „Tradition, Moderne, Krieg“³² an. Einer ihrer Vorteile ist, dass sie noch unter dem Eindruck des Auflösens von Kaltem Krieg und Ost-West-Konflikt um 1994/95 verfasst wurden. Die Analysekriterien von Siegelbergs „Grammatik des Krieges“ helfen, die Evolutionsstufen zu rekonstruieren, welche neuer Kalter Krieg und West-Ost-Konflikt bisher durchliefen und noch nicht verlassen haben. Sie sind: Widersprüche und Gegensätze; der Übergang von Widerspruch zur Krise; das Hineinwachsen von Krisen in den Konflikt sowie deren inhaltliche Substanz; der Eskalationsprozess und sein Umschlagen von Frieden in Krieg. Dieser Problematik ist der nächste Abschnitt gewidmet.

Ihren dritten methodischen Ausgangspunkt findet unsere Studie in dem Phänomen gleichzeitiger Totalisierung von Politik und Mitteln. Es trat bereits im „alten“ Kalten Krieg zu Tage und ist im neuen erneut virulent. Senghaas bezeichnet dieses Phänomen als „brisante Konstellation“, die „erst nach 1945 in der weltpolitisch dominant werdenden Konstellation des Ost-West-Konflikts zu beobachten war: Verfeindung intensivierte sich durch den ordnungspolitischen Systemantagonismus, und das Waffenpotential totalisierte sich dank der Zerstörungskraft von Nuklearwaffen. [...] Die Totalisierung der politischen Zielsetzungen wurde durch den ordnungspolitischen Systemantagonismus definiert.“ (Senghaas: 92). Dreißig Jahre nach dem Ende des „alten Ost-West-Konflikts“ sehen sich EU-Europa und Russland in einen ordnungspolitischen Systemkonflikt zurückgeworfen. Heute liegt jedoch dessen Sprengkraft ausschlaggebend höher, weil die Totalisierung von Politik und Mitteln angehoben wurde und sich aktuell in einem „Kalten Wertekrieg“ verdichtet,

31 Jens Siegelberg, Kapitalismus und Krieg, LIT, 1994.

32 Dietrich Jung, Tradition, Moderne, Krieg, LIT, 1995.

welcher militärische Mittel sowie „veränderte Muster der Druckausübung“³³, wie Sanktionen aller Couleur, einbezieht. Beispielhaft drückt das die Forderung des SWP-Strategiepapiers aus, „den europäischen Wertekanon nicht lediglich mit zivilen Instrumenten, sondern auch mit ‚eigentlichem Eingreifen‘³⁴ vermittelt militärischem“ zu forcieren.

33 Sascha Lohmann, Diplomaten und der Einsatz von Wirtschaftssanktionen, in: Volker Stanzel (Hrsg) , Die neue Wirklichkeit von Außenpolitik; Nomos, Baden Baden, 2019, S.36.

34 Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Barbara Lippert / Nicolai von Ondarza / Volker Perthes (Hrsgb), Strategische Autonomie Europas, Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, SWP-Studie 2, S. 22, Februar 2019, Berlin.

7 Neuer Kalter Krieg und West-Ost-Konflikt – Sachverhalte, Ursachen, Wirkungen

Selbst nicht kriegsintendierte NATO-Militärmanöver sind vor dem Erfahrungshintergrund „ereignisgeschichtlicher Dimensionen“ potenzielle Kriegsverursacher

Es ist an dieser Stelle nicht beabsichtigt, bereits vorgestellte (S. 11) Sachverhalte des Kalten Kriegs erneut zu detaillieren. Vielmehr geht es um die *Multidimensionalität der konfliktrelevanten Handlungslinien als Bestandteile einer Kausalkette*, welche in den neuen Kalten Krieg und West-Ost-Konflikt führte und sich Schritt für Schritt totalisiert. Diese Linien haben transkontinentale eurasische Reichweite erreicht, wo sie mit Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation, Chinas und Positionen von Mitgliedsstaaten der Shanghaier Organisation sowie der militärischen GUS-„Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ kollidieren.

Die wichtigste konfliktrelevante Handlungslinie reicht zurück bis in die ersten Jahre unmittelbar nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Als „wichtigste“ qualifiziert diese, dass sich die atomaren Mächte Russland und USA gegenüberstanden; die USA diese Konfrontationslinie ungeachtet der Auflösung des Systemantagonismus³⁵ entwickelten; die USA mit der Osterweiterung der NATO diese eindeutig hegemoniale Strategie militärischer Umzingelung Russlands unter Einbeziehung regionaler Verbündeter bis heute fortsetzt und territorial erweitert.

Zu den Verläufen: 1991 interpretierte US-Präsident George Bush sen. die friedliche Beendigung von Kaltem Krieg sowie die Krise der Sowjetunion als Wegöffnungen für seinen Strategiewechsel zu einer *unipolaren* (Kursiv A.S.) Weltordnung. Eine „Ordnung“, „in welcher die USA den Rest der Welt gestalten statt auf ihn zu reagieren“, so Bush. Die amerikanischen Streitkräfte erhielten den Auftrag, die unipolare Pax Americana zu verteidigen und dafür Sorge zu tragen, dass in keinem Kontinent ein regionaler Hegemon³⁵ die glo-

35 Als Hegemonie ist ein „Führungssystem zu verstehen, bei dem ein großer Staat (Großmacht, Supermacht) bestimmenden Einfluss ausübt, den die folgenden Staaten so akzeptieren. Hegemoniezyklen entstehen dadurch, dass Herausforderer periodisch der dominanten Macht diese Position streitig machen, um diese - auch durch Krieg - abzulösen.“, Heinz Gärtner,

bale Führungsrolle der USA gefährdet.“³⁶ George W. Bush wiederum präsentierte als praktische Vorwärtsstrategie auf dem G-8-Gipfel von Sea Island im Juni 2004 seine „Greater Middle East“-Strategie. Er verstand sie als politische Agenda zur Umstrukturierung dieser Region durch die „Förderung von Frieden, Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftlichen Chancen und Sicherheit“. Den Sturz Saddam Husseins erklärte er als Voraussetzung für die Demokratisierung des Großraums Mittlerer Osten³⁸.

Die darauf folgende Aggression gegen Irak und die dahinter stehenden Absichten einer völkerrechtswidrigen Supermacht und deren schwerwiegenden geopolitischen Konsequenzen kamen einem „major war“³⁹ nahe: Regime Change, Neuordnung der Hierarchie eines souveränen Staats und ganzer Regionen sowie desaströse jahrzehntelange Nachwirkungen, wie dem „Islamischen Staat“. Sie tauchten nachfolgend in Tagebüchern europäischer Politiker, so eines deutschen Außenministers und eines Stabschef der britischen Streitkräfte, als „Barbaren“, „autoritäre Regimes“ und „neue Bedrohungen“ auf.⁴⁰ Besonders schwer wiegt, dass die USA und England jene Aggression als offensiven Angriffskrieg führten, ohne selbst bedroht worden zu sein. George W. Bush und sein Außenminister Colin Powell „verwiesen den britischen Regierungschef Blair auf das angebliche Bedrohungspotenzial irakischer Vernichtungswaffen und hielt einen Krieg für notwendig.“⁴¹ (3. bis 9. April 2003: Schlacht um Bagdad) Colin Powell musste später gestehen, „er habe keinerlei Beweise gesehen, die einen möglichen

Internationale Sicherheit und Frieden, Nomos, 2018, S. 162/.

36 Heinz Brill, Strukturen der Weltpolitik im Wandel - Neue und alte Mächte, Österreichische Militärische Zeitschrift, Bundesministerium für Verteidigung, Wien, Heft 5, 2011.

37 Im Deutschen wird zwischen dem Nahen Osten, dem Mittleren Osten (Südasiens, Afghanistan und oft auch Iran) und dem Fernen Osten unterschieden. Verwirrung stiftet manchmal, dass die Region des Nahen Ostens im Englischen als Middle East und in vielen nahöstlichen Sprachen entsprechend übersetzt als „Mittlerer Osten“ bezeichnet wird.

38 Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fraum_Mittlerer_Osten.

39 Major wars“ werden „von den mächtigsten Mitgliedern des internationalen Systems über mehrere Jahre hinweg mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und mit schwerwiegenden geopolitischen Konsequenzen, wie dem Entstehen und Vergehen von Regimen, der Veränderung von Grenzen und der Neuordnung der Hierarchie souveräner Staaten geführt. Gärtner: S. 38.

40 Vollständiges Originalzitat auf S. 26/27.

41 Marc von Lüpke und Danny Kringiel, Spiegel, 06.07.2016, <https://www.spiegel.de/geschichte/irakkrieg-2003-george-w-bush-und-der-krieg-gegen-terror-a-1101543.html>.

Zusammenhang zwischen dem Irak unter dem damaligen Machthaber Saddam Hussein und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten nahelegten.“⁴²

US-Außenministerin Condoleezza Rice erweiterte im Juni 2006 Bushs Plan geostrategisch auf Zentralasien, Teile Süd-Asiens (Pakistan, Kaschmir, West-Indien), und den Persischen Golf. Sie öffnete damit den USA Wege bis dicht an die südliche Nachbarschaft Russlands. Die neue geostrategische Konstellation sollte es den USA ermöglichen, aus dem Nahen und Mittleren Osten via Afghanistan und Pakistan in unmittelbare Nähe der Staaten Zentralasiens (frühere Sowjetrepubliken) und des angrenzenden China vorzürücken. Die zentralasiatischen Staaten wiederum gelten für die Russische Föderation als „Nahe Nachbarschaft“. (I.d.Z. ist zu bemerken, dass hochrangige US-Militärs, darunter der frühere Centcom-General David Petraeus, eine „Strategie für einen nachhaltigen und notwendigen Verbleib von Truppen in Afghanistan fordern, unabhängig von der Friedensvereinbarungen mit den Taliban“.⁴³)

Zu jener Zeit scheiterte die Realisierung der amerikanischen Pläne daran, dass die umworbenen nah- und mittelöstlichen Staaten sich schlussendlich nicht auf die Absichten der USA einließen.

Worin besteht der Bezug jener drei Jahrzehnte zurückliegenden konfliktiven Vorgänge zu neuem Kalten Krieg und West-Ost-Konflikt? Er besteht darin, dass die USA die „ereignisgeschichtlichen Dimensionen“ (Siegelberg: 191) ihrer hegemonialen Weltordnungsabsichten beharrlich fortsetzen und geographisch erweitern. Vermittels ihrer noch nicht vollendeten NATO-Osterweiterung brachten sie seit 1999 aus Russlands nächster Nachbarschaft 12 Staaten, ehemalige Sowjetrepubliken oder Mitglieder des Warschauer Vertrags, in antirussische Position. Sie erstreben die Integration der Ukraine und Georgiens und vereinnahmten jüngst auf dem Balkan Nord Mazedonien als 30. NATO-Mitglied. Dass Russland sein Umzingeln durch die NATO widerspruchslos hinnimmt, machen die USA zu Vorbedingung für Entspannung. Der US-Think Tank „Rand Corporation“ stellte 2017 in einer Studie „Russia’s View of the

42 Powell: „Schandfleck meiner Karriere“, FAZ, 09.09.2005, <https://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/irak-krieg-powell-schandfleck-meiner-karriere-1255325.html>

43 Thomas Pany, Afghanistan: Wie lange bleibt Trump beim Exit-Plan?, Telepolis, 13. August 2019.

International Order” fest: „In der Ordnungsproblematik hängen die Erwartungen der USA von der Position Russlands zu zwei Faktoren ab: Erstens, ehemaligen Sowjetrepubliken den freien Beitritt zu westlichen Institutionen zu ermöglichen; zweitens, seine Aggression in Europa einzuschränken, wenn russische Interessen anerkannt werden.“⁴⁴ Eine solche hypothetische Bedingungskonstellation, wie sie die „Rand Corporation“ sondierte, wäre erwägenswert, wenn ein breiterer Formelkontext friedlicher Koexistenz sie umgäbe. Ein Kontext zum Auflösen des gegenwärtig zentralen sicherheitspolitischen Schlüsseldilemmas – der Prävention militärischer Risiken mit Kriegspotenzial. Das entspräche der Erfahrungserkenntnis praktizierter friedlicher Koexistenz, dass „es ein Mehr als den ‚bloßen‘ Vorgang des Kampfes gibt, das ist die erkennbare Disposition zum Kämpfen, so lange, wie keine Gewißheit des Gegenteils vorliegt.“⁴⁵

Anders formuliert: Unter dem Gesichtspunkt von „Totalisierung politischer Zielsetzungen“ muss die NATO-Osterweiterung als ein kumulativer Verdichtungsprozess des gegenwärtigen West-Ost-Konflikts mit der Tendenz zur Eskalation bewerten werden. Und weder EU-Europa, noch einzelne ihrer Mitglieder stellen die Frage nach den Bruchstellen, an denen dieser auf die Unterordnung Russlands abzielende Prozess in Krieg umschlagen könnte. Sie sind „eine inhaltslogische Stufenfolge auseinander hervorgehender, qualitativ unterschiedlicher Schritte zum Krieg“ (Siegelberg: 193) und bilden schlussendlich eine Gesamtheit kausaler Bestimmungsgründe, welche West-Ost-Konflikt und neuem Kaltem Krieg gegenwärtig zu Grunde liegen.

Dass deren kausale Ursprünge bereits unmittelbar nach 1990 in der hegemonialen Transformationsstrategie des Westens angelegt waren, ist offensichtlich, weil sich das Entstehen der Gegenstände gegenwärtig hauptsächlich Konfliktfelder im eurasischen OSZE-Raum bis in die neunziger Jahre zurückverfolgen lassen – der kalte West-Ost-Wertekrieg, die Konfrontation

44 Russia's View of the International Order, Published by the RAND Corporation, Santa Monica, Calif. © Copyright 2017 RAND Corporation, file:///C:/Users/Arne%20Seifert/AppData/Local/Packages/Microsoft.MicrosoftEdge_8wekyb3d8bbwe/TempState/Downloads/RAND_RR1826.pdf.

45 Dolf Sternberger, Über die verschiedenen Begriffe des Friedens, Dieter Senghaas (Hrsg), Den Frieden denken, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2015, S. 95.

mit der Russischen Föderation sowie in beide einfließende Langzeitwirkungen einer ruinösen wirtschaftlichen „Schocktherapie“ des „Washington Consens“⁴⁶. Deren historische Genesis widerspricht der gängigen Behauptung, Russland sei mit seiner Annexion der Krim 2014 für einen neuen Kalten Krieg verantwortlich.⁴⁷

46 So wird eingeschätzt, dass „die Exportindustrie der BRD getrost als der Hauptprofiteur der Systemtransformation in Osteuropa, wie auch der anschließenden Osterweiterung der EU bezeichnet werden“ kann. *Tomasz Koniecz*, Deutsche Hegemonialpolitik in Mitteleuropa – Ökonomische Durchdringung und geopolitische Dominanz. *Mai 2011*, www.gegen-den-hauptfeind.de/texte/2011/mitteleuropa/.

47 General Harald Kujat polemisiert gegen diese unrichtige Darstellung: „Der Westen definiert seine Beziehungen zu Russland heute überwiegend als Folge der Ukraine-Krise. Man könnte auch sagen, der Blick auf Russland ist verengt, es ist sozusagen ein ukrainischer Tunnelblick. Begründet wird dies mit einer wertorientierten Außen- und Sicherheitspolitik, vor allem mit dem Hinweis auf das Völkerrecht. Eine Haltung, die man nach den völkerrechtswidrigen Angriffen westlicher Staaten auf Syrien durchaus hinterfragen könnte. Wie auch immer, diese Politik ist weder Realpolitik noch rationale Interessenpolitik.“, Harald Kujat, Vortrag an der Landesverteidigungsakademie Wien am 06. Juni 2018, Cicero, Der Blick des Westens auf Russland ist verengt, 14. November 2018, <https://www.cicero.de/aussenpolitik/europaeische-armee-russland-nato-westen-usa>.

8 Hegemoniale Transformationsoffensive

Der Westen sitzt weiterhin unreflektiert eigenen Fehlkalkulationen bei Charakter neuer Eliten und Kapitalismen auf, gegen die er heute in seinem „Kalten Wertekrieg“ zu Felde zieht.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des staatssozialistischen Gesellschafts- und Entwicklungsmodells brachte den Westen seinem Anspruch einen kolossalen Schritt näher, dem Kapitalismus zum weltumspannenden Vergesellschaftungssystem zu verhelfen. Die sowjetische Führung hatte ihre Hegemonie über die europäischen sozialistischen Staaten aufgegeben. Deren Machtapparate hatten sich selbst weitgehend desavouiert und brachen unter dem Druck von Oppositionen gewaltlos auseinander. Nachdem Jelzin am 26. Dezember 1991 die UdSSR aufgelöst hatte, befand sich der Westen in einer Hochstimmung, welche der Philosoph Jürgen Habermas mit den Worten erfasste: „Der Zusammenbruch der Sowjetunion (hat) im Westen einen fatalen Triumphalismus ausgelöst. Das Gefühl, weltgeschichtlich Recht bekommen zu haben, übt eine verführerische Wirkung aus.“⁴⁸ Samuel P. Huntington schätzte ein, den Westen bestärke die „Auffassung, seine Ideologie des demokratischen Liberalismus habe weltweit gesiegt und sei daher weltweit gültig.“ Geschärft charakterisierte er diese Vorgänge: „Was für den Westen Universalismus ist, ist für den Rest der Welt Imperialismus.“ (Huntington: 292).

Der Westen und, hochengagiert, die Bundesregierung, stießen sofort in die geopolitischen Räume gescheiterter sowjetischer Hegemonie vor. Sie entwickelten Transformationsstrategien universalen Anspruchs – alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systeme dieses Raums umfassend und gleichzeitig in kapitalistische Vergesellschaftungssysteme zu transformieren. Ihr Vorgehen basierte auf der Annahme, einmal vom Westen installierter Kapitalismus öffne Russland, den post-sowjetischen Raum sowie die osteuropäischen Staaten auch für dessen institutionelle, normative und wertemäßige Regelsysteme.

Auch wissenschaftliche Politikberatung aus deutscher Feder stimulierte Universalität und Radikalität westlicher politischer und sozialer Transformationsansprüche. Sie empfahl „Gleichzeitigkeit“ (Kursiv-Offe, siehe FN 45) der

48 Jürgen Habermas, *Zur Verfassung Europas*, Suhrkamp, Berlin, 2011, S. 103.

Installation „einer neuen Wirtschaftsordnung, einer neuen Rechts- und Verfassungsordnung und neuer Regeln sozialer Integration, also Regeln sozialer Anerkennung und Zugehörigkeit im Großmaßstab ganzer Gesellschaften in Geltung zu setzen.“⁴⁹ Als besonders bedeutungsvoll wurden herausgestellt die „Komplexität der Veränderungen als simultane, zeitlich äußerst geraffte und konfliktreiche Umgestaltung von *nationaler Substanz* (Kursiv A.S.), inneren Verhältnissen (Wirtschaft, Gesellschaft und Politik) sowie internationaler Einordnung.“⁵⁰

Des Westens Erwartungen erwiesen sich als naiv und über alle Maßen voluntaristisch. Bereits zu dieser Zeit war hinreichend ersichtlich und bekannt, dass auf den kapitalistischen Weltmärkten ökonomisch und politisch unterschiedlich strukturierte nationale bzw. regionale Ökonomien aufeinandertrffen, deren Ausformung schlussendlich endogene Strukturen⁵¹ dominieren. Insbesondere, wenn es um die Regelung von Kapitalbeziehungen gleich zu Beginn ihrer „Implantation“ geht, noch dazu durch externe Kapitalmächte, sind erbitterte Konkurrenzkonstellationen innerhalb und zwischen sich formierenden Kapitalgruppen programmiert. Früher oder später erweitern sich solche zunächst interne Konstellationen um Partner- oder Gegnerschaft mit oder gegen externe Konkurrenz, welche den Kapitalismus erst deren Gesellschaften überstülpten. So der Internationale Währungsfond (IWF) und weitere (noch vorzustellende) Institutionen und Prozesse, welche die „Interessen und die Ideologie der westlichen Finanzwelt vertreten“.⁵² Diese, so Stiglitz, unterhöhlten den „Leim“, der die Gesellschaft zusammenhält, „Sozialkapital“. Mit „Unterhöhlen“ meint Stiglitz vor allem „Privatisierung“ sowie die „Art und Weise“, wie „in Russland und vielen der ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion“ der marktwirtschaftliche Systemwechsel unter

49 Claus Offe, *Der Tunnel am Ende des Lichts, Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Campus Verlag, Frankfurt/Main, New York, 1994, S. 19.

50 *Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung*, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (Hrsgb), Carl Hanser Verlag München Wien, 1997, S. 13.

51 Unter „Struktur“ ist nicht ein einzelner sozialer Wert zu verstehen. „Struktur“ gilt im breiteren sozialen Verständnis als Oberbegriff für „Orientierungen des Handelns“ einer Gesellschaft oder gesellschaftlicher Gruppen, das „sich im Laufe der sozialen Entwicklung zu bestimmten, relativ stabilen 'Mustern' herauskristallisiert, die ihrerseits in der Kultur des betreffenden Systems zusammenfassenden Ausdruck findet. Aus diesen Mustern folgen wiederum ‚Erwartungen‘ der jeweiligen unmittelbaren Umgebung des einzelnen an dessen Handeln.“ *Wörterbuch der marxistisch-lenistischen Soziologie*, Dietz Verlag, Berlin 1983, S. 648.

52 Joseph Stiglitz, *Die Schatten der Globalisierung*, Goldmann 2004, S. 175.

dem Druck von „Schocktherapie“ umgesetzt wurde: „Der Gesellschaftsvertrag zwischen den Bürgern und der Regierung wurde gebrochen“, „die Belange wie Armut, Ungleichheit und Sozialkapital aus dem Blick verloren“. (Stiglitz: 217/218).

Welcher Bezug besteht zwischen der spezifischen Genesis post-sowjetischer, post-sozialistischer Kapitalbeziehungen, ihrer Regulierung sowie „Gesellschaftsvertrag“ zu den Konstellationen des West-Ost-Konflikts, Kalten Kriegs und der Problematik friedlicher Koexistenz unter multipolaren Bedingungen?

Erstens: Der Westen sitzt weiterhin unreflektiert eigenen Fehlkalkulationen bei Charakter neuer Eliten und Kapitalismen auf, gegen die er heute in seinem „Kalten Wertekrieg“ zu Felde zieht. Diese Fehlkalkulationen verfolgen den europäischen Westen bis in die EU, so, wenn aus Reihen der Visegrád-Gruppe Widerstand gegenüber europäischen Integrationsprojekten geleistet wird, in denen diese staatliche Souveränitätsrechte in Frage gestellt sehen.

Zweitens: Der Westen hält unvermindert an der Strategie fest, sein europäisch/amerikanisches Kapitalmodell sowie seinen „Wertekanon“ weltweit zu verankern und dafür international die institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Er verschließt dabei seine Augen davor, dass trotz Globalisierung und neoliberaler Steuerung realiter keine allgemeine Angleichung der Systeme, Kulturen, Werte und Strukturen stattfand, und Skepsis gegenüber westlichen Wertvorstellungen, Institutionen und Verhaltensweisen weltweit zunimmt.⁵³ Inzwischen hat sich gezeigt, dass „sich der Kapitalismus hervorragend mit unterschiedlichen ‚traditionellen‘ Institutionen und Organisationen versteht, diese nutzt und an sich anpasst, sie aber keineswegs beseitigt oder durch ‚moderne‘ ersetzt. Der Prozess der Verwandlung von Ländern und Regionen in kapitalistische Gesellschaftsformationen bedeutet, dass die ka-

53 In einer Studie zur politischen Transformation im Zeitraum 2010/2020 konstatiert die Bertelsmann Stiftung u.a. für Ostmittel- und Südosteuropa eine „schwindende Zustimmung zur Demokratie“ sowie „zunehmende Missachtung demokratischer Normen und Prozesse“. Die Bürger seien heute, so die Studie, weniger von der Demokratie überzeugt als noch vor zehn Jahren. „Vertrauen in demokratische Institutionen wie Parlamente, Regierungen und Medien sind auf einen neuen Tiefststand gefallen. In Ostmittel- und Südosteuropa fallen die Einbußen an Akzeptanz deutlich aus“. Bertelsmann Stiftung, Demokratie-Report 2020, Widerstand gegen Demokratieabbau und autoritäre Herrschaft wächst, <https://www.bti-project.org/de/berichte/global-report-d.html#pos-1-1>.

pitalistische Produktionsweise mehr oder weniger rasch zur dominierenden wird, die gesamte Gesellschaft kapitalistisch überformt, ohne dass dies zu einer globalen Einebnung von Institutionen und Kulturen führt.“⁵⁴

Drittens: Friedliche Koexistenz kann nur und erst dann gelingen wenn sie aus der „Idee des Machtgleichgewichts“ geboren wird und hilft, diese mit zuträglichen Normen und Vereinbaren zu konsolidieren. Christian Hacke, Politikwissenschaftler, schätzt ein, dass bis heute „das Streben nach Hegemonie und Weltherrschaft einerseits sowie die Idee des Machtgleichgewichts andererseits die zentralen Pole in den Internationalen Beziehungen bilden [...] Mäßigung und Kompromiss gelten im Sinne von Gleichgewicht als höchste Tugend, wenn man die pluralistische Staatenwelt gleichgewichtig versteht und Koexistenz von Werten und Interessen entsprechend zu erhalten sucht.“⁵⁵

Zu diesen Überlegungen steht des Westens hegemonialer Transformationsansatz im krassen Gegensatz. Nicht nur, dass sich des Westens Institutionen, wie die EU, betreffs jener unmittelbar nach dem Ende des ersten Ost-West-Konflikts entwickelten Strategie zu keiner selbstkritischen Reflexion fähig erweisen, beunruhigt. Solche Reflexionen allein eröffneten Räume für erstes koexistenzielles Nachdenken. Mehr noch alarmiert des Westens Selbstgewissheit, mit welcher er seine Absichten unbeirrt in die Gegenwart trägt. Sie sind, wie Edward W. Said, US-amerikanischer Literaturtheoretiker und -kritiker, wertete, „Zwänge, bei denen es sich eher um ein System von Nötigungen handelt, mittels derer das ganze kulturelle Korpus (des Westens) sich seine im wesentlichen imperiale Identität und seine Richtung bewahrt.“ Es ist „eine Reorganisation des Raums und charakteristischer Züge des multinationalen Kapitalismus“.⁵⁶

54 Jörg Goldberg, Die Emanzipation des Südens, PapyRossa Verlag, Köln, 2015, S. 103/10

55 Christian Hacke, Seminar für Politische Wissenschaft, Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn, Papier zur internationalen Politik, S. 50, <https://www.politik-soziologie.uni-bonn.de/de/personal/emeriti/prof.-dr.-christian-hacke/theorie.pdf>.

56 Edward W. Said, Kultur und Imperialismus, Fischer Verlag, Frankfurt a.M., 1994. S. 462. Edward W. Said verstarb 2003.

9 „Washington Consensus“

„Die wirtschaftspolitischen Leitlinien des ‚Washington Consensus‘ bewirkten eine falsch umgesetzte Privatisierung, die nicht zu Effizienz- und Wachstumsschüben, sondern zu zerschlagenen Betrieben und einem Produktionsrückgang führte.“ (Stiglitz)

Der „Washington Consensus“ institutionalisierte, was Jürgen Habermas als „die Entfaltung des Marktfundamentalismus in der Außenpolitik“ beschrieb. (Habermas: 104) Seine „drei Sierungen – Privatisierung, Stabilisierung, Liberalisierung“⁵⁷ verwüsteten die betroffenen Länder und Staaten⁵⁸ nicht nur ökonomisch. Er generierte auch jenen Typus „clan-bürokratischer“ Kapitalisten und Kapitalismen⁵⁹ sowie politischer Machteliten, welche vor allem den politischen und internationalen Zielabsichten des Westens im Wege steht und deshalb Angriffsgegenstand seines „Kalten Wertekriegs“ ist. Sie sind dessen zentrale Projektionsfläche.

Eine eingehende Studie aus dem Department of Economics, Colorado State University, bewertet den „Washington Consensus“ folgender Maßen: Der Begriff „Consensus“ reflektiert Übereinstimmung zwischen der 15th Street und der 19th Street in Washington, dem US-Finanzministerium, dem IWF und der Weltbank, einflussreichen Think Tanks, einer prominenten Mehrheit von Akademikern, Medienvertretern und vor allem Kapitalinteressen.⁶⁰

In diesem Kontext ist zu vermerken, dass des „Washington Consensus“ hegemoniale Orientierung auch in der sozialwissenschaftlichen

57 So formuliert von Lawrence Summers, zuständig für die Russlandpolitik in der Regierung von US-Präsident Clinton. Naomi Klein, *Die Schockstrategie*, S. Fischer, 2007, S. 320.

58 Das Schocktherapie-Modell wurde erstmals am 1. Januar 1990 in einer Transformationsökonomie in Polen eingeführt. Die folgenden Länder waren die Tschechoslowakei am 1. Januar 1991, Bulgarien am 1. Februar 1991, Russland am 2. Januar 1992 und Albanien am Juli 1992. Estland im September 1992 und Lettland am 5. Juni 1993. Sie wurde auch auf die post-sowjetische Staaten angewendet, darunter die jungen Zentralasiens, welche erstmals in ihrer Geschichte Eigenstaatlichkeit gestalteten.

59 Arne C. Seifert, *Der Politische Prozess in Zentralasien und die Systemfrage, Dialog und Transformation*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2017, S. 96.

60 JOHN MARANGOS, *Was Shock Therapy Consistent with the Washington Consensus ?*, Department of Economics, Colorado State University, *Comparative Economic Studies*, 2007, 49, (32–58), https://www.researchgate.net/publication/5219030_Was_Shock_Therapy_Consistent_with_the_Washington_Consensus

Transformationsforschung der Bundesrepublik ihre Unterstützer fand. Die Position, der Westen habe die Transformationsprozesse im post-sowjetischen Raum von außen zu steuern, äußerte sich beispielsweise im Postulat, „die einzige Bedingung, unter der Marktwirtschaft und Demokratie gleichzeitig *implantiert* werden und gedeihen können, ist die, dass beide einer Gesellschaft *von außen aufgezwungen* und durch internationale Abhängigkeitsverhältnisse für längere Fristen garantiert werden.“⁶¹ (Kursive A.S.) Auch wurde die Strategie der *Gleichzeitigkeit* der Transformation aller politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme in einem „Frontalangriff“ sowohl theoretisch als auch im Osten Deutschlands praktisch angewendet. Ihre Kettenglieder trugen neoliberalen Charakter: „Die revolutionäre Installierung einer Unternehmerklasse“⁶², die zielstrebige und umfassende Privatisierung des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums, die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente, der Rückzug des Staats aus der sozialen Sphäre, möglichst das Auswechseln der Eliten sowie die Neugestaltung des politischen Systems auf der Grundlage des Modells westlicher Demokratie. Jene Strategie zeigt auch im Osten Deutschlands ihre krisenhaften Langzeitwirkungen.

Die kanadische Autorin Naomi Klein brachte in ihrem fundamentalen Werk „Die Schockstrategie“⁶³ das Verständnis eines „fatalen antirussischen Triumphalismus“ in den USA auf den Punkt: „Viele der mächtigen Drahtzieher in Washington kämpften noch immer den Kalten Krieg. Russlands wirtschaftlichen Zusammenbruch betrachteten sie als geopolitischen Sieg – den entscheidenden, der den Vereinigten Staaten die Vormachtstellung

61 Claus Offe, *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, New York, 1994, S. 65 (Hervorhebung durch den Autor). Ein weiteres Beispiel theoretischer Vorleistungen für die Konzipierung der westlichen Außenpolitik gegenüber dem Transformationsraum findet sich bei Ernst-Otto Nach Czempiel. Ihm zufolge sollte die Demokratisierung zum „obersten und zentralen Thema“ der Außenpolitik werden: „Sind nämlich alle Herrschaftssysteme im euro-atlantischen System demokratisiert und entwickelt, bestehen also überall Zustände und Bedingungen, wie sie die Atlantische Gemeinschaft kennzeichnen, dann ist das Problem umfassender Sicherheit gelöst, sind Stabilität und Gewaltfreiheit permanent gewährleistet. [...] Der gewaltfreie, intervenierende (kursiv – A. S.) Beitrag zur Demokratisierung aller Herrschaftssysteme muß zum Kern der Außenpolitik in der Gesellschaftswelt werden. [...] Die deutsche Außenpolitik (müsste) der Demokratisierungsstrategie den obersten Rang einräumen“. In: HSFK-Report 2/2000, Frankfurt am Main, S.22.

62 Ebenda, S.60.

63 Quelle siehe FN 43

sicherte.“ (Klein: 346) Naomi Klein verdeutlicht die neuen weltwirtschaftlichen Dimensionen, die daraus erwuchsen, dass „mit dem Ende des Sowjetreichs der Markt jetzt das globale Monopol hatte.“ (ebenda: 390) Im Januar 1993 diskutierten „genügend Finanzminister und Finanzbankchefs, um einen größeren Wirtschaftsgipfel abhalten zu können, frank und frei die Überlegung, (in den Transformationsländern) aktiv eine ernste Krise herbeizuführen, um die Schocktherapie durchdrücken zu können.“ Eines der Argumente lautete „nur Länder, die wirklich leiden, die geschockt sind, unterwerfen sich der Schocktherapie“. (ebenda: 355)

Joseph Stiglitz, Nobelpreis für Wirtschaft, ab 1993 Mitglied des Sachverständigenrats bei US-Präsident Clinton, Chefvolkswirt und Senior Vizepräsident der Weltbank mit Zugang zu Politik und Praxis des Internationalen Währungsfonds (IWF), hielt in seinem Werk „Die Schatten der Globalisierung“⁶⁴ fest: Die „Schocktherapie“ war als „Stabilisierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramm natürlich kein Wachstumsprogramm. [...] Es schuf die Voraussetzungen für den Niedergang“. (Stiglitz: 193) Seine Frage „Wer hat Russland zugrunde gerichtet?“ beantwortet Stiglitz mit eindeutiger Verantwortungszuweisung: „Die wirtschaftspolitischen Leitlinien des ‚Washington Consensus‘ bewirkten eine falsch umgesetzte Privatisierung, die nicht zu Effizienz- und Wachstumsschüben, sondern zu zerschlagenen Betrieben und einem Produktionsrückgang führte.“ (ebenda: 108) Die erste Phase der Schocktherapie sah die rasche Privatisierung von annähernd 22.5000 Unternehmen im Staatsbesitz vor. (Klein: 310) „Russland wurde schnell von einem industriellen Giganten zu einem Rohstoffexporteur.“ (Stiglitz: 104) „Während die marktwirtschaftlichen Systemumstellungen die Zahl der Menschen, die in Armut leben, stark ansteigen lässt, und ein paar an der Spitze zu großem Reichtum verhilft, hat sie die russische Mittelschicht zerstört.“ (ebenda: 207)

„Am wichtigsten war dem IWF“, die *Zahl* (Kursiv A.S.) der Firmen, die, ganz gleich auf welche Weise, in den privaten Sektor überführt wurden. Fast alles andere war sekundär.“ (ebenda: 209) Die vom Westen angeordnete Hast erlaubte es, so Stiglitz, „einer Elite unter Führung internationaler Bürokraten [...] einer widersprechenden Bevölkerung rasche Veränderungen aufzuzwingen.“ „Das Ergebnis war eine Marktwirtschaft, in der viele

64 Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, Goldmann, 2004.

ehemalige Partei-Apparatschiks einfach mit erweiterten Vollmachten zur Leitung und Ausschlichtung von Betrieben ausgestattet wurden, die sie schon in der kommunistischen Ära geleitet hatten, und in der frühere KGB-Offiziere noch immer die Hebel der Macht in der Hand hielten. Es gab eine neue Dimension: Ein paar neue Herrscher übten enorme politische und ökonomische Macht aus.“ Es gab eine „neue‘ post-kommunistische Revolution in Russland.“ (ebenda: 210)

Zu ergänzen ist, dass der Eile des IWF nicht weniger politische Motive zugrunde lagen. Die „mächtige Klasse an Oligarchen“ (ebenda: 109) welche die Regierung schuf, sollte „Jelzins Wiederwahl sichern“. „Das ‚loans for share‘ Programm (des IWF) stellte die letzte Phase der Bereicherung der Oligarchen dar, [...] die schließlich auch das politische Leben beherrschten.“ „Die hochrangigen amerikanischen und IWF-Bediensteten [...] konzentrierten sich darauf, ihre Freunde Boris Jelzin und die sogenannten ‚Reformer‘ an der Macht zu halten.“ (ebenda: 222)

Diese Strategie erweist sich heute als eine weitere gravierende Fehlkalkulation. Ausgenommen die baltischen Staaten, ist Stiglitz‘ Beobachtung heute in allen Staaten des post-sowjetischen Raums wiederholbar; ausgeprägt in Zentralasien, jenem geopolitischen Scharnier zwischen Russland und China.

Der „Consens“ generierte ein „post-kommunistisches Verständnis von Machtbehauptung unter den Bedingungen des Übergangs zur Marktwirtschaft, in dem der möglichst schnelle und irreversible Transfer von politischer Macht in Eigentum als Schlüsselfrage galt. Folgerichtig wurde auch politische Macht als eine Art Eigentum aufgefasst. Daraus entstand ein spezifischer Typus „clan-bürokratischer“ Kapitalisten und Kapitalismus“⁶⁵ sowie politischer Machteliten, welcher zentralen Zielabsichten des Westens heute im Wege steht: Seine wirtschaftssystemische Spezifik entspricht freiheitlichen westlichen Standards nur eingeschränkt, sozio-kulturelle sowie politische Spezifika sind undurchlässiger, als einem westlichen Werte- und Normentransfer zuträglich ist.

Es war überwiegend die erste Transformationsgeneration, die nach dem Niedergang der UdSSR über die administrativen und finanziellen Ressourcen verfügte, um die Privatisierung zu ihren Gunsten zu entscheiden. Nie zuvor hat das Clansystem einen solch gewaltigen Aufschwung erfahren wie

65 Arne C. Seifert, *Der Politische Prozess in Zentralasien und die Systemfrage, Dialog und Transformation*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2017, S. 96.

durch jene westlich initiierte Privatisierung „von oben“. Da dieses soziale System eine in sich und für sich geschlossene Gesellschaftsschicht darstellt, widersetzt es sich der Öffnung der Gesellschaft und ihrer Demokratisierung. Selbst in der sowjetischen Periode war die Verquickung von politischer, ökonomischer, normativer und möglichst auch militärischer Macht in Personalunion nicht so eng wie heutzutage bei jenen Clans erster Generation von Transformationssiegern, aus der die heutigen Entscheidungsträger kommen. Um zu dem vom Westen eingeklagten Typ von Demokratie und politischen Systemen zu gelangen, müsste er jenen Typ bürokratischen Familienclan-Kapitalismus‘ erst wieder abschaffen. Das aber wird der Westen nicht wagen, was die Herrschenden im post-sowjetischen Raum in Zentralasien wissen. Darin besteht das große strategische Dilemma der westlichen Demokratisierungsstrategie.

Mehr noch: Dieser Zustand wird sich selbst dann nicht ändern, wenn die Clan-Oligarchen der ersten Transformationsgeneration der Konkurrenz neuer zweiter und dritter Unternehmergeenerationen einst weichen müssen. Letztere werden zwar nach politischer Macht streben, auf ihre ökonomische jedoch nicht verzichten. Also werden auch als Regime Change westlich gesponserte innere Auseinandersetzungen weder den herrschenden Typ von Unternehmerklasse noch deren Aversion gegen eine Trennung von politischer und ökonomischer Macht, gegen eine offene Gesellschaft und Demokratie westlichen Typs aus der Welt schaffen. Auch haben sie heute China als „Schutzmacht“ hinter sich, was sie gegen des Westens politische Systemansprüche immunisiert.

10 „Kalter Wertekrieg“ versus friedliche Koexistenz

„Die Barbaren kommen über uns!“ (Gabriel)

Der internationale Dissens über den Umgang mit unterschiedlichen werte- und ordnungspolitischen Orientierungen führt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1990 erneut hart bis an die Gräben eines neuen Systemantagonismus⁶⁶. Er gewann sicherheitspolitische Relevanz vor allem durch die Frage nach den politischen Absichten der „anderen Seite“. Das verleiht der Inrechnungstellung der Pluralität gesellschafts-, ordnungspolitischer und wertemäßiger Systeme in unserer Welt ihren direkten äußeren und inneren friedenspolitischen Bezug. Die Art und Weise sowie die politischen Intentionen, mit denen die Unterschiedlichkeit von Herrschaftssystemen wahr genommen wird, entscheiden ganz wesentlich darüber, welchen internationalen Steuerungsinstrumenten sich die Staaten zuwenden – hegemonial und konfrontativ oder koexistenziellen, konfliktpräventiven und friedensorientierten.

Besonders die Absicht des Westens, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sein politisch normatives und institutionelles Weltbild zum international dominierenden auszuweiten, beförderte den Umgang mit der Vielfalt gesellschafts-, ordnungspolitischer und wertemäßiger Systeme zu einem der kompliziertesten Konfliktfelder der Weltpolitik. Seine Militarisierung durch Kriege und Interventionen zum Zweck von „Regime Change“ macht es zu einer Frage von „Krieg oder Frieden“.

„Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.“ Dieses für Praktizieren friedlicher Koexistenz grundsätzliche Prinzip, die westlichen Staaten signierten es mit der Schlussakte von Helsinki⁶⁶, ignorieren sie mit ihrem Wertekrieg vollständig. Unter multipolaren Bedingungen wird dessen Verwirklichung friedenspolitisch unabdingbar.

66 Schlussakte von Helsinki, Kap. VIII. Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker.

In Kontrast dazu sei eine zuvor dargestellte Position der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) nochmals erwähnt: „Nicht zuletzt mit Blick auf den europäischen Wertekanon – die Orientierung an Frieden, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – sollten zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung und mehr oder weniger robuste diplomatische Interventionen nicht nur als Vorspiel, untere Stufe oder Nachsorge zum ‚eigentlichen‘ Eingreifen verstanden werden. Das schließt allerdings eine Arbeitsteilung aus, bei der Deutschland sich vornehmlich auf zivile Interventionsinstrumente, andere Partner dagegen auf militärische konzentrieren.“⁶⁷

Der Gegensatz zur Helsinki-Schlussakte ist eklatant: Deutschland solle in einem Wertekonflikt (wer immer die andere Partei ist), den europäischen Wertekanon auch militärisch durchsetzen. Dafür wirbt jene Empfehlung um politische, diplomatische und bewaffnete „Vorwärtsstrategie“. Die von der SWP empfohlene, diplomatisch „robuste“, militärisch konnotierte „Vorwärtsstrategie“ könnte den seit einigen Jahrzehnten köchelnden „Wertedissens“ zwischen „westlich-demokratischen“ und „östlich-autoritären“ Regierungssystemen gefährlich dicht an eine Situation heran führen, wie sie uns aus der schon einmal überwundenen Ost-West-Konfrontation bekannt ist, als sich die „Totalisierung der politischen Zielsetzungen (durch) den ordnungspolitischen Systemantagonismus definierte“.⁶⁸

Diese politische Totalisierung wird von hochrangigen Politikern und Militärs militarisiert. Das gilt auch für deren Interpretationen von Ursachen und Charakter jenes Wertekonflikts. „Die Barbaren kommen über uns!“ (Gabriel). Diese für einen Außenminister schmachvolle Formulierung gab Siegmund Gabriel als Außenamtschef auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 von sich. Weiter: „In der neuen und gegenüber dem Kalten Krieg heute weitaus komplexeren Welt geht es um die Systemkonkurrenz zwischen entwickelten Demokratien und Autokratien. [...] Es geht wieder um die alte Frage von Freiheit und Demokratie in der *Systemkonkurrenz* mit *neuen* (Kursiv A.S.) autokratischen Regierungsformen.“⁶⁹ Gabriel stellte den „Beginn eines asiati-

67 Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Barbara Lippert / Nicolai von Ondarza / Volker Perthes (Hg.), Strategische Autonomie Europas, Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, SWP-Studie 2, S. 22, Februar 2019, Berlin.

68 Dieter Senghaas, Weltordnung in einer zerklüfteten Welt – Hat Frieden Zukunft?, Suhrkamp Verlag Berlin 2012, S. 92.

69 Rede von Außenminister Siegmund Gabriel bei der Münchner Sicherheitskonferenz, (Kursiv A.S.). <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/rede-muenchner-sic...>

schen Zeitalters“ in den Raum, welches in 600 Jahren auch Europa verschlungen haben könnte, um sodann apokalyptisch Benjamin Franklin zu zitieren: „We must, indeed, all hang together or, most assuredly, we shall all hang separately.“⁷⁰ (Gabriel: ebenda)

General Sir Nick Carter, Stabschef der Britischen Streitkräfte, schätzte ein, dass „schlagkräftige autoritäre Regime das multilaterale System unterminieren.“ „Die Herausforderung für uns im Westen besteht in derem Charakter, welchen uns der autoritäre Opponent aufdrängt. Er greift unsere Lebensweise und Freiheit an. Und zwar in einer Art und Weise, gegen die wir uns nicht schützen können, ohne dabei Gefahr zu laufen, unsere eigene Freiheit zu untergraben, die wir eigentlich verteidigen wollen. [...] Wir befinden uns in einer Periode phänomenaler Veränderungen, wie sie die Menschheit noch nie außerhalb von Weltkriegen erlebte – weiträumiger, schneller und umfassender [...] Sie sind nachhaltiger als die beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts zusammengekommen – und sie wachsen weiter.“⁷¹

70 Ebenda

71 Lecture by General Sir Nick Carter GCB CBE DSO ADC, Gen, Chief of the Defence Staff, UK Ministry of Defence, RUSI Whitehall, 05 December 2019, <https://rusi.org/event/annual-chief-defence-staff-lecture-and-rusi-christmas-party-2019>.

11 „Die politische Kriegsführung ist zurückgekehrt“.

**„Die vornehmste Aufgabe der führenden Politiker des Westens ist nicht, andere Kulturen nach dem Bild des Westens umformen zu wollen.“
(Huntington)**

Sowohl die außenpolitischen Wertungswelten, als auch jene militärischen des Sir Nick Carters, figurieren im kumulativen Verdichtungsprozess von neuem West-Ost-Konflikt und Kaltem Krieg als bedrohliche Bruchstelle zu neuer Eskalationsqualität: Eskalation wird auf solche öffentlichen und internationalen Wahrnehmungs- und Handlungsebenen gehoben, die schließlich rechtfertigen, Konflikte auf zivilen Feldern, wie die Pluralität von Werten und Kulturen, zu militarisieren. Dass hier „Gewalt zum Motor des Kriegs“ wird (Siegelberg: 192), ist bereits internationale Realität, so im militärischen Umgang mit islamischer Fundamentalopposition in unserer nah- und mittelöstlichen sowie nordafrikanischer Nachbarschaft. Der gegen die Taliban verlorene Krieg der NATO in Afghanistan ist das gegenwärtig krasseste Beispiel für die Erkenntnis, dass durch externe Intervention, umso mehr militärische, nur geringe Chancen bestehen, auf Konflikte um Werte und Tradition (Struktur) deeskalierend einzuwirken.

Huntington bringt den Kern von „Vorwärtsstrategien“ zum internationalen Verfechten des „europäischen Wertekanons“ auf den Punkt: „Der Westen versucht und wird weiter versuchen, seine Vormachtstellung zu behaupten und seine Interessen dadurch zu verteidigen, daß er diese Interessen als Interessen der ‚Weltgemeinschaft‘ definiert. Dieses Wort ist das euphemistische Kollektivum (Ersatz für ‚die Freie Welt‘), um Handlungen, die die Interessen der USA und anderer westlicher Mächte vertreten, weltweit zu rechtfertigen.“ Huntington formuliert jedoch auch Varianten einer positiven Agenda: „Die vornehmste Aufgabe der führenden Politiker des Westens ist nicht, andere Kulturen nach dem Bild des Westens umformen zu wollen, was nicht in ihrer schrumpfenden Macht liegt, sondern die einzigartigen Qualitäten der westlichen Kultur zu erhalten, zu schützen und zu erneuern.“ (Huntington: 292, 513)

Eine solche Chance ergab sich für den Westen, vor allem für bundesdeutsche Politik im und aus dem Zentrum Europas heraus. Eine Gelegenheit dazu

bot die approbierte Beziehungs- und Arbeitsgrundlage der Erfahrungen und Regulative von Helsinki zum koexistenziellen Umgang mit *antagonistischen* ideologischen Systemgegensätzen, wie eingangs zitiert.⁷² In Helsinki trugen die westlichen und östlichen KSZE-Staaten mit der Verständigung auf dieses Prinzip seinerzeit nicht nur Eigeninteressen, sondern auch der VN-Charta Rechnung. Letztere postuliert, dass aus der Charta eine „Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören [...] nicht abgeleitet werden kann.“⁷³

Hätte innerhalb des Helsinkiprozesses nur eine der beiden antagonistischen Seiten auf Anerkennung ihres jeweiligen Wertekanons als allgemeines Regulativ bestanden, wären Helsinki-Prozess und friedliche Koexistenz ausgeschlossen geblieben. Der Umschwung der Kräfteverhältnisse nach 1990 öffnete dem Westen freie Bahn für einen hegemonialen Strategiewechsel auf ordnungspolitisches Gleichschalten der mittelosteuropäischen Staaten, Russlands sowie der jungen Staaten des post-sowjetischen Raums im Baltikum, Kaukasus, Zentralasien. Dabei argumentierte die deutsche Außenpolitik mit dem Erfordernis, „post-nationalen“ Anforderungen Rechnung tragen zu müssen. So führte Außenminister Joschka Fischer im September 1999 vor der VN-Vollversammlung ins Feld, dass „die Rolle des Nationalstaats durch die Globalisierung erheblich relativiert worden (sei). Die Frage der Friedenssicherung stellt sich vor diesem Hintergrund zunehmend in einem Spannungsfeld zwischen der klassischen Staatensouveränität und dem Schutz der Menschenrechte. [...] Die Weltmenschenrechtskonferenz in Wien hat dies bereits 1992 mit Zustimmung aller VN-Mitgliedstaaten mit den Worten bekräftigt: ‚Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte sind ein legitimes Anliegen der internationalen Gemeinschaft‘.“⁷⁴

Dieser außenpolitische Ansatz wurde im post-sowjetischen Raum, insbesondere in Zentralasien, schon frühzeitig innerhalb erfahrener, aber auch neuer politischer Eliten der jungen Staaten als misstrauisch bis bedrohlich

72 Siehe Zitat der Schlußakte von Helsinki S. 26

73 Charta der Vereinten Nationen, Kapitel 1, Art. 2/7, Völkerrechtliche Verträge, S.2, Deutscher Taschenbuch Verlag, 1998.

74 <http://www.welt.de/print-welt/article584892/Erste-Rede-des-Bundesministers-des-Auswaertigen-Joschka-Fischer-vor-der-Generalversammlung-der-Vereinten-Nationen-in-New-York.html>, 22.September 1999.

wahrgenommen. Nicht zuletzt trug dazu stringentes Bevormunden seitens westlicher Institutionen, Politiker und Repräsentanten bei, welche häufig regionale Unwissenheit und diplomatischer Dilettantismus auszeichnete.

Jener von Außenminister Joschka Fischer direktiv postulierte „post-nationale“ Ansatz stand dem Grundanliegen der Führungen der jungen Staaten diametral entgegen. Mit dem Zerfall der UdSSR aus ihrem untergeordneten Status einer Sowjetrepublik „entlassen“, orientierten sie ihr Leitparadigma auf unabhängige Nationalstaatlichkeit, welche traditionelle Strukturen prägte.

Wie den zentralasiatischen Führungen alsbald bewusst wurde, verkleidete der humanistische Anspruch auf Schutz der Menschenrechte realiter eine grundsätzliche, holistische, auf die Durchsetzung des westlichen politischen Systemtypus abzielende Agenda. In ihr ging es um politisches Komplementieren und Verzahnen der zu etablierenden kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen mit den politischen des Westens zu einem von ihm dominierten geostrategischen Raum bis an die Grenzen Chinas. Die Wortbedeutung „Menschenrechte“ vernebelte unter dem Arbeitsbegriff „human Dimension“ den eigentlichen Kern des Vorgangs: In den jungen post-sowjetischen Staaten politische Systeme zu bewirken, adäquat zu den westlichen. „Ursprünglich als „dritter Korb“ der Helsinki-Schlussakte bezeichnet, verknüpft die menschliche Dimension der OSZE Menschenrechte mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Anerkennung der Menschenrechtsstandards bedeutet gleichzeitig die Anerkennung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Grundlage für Frieden und *kooperative Sicherheit* (Kursiv A.S.).“⁷⁵ Damit verbunden war das anspruchsvolle Ziel, „human Dimension“ als „Völkerrechtsgewohnheitsrecht“ zu etablieren.

Wichtiger Bahnbrecher dafür war damals Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Ihm gelang es, die „menschliche Dimension“ als externen Zugangsschlüssel zu den inneren Angelegenheiten der Staaten zu etablieren. Er bestand auf der Moskauer KSZE-Konferenz im September 1991 darauf, zu beschließen, daß die Forderung nach Achtung der Menschenrechte nicht dem Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten unterliegt.“⁷⁶ Er initi-

75 Eric Manton, Die menschliche Dimension der OSZE und die Herausbildung von Völkerrechtsgewohnheitsrecht, in: IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2005, Baden-Baden 2006, S. 217-240, Fußnote 3, <https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/05/Manton-dt.pdf>.

76 Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Siedler Verlag, Berlin, 1995, S. 320.

ierte auch, das Konsensprinzip zu brechen und ohne einstimmiges Votum Sanktionen gegen einen Mitgliedsstaat verhängen zu können, wenn dieser gegen KSZE-Prinzipien verstößt.⁷⁷

Der deutsche Außenminister hebelte damit das VN-Prinzip aus, welches äußere Einmischung in Angelegenheiten ächtet, die „zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören“. Das war zugleich Ursprung zur Legitimation der heutigen Praxis, die „human Dimension“, argumentativ gerechtfertigt als moralisch-ethische Notwendigkeit, in der internationalen Politik offensiv zu handhaben.

Auch ein weiterer Aspekt von Verflechtung zwischen „human Dimension“ und internationalem Kalten Wertekrieg verdient spezifische Beachtung: Es geht um den Bezug von „human Dimension“ zu dem sensiblen Komplex von Ideen, Normen, Werten des westlichen Demokratiemodells und seiner weiteren Internationalisierung. Dieser Komplex ist in hohem Maße ideologisch und ideologisiert. Er ist seit Ende des Ost-West-Konflikts schon lange keine Variable mehr und spitzt sich unter Bedingungen multipolarer Mächtekongkurrenz und Rivalität weiter zu. In dem Maße, wie im Kalten Wertekrieg „Demokratieverbreitung als Sicherheitspolitik verstanden wird“⁷⁸, verwandelt sie sich in eine Kriegsideologie, die hilft, Sicherheit vorrangig militärisch zu konnotieren.

Daraus drängt sich aus friedenspolitischer Perspektive die Notwendigkeit zur Formulierung einer „Friedensideologie“, eines „Friedensbildes“ internationalen politischen Verhaltens auf.

77 Robert L. Hutchings, Als der Kalte Krieg zu Ende war, Alexander Fest Verlag, Berlin, 1999, S. 377.

78 Alexander Reichwein, Ideologie und Außenpolitik: Die Neokonservativen und der 11. September, Jäger (Hrsg.), Die Welt nach 9/11, Verlag für Sozialwissenschaften 2011, S.54, https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-94173-8_3.

12 Historische Hintergründe

Nur allmählich wurde sichtbar, dass hinter der Steuerung der Transformationsprozesse, einschließlich der „menschlichen Dimension“ letztendlich wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen standen.

Für das Entstehen der „human Dimension“-Strategie ist der politische, historische und theoretische Kontext nicht zu vernachlässigen, der in jenen Jahren des Umbruchs in der westlichen Politik vorherrschte. Unter den Umständen der Wende und der Geburt der jungen Staaten im post-sowjetischen Raum, die von ihrem Beitritt zur OSZE eine Festigung ihrer Souveränität erhofften, stimmten alle alten und neuen Mitglieder diesen Verpflichtungen zu. Darunter auch jene ost-europäischen, welche bis dahin dem Warschauer Vertrag angehörten.

Geheimnis der politischen Archive bleibt vorläufig, ob die westlichen Politiker damals einer humanistischen „Theorie des Demokratischen Friedens“ anhängen oder von Anfang an hegemoniale Absichten verfolgten - sich der „menschlichen Dimension“ als Mittel zur politischen Bodenbereitung für die Wahrnehmung eigener Interessen in den post-sowjetischen Regionen zu bedienen.

„Die Theorie des Demokratischen Friedens argumentierte aus einer empirischen Beobachtung heraus, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen (wenngleich sie Kriege gegen Nicht-Demokratien führen). Dieses empirische Phänomen [...] folgt typischerweise zwei Argumentationssträngen. Das strukturelle Argument (*political structure*) besagt, dass demokratisch gewählte Entscheidungsträger stärker in ihrem politischen Verhalten eingeschränkt sind als in anderen Regierungsformen. Das zweite Argument konzentriert sich auf die politische Kultur in Demokratien (*political culture*) und beinhaltet die These, dass die innerhalb demokratischer Gesellschaften erworbenen individuellen Rechte und Freiheiten sowie Normen und Präferenzen der geordneten und friedlichen Regelung von Konflikten externalisiert werden. [...] Zusammenfassend basiert die Theorie des Demokratischen Friedens auf instrumentellen und normativen Argumenten.“⁷⁹

79 Simon Koschut, Friedlicher Wandel ohne Demokratie? Theoretische und empirische Überlegungen zur Bildung einer autokratischen Sicherheitsgemeinschaft, Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 19. Jg. (2012) Heft 2, S. 46/47.

Jene Theorie und die außenpolitischen Schlussfolgerungen aus ihr beeinflussten in hohem Maße die internationale Politik des Westens unmittelbar nach dem Systemkollaps des sozialistischen Lagers. Es entstand eine komplexe Strategie externer Intervention und Überwachung in und von nahezu sämtlichen gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Sphären dieser Staatengruppe.

Die OSZE als „einer der Agenten des Wandels“⁸⁰ und die EU spielten in diesem Szenarium zentrale Rollen. Die EU machte „im Jahr 1991 ein Bekenntnis zur Demokratieförderung [...] zur Grundlage der Anerkennung der *staatlichen Unabhängigkeit* (Kursiv A.S.) der zentralasiatischen Staaten.“⁸¹ Die Demokratieagenda stand in der Wiener OSZE-Zentrale sowie deren ständigen Missionen in den Transformationsstaaten im Vordergrund ihrer Agenda. Über das Demokratieverhalten der buchstäblich „überwachten“ Regierungen hatten Missionschefs im „Permanent Council“ regelmäßig zu berichten.

Nur allmählich wurde sichtbar, dass hinter der Steuerung der Transformationsprozesse, einschließlich der „menschlichen Dimension“ als „Recht“ auf Eingriffe in innere Angelegenheiten, letztendlich wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen standen. Besonders seit dem Elften September 2001 verstärken die EU-Staaten im Schulterschluss mit den USA im NATO-Verbund ihre sicherheitspolitischen Einflüsse in den zentralasiatischen Staaten. Sie wurden zum logistischen Hinterland für militärische Operationen in Afghanistan. Eine Studie zur Demokratieförderung der EU in den zentralasiatischen Staaten stellt fest: „Deutlich wird aber, dass der eigentliche Entstehungshintergrund (der Demokratieförderung – A.S.) nicht normativ ist, sondern zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten beitragen soll. [...] Kontinuierliche Menschenrechtsverletzungen ohne Öffentlichkeitswirksamkeit hingegen würden dementsprechend nicht ausreichen, um die EU zu ernsthaften

80 Wolfgang Zellner, Managing Change in Europe: Evaluating the OSCE and Its Future Role: Competencies, Capabilities, Missions, CORE Working Paper Nr. 13 (in Zusammenarbeit mit Alyson Bailes, Victor-Yves Ghebali, P. Terrence Hopmann und Andrei Zagorski), Hamburg 2006, online verfügbar unter: http://www.core-hamburg.de/CORE_english/pub_working_papers.htm; auch abgedruckt in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH, (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2005, Baden-Baden 2006, S. 425-466. Zellner, S.12, (eigene Übersetzung).

81 Sigita Urdze, Die externe Demokratieförderung der EU in den zentralasiatischen Staaten, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2010, S. 157.

Schritten gegenüber dem betreffenden Drittstaat zu bewegen.“ (Urdze: 234/236.)

Beginnend mit dem „War on Terror“ und seinen Kriegen führte der Westen die Konstruktion „Demokratischer Frieden“ letztendlich selbst ad absurdum. Seine militärischen und politischen Interventionen, deren Opfer und Zerstörungen bilden die Antithese zu Konfliktbewältigung mit primär politischer Prävention und Strategien. Wo immer sie zum Einsatz kamen bewirkten sie weder Frieden, noch setzten sie konfliktpräventive Potenzen und Impulse frei. Sie sind Eigenzeugnis des Westens, dass auch demokratische Regimetypen keine Garantie eines stabilen Friedens sind.

Damit dürfte der Westen auch jedwede Legitimation für seine Ambition verspielt haben, sein normatives und institutionelles Weltbild zu „externalisieren.“⁸² Womit auch sein Anspruch auf ein Recht zu weltweiter „demokratisierender Intervention“ zur Disposition steht.

Als „Niederlage durch Selbstüberschätzung“ bewertet Michael von der Schulenburg, Jahrzehnte in gehobenen Positionen bei den Vereinten Nationen tätig, den NATO-Einsatz in Afghanistan. „Nach fast zwanzig Jahren Krieg muss der Westen akzeptieren, dass es nicht möglich war, dort militärisch ein westliches politisches System durchzusetzen. [...] Ein Nato-Rückzug signalisiert auch das Ende einer westlich dominierten Welt und damit der Hoffnung, dass sich nach dem Verfall des Kommunismus die liberale Demokratie global durchsetzen würde. [...] Es sind nun andere Staaten, die militärisch intervenieren, um eigene nationale Interessen zu verfolgen.“⁸³

Zu prüfen, welche völkerrechtlichen Konsequenzen sich aus dem Durchlöchern des Helsinki-Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten für die Sicherung und Gewährleistung des internationalen Friedens herleiten, kann als eine überaus wichtige Frage gelten. Denn im Kontext von „War on Terror“, „demokratischen Friedens“, demokratischer Intervention“, „menschlicher Dimension“, „Responsibility to Protect“ hat der Westen sich einen völkerrechtlichen Rahmen geschaffen, der seine Interventionspolitik abstützt und zentrale Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen zur Gewährleistung von internationaler Sicherheit und Frieden, so das der souveränen Gleichheit der Staaten, unterwandert.

82 Vgl. Koschut, a.a.O., S. 59.

83 Michael von der Schulenburg, Der Westen scheitert am Hindukusch – was bleibt? Neue Zürcher Zeitung, 26. Juni 2000.

Zu schlussfolgern ist weiter, dass willkürliche Freiheit externen Bestimmens über innere Angelegenheiten von Staaten kollektive Sicherheit auf bilateraler, regionaler und Weltebene unmöglich macht. Deshalb sind Politikempfehlungen mit großem Fragezeichen zu versehen, die zu Strategien herausfordern, „auf die Herrschaftssysteme der Staaten des internationalen Systems einzuwirken, und zwar in Richtung Demokratisierung und Partizipation.“⁸⁴ Zwar müssten diese, so fordert der Verfasser dieses Postulats, „gewaltfrei, nicht interventionistisch und effektiv sein“, was jedoch wenig am universalen Vorherrschaftsanspruch ändert, welchen der Westen mit seinem „kalten Wertekrieg“ verfolgt.

84 Ernst-Otto Czempiel, Der Friede – sein Begriff, seine Strategien, in: Senghaas (Hrsgb), Den Frieden denken, a.a.O, S.174/175.

13 Gewinn/Verlust-Bilanz des „Kalten Wertekriegs“

Der „Kalte Wertekrieg“ schadet Europa, weil er sowohl unseren Kontinent, als auch den gemeinsamen eurasischen Raum der OSZE-Staaten konfrontativ spaltet.

Der Wertekrieg ist kein defensiver, sondern ein offensiver. Das Offensive steckt in der Selbstermächtigung zu „regime change“ und Installation bündnisgerechter Regime. Im Kern geht es um ein weiteres Aufbrechen des territorialen und geostrategischen Status quo über den nach 1990 geöffneten geographischen Raum hinaus. Zbigniew Brzezinski bezeichnete 1997 in seinen präzisen Empfehlungen für „Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ jene Demokratieoffensive als „Hegemonie neuen Typs, die viele Merkmale der amerikanischen Demokratie widerspiegelt: sie ist pluralistisch, durchlässig und flexibel. [...] Amerika ist nun der Schiedsrichter Eurasiens, und kein größeres eurasisches Problem läßt sich ohne Beteiligung der USA oder gegen seine Interessen lösen. Dabei werde Europa mit Deutschland und Frankreich die „Schlüsselfiguren“, der „demokratische Brückenkopf an der westlichen Peripherie Eurasiens“ sein. (Brzezinski: 277, 278) Bemerkenswert ist dabei sein taktischer Pragmatismus. So stellte Brzezinski kritisch fest: „Die von der Clinton-Administration vertretene alternative Position, Amerika solle das Augenmerk auf eine weltweite, demokratische Erweiterung“ richten, „ließ(e) aber außer Acht, daß die USA sich in Zukunft...sogar für einige zweckdienliche (aber bedauerlicherweise nicht demokratische – KursivA.S.) zwischenstaatliche Beziehungen, wie etwa China, einsetzen müsste.“ (Brzezinski: 279)

Der „Kalte Wertekrieg“ schadet Europa, weil er sowohl unseren Kontinent, als auch den gemeinsamen eurasischen Raum der OSZE-Staaten konfrontativ spaltet. Sein Sanktionsrepertoire vergiftet bilaterale Staaten- und Wirtschaftsbeziehungen. Fraglich ist auch, ob sein Eingreifen in Prozesse gesellschaftlicher Orientierungs- und Richtungsentscheidungen früher oder später unausweichlichen indigenen Demokratisierungsprozessen zuträglich ist. Auch unter diesem Gesichtspunkt fordern die bisherigen zweifelhaften Erfahrungen aus Kaltem Wertekrieg, militärischen Interventionen und Strategien zum „Regime Change“ den Westen zu selbstkritischer Reflexion sowie Revision heraus. Denn sein externer Wertemissionarismus wird sich noch für

lange Zeiten seine Zähne an den autochthonen Wertegefügen anderer Gesellschaften ausbeißten. An deren sozialstrukturell und geopolitisch stabilen, *extern* so gut wie nicht ausmerzbaaren Barrieren. Das gilt umso mehr, je weiter er nach Osten und Süden vorzudrängen trachtet. Merkwürdigerweise kommt ihm bei seinem universalen Anspruch auf ordnungspolitische Hegemonie die Makrostruktur der real existierenden Welt wenig oder gar nicht in den Blick. In dieser ist nämlich „das Modell des leistungsfähigen, marktwirtschaftlich orientierten und demokratischen Rechtsstaates noch längst nicht zum globalen Standard geworden“.⁸⁵ Seine Bilanz ist nicht ermutigend:

- Staatsführungen wie die Russlands oder Chinas sind sich dessen bewusst, dass sie in der Weltpolitik an der Spitze von Großmächten, ja ganzer Weltregionen stehen. Ihnen über Lenken einer Großmacht zu dozieren, ist mehr als taube Arroganz. In regionaler Perspektive bieten weitere Beispiele der Erfolglosigkeit externer Systemintervention das NATO-Mitglied Türkei sowie deren nah- und mittelöstlichen Nachbarregionen. Die traditionelle Wertekonsistenz der Türkei zwischen säkularem Atatürk zu Beginn des 20. Jahrhunderts und ihrem fundamental islamischen Staatsoberhaupt Erdogan in der Gegenwart sollte lehrreich sein. Trotz Welten, die zwischen türkisch islamischem und westlichem Wertekanon liegen, sieht sich der Westen, wenn auch zähneknirschend, gezwungen, Erdogan als unverzichtbaren NATO-Alliierten zu tolerieren und mit diesem zu kooperieren. Vor allem in militärischer Hinsicht.
- Die Entwicklungen in der nah- und mittelöstlichen sowie nordafrikanischen europäischen Nachbarschaft dienen als gegenwärtig krassestes Beispiel für Fehlkalkulation. Die EU-Nachbarschaftspolitik erwies sich als Fehlschlag. Solange diese oder ihre Nachfolgestrategien sich als regionales Szenario für die Umsetzung einer Politik erweisen, die das transatlantische Bündnis als „Achse“ versteht, um die herum der Westen seine neue Weltordnung formt, wird es nicht gelingen, das Verhältnis zu seinen islamischen Nachbarregionen auszubalancieren. Sie sind ungeeignet dafür, die auf der arabischen und islamischen Seite weit verbreitete negative Subjekt-Objekt-Wahrnehmungsperspektive abzubauen, der zufolge Europa das Subjekt von Interessenpolitik ist, während die nah- und mittelöstlichen (islamischen) Regionen deren Objekt sind. Auch erweisen

85 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Transformationsindex BTI 2012, <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/307.htm>.

sich das Werte- und Normensystem des Islams sowie seiner Verfechter als außerordentlich resistent.

- Des Westens Favoriten, junge Staaten wie die Ukraine oder Georgien, bereiten ihm keine ungetrübte Freude. Einmal an der Macht, folgen sie in der Regel internen traditionellen wertestrukturellen Zwängen, derer sie sich für die eigene Machtsicherung bedienen. Die von ihnen erwartete Zuwendung zum westlichen politischen System erfolgt nur zögerlich. Jedenfalls bleibt sie brüchig.
- Die Gruppe osteuropäischer EU- und NATO-Mitglieder: Ihnen fiel es nach 1990 nicht schwer, sich von russisch/sowjetischer ordnungspolitischer Orientierung zu lösen. Von ihr häuteten sie sich relativ zügig, um sich für die systemischen Regeln und Vorschriften der EU fit zu machen. Sie brauchten rund zwanzig Jahre, um zu realisieren, dass sie die neue Überfremdungsordnung national fesselt: Sie erweist sich als hegemonial im eigenen politischen Raum der EU. Auch der „Brexit“ Großbritanniens mahnt zu gründlichem Ursachenerhellern. Insbesondere des Premierministers fundamentaler Satz „We got our freedom back“.⁸⁶
- Zentralasiatische Staaten: Obgleich die jungen souveränen zentralasiatischen Staaten als Schwerpunkt der „human Dimension“-Offensive galten, folgten deren Führungen eigenen traditionellen Strukturen, Regeln und islamischer Religion. Nach siebzig Jahren systemischer Überfremdung durch ein für sie „fremdes“ europäisches, sowjetisches Regime versagten sie sich westlichen europäischen, erneut nicht autochthonen Experimenten. Für sie waren auch in sowjetischen Zeiten Moskau und Kreml „Westen“, weshalb sie ihren nationalen⁸⁷ Weg bevorzugten. Er erweist sich als sultanische Obrigkeitsvariante. Heute ist Zentralasien erneut muslimisch mit brüchigem Säkularismus. Die Frage nach der perspektivischen ordnungspolitischen Ordnung ist offen. Ein diese Staaten zwar rhetorisch kritisierender Westen sah in jener Gegensätzlichkeit von Werteorientierungen und politischer Wunschsysteme schlussendlich keine Barriere, die Region als logistisches Hinterland für die NATO-Operationen in Afghanistan zu gewinnen und zu nutzen. Die USA verstärken gegenwärtig gezielt ihre Präsenz in der Region, um sie als eurasischen Keil zwischen Russland und China zu treiben.

86 Medienberichterstattung.

87 „Nationalismus – die Wiederherstellung von Gemeinschaft, Bekräftigung der Identität, Auftauchen neuer kultureller Praktiken.“ (Said: 297)

14 „Russland wird wieder gebraucht“

Die Frage danach, ob fehlende Berechenbarkeit zu Krieg führt, ist erneut nicht mehr unbegründet.

Das Vermögen der beiden verfeindeten Lager des Ost-West-Konflikts, ihre Antagonismen und damit den ersten Kalten Krieg aufzulösen, ermutigte Egon Bahr 2003 zu jener Aufforderung. Ihm ging es darum, die Errungenschaft friedlicher Koexistenz in einer dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung stabilisierend fortzusetzen. „Erstmals gibt die Überwindung seiner Spaltung Europas die Chance, selbstbestimmt zu werden. Die neue Welt stellt Europa erstmals vor die Frage, ob es das will. Die Selbstbestimmung ist nur gegenüber der Protektormacht zu erreichen. Genauer: indem die weit gehende Dominanz Amerikas über europäische Außen- und Sicherheitspolitik beendet wird.“⁸⁸

Seitdem die KSZE-Vereinbarungen und Mechanismen zu militärischer Vertrauensbildung und gegenseitiger Transparenz in der Ära Trump ruiniert wurden, liegt heute eine sich ausfächernde Feindschaft in der Luft.⁸⁹ Deren gefährlichste Komponente ist fehlende Berechenbarkeit des „Feindes“. Die Frage danach, ob fehlende Berechenbarkeit zu Krieg führt, ist erneut nicht mehr unbegründet. Denn „ein Mehr als der ‚bloße‘ Vorgang des Kampfes“ ist die „erkennbare Disposition zum Kämpfen, so lange, wie keine Gewissheit des Gegenteils vorliegt.“⁹⁰ Jene Gewissheit des Gegenteils ist heute angesichts vorherrschenden Verschleierns tatsächlicher politischer Absichten nicht gegeben.

Diese Unsicherheit schüren nicht zuletzt aggressive Feindbilder. Sie stehen jenen eines „konstitutiven Elements des Abschreckungssystems“⁹¹ des

88 Egon Bahr, *Der deutsche Weg*, Karl Blessing Verlag, München, 2003, S. 103.

89 US-Präsidentenskandidat Biden sieht in Russland den wichtigsten Gegenspieler der USA in der Weltpolitik. „Ich denke, die größte Bedrohung für Amerika ist aktuell Russland, was Angriffe auf unsere Sicherheit und die Spaltung unserer Allianzen angeht. „Zweitens denke ich, dass China unser größter Wettbewerber ist.“ Spiegel, 26.10.2020. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/usa-joe-biden-sieht-in-russland-wichtigsten-gegenspieler-a-c69de944-9f96-492f-ab4b-f04a74369666>.

90 Dolf Sternberger, *Über die verschiedenen Begriffe des Friedens*, Dieter Senghaas (Hrsg.), *Den Frieden denken*, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2. Auflage, 2015, S. 95.

91 Weller, C. (2001). *Feindbilder: Ansätze und Probleme ihrer Erforschung*, S.6,

ersten Kalten Kriegs nicht nach, welches unter dem Oberbegriff „Neuartiger Bedrohungen“ kriegsideologische Begründungen produziert. „Im Abschreckungssystem“, so Senghaas, „sehen sich die Menschen ständig mit Freund-Feind-Bildern konfrontiert, und Aggressivität wird gewissermaßen von höchster Stelle und strategischen Kalkülen entsprechend induziert.“ (Senghaas zitiert bei Weller, 9) Popularisiert tagtäglich von Medien, selektiven Nachrichten, Kommentaren, ja sogar filmische Produktionen, dringen jene Feindbilder in die Gesellschaften ein. Sie sind vornehmlich anti-russisch und -chinesisch, aber auch anti-islamisch, anti-iranisch. Sie zielen umfassend auf die gesamte Palette der „Schurkenstaaten“.

Aus analytischer Perspektive ist zu beobachten und festzustellen, dass sich im gegenwärtigen Verhältnis von EU, Transatlantischer Allianz sowie deutsche politische Elite zu Russland und China bisherige Erklärungsfaktoren der Ursachen des neuen Kalten Kriegs zu einer multikausalen Gemengekonstellation verdichten. In ihr verflechten sich Interessenswidprüche und -konflikte, neue „Kalte“ Werte-, Wirtschafts- und Sanktionskriege zu einem kumulativen Verdichtungsprozess. Diesen aus friedenspolitischer Perspektive inhaltlich zu rekapitulieren, ist hinsichtlich verspielter Friedenschancen, Erfahrungen und zu bedenkender Alternativen zu den Sackgassen des neuen Kalten Kriegs aufschlussreich. Das gilt insbesondere für die grundlegenden Brüche im politischen Denken zwischen Helsinki 1975 und dem Ende des ersten Kalten Kriegs, den 2+4-Verhandlungen und letztem Jahr der Sowjetunion sowie des Beginns der NATO-Osterweiterung und neuen Kalten Kriegs.

(InIIS-Arbeitspapiere, 22). Bremen:Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67200-7>.

15 Demontierte Chancen

Bemerkenswert ist, dass die Bundesregierung für die Konstruktion der äußeren Voraussetzungen und Bedingungen für den Zusammenschluss beider deutscher Staaten sich noch an einigen koexistenziellen Prinzipien orientierte.

Das politische Denken vornehmlich europäischer Führungen, auch sozialdemokratischer, zentrierte sich in der Helsinki-Periode unter dem atomaren Bedrohungsdruck auf gemeinsame Sicherheit und Entspannung, wobei auch Erwartung auf friedliche wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten in West und Ost ihren Platz hatte. Dafür dienliche Handlungsrichtungen, Prinzipien, Wege und Mittel, vor allem aber deren Institutionalisierung zu entwickeln, waren sowohl gemeinsame Anliegen, als auch Streitgegenstände.

Bemerkenswert ist, dass die Bundesregierung für die Konstruktion der äußeren Voraussetzungen und Bedingungen für den Zusammenschluss beider deutscher Staaten sich noch an einigen koexistenziellen Prinzipien orientierte. Zunächst galt das für Gorbatschows Plan (1987) vom „gemeinsamen Haus Europa“, in welchem, neben anderen europäischen Staaten, Sowjetunion, BRD und DDR miteinander friedlich koexistieren sollten. Von grundsätzlicherem Gewicht waren jedoch Überlegungen zu Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, deren Institutionalisierung und Konsolidierung in und durch die KSZE.⁹² Bundeskanzler Helmut Kohl sowie Außenminister Genscher verstanden darunter die kooperative Koexistenz von *Staaten*. Auch respektierten sie als regulative Parameter für koexistenzielles zwischenstaatliches Verhalten völkerrechtliche Prinzipien. So erklärte Kohl in seiner Rede vor dem Bundestag am 28. November 1990 „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, er habe mit „Generalsekretär

92 „US-Präsident George Bush sen. hatte in Mainz im Mai 1989 ein Signal gesetzt, indem er nicht vom gemeinsamen Haus Europa sprach, sondern von dem Commonwealth europäischer Nationen....] Bush hat bis Dezember hinein immer wieder zur Vorsicht gemahnt. Man soll nicht vorprellen und nicht so laut darüber reden.“ Siegfried Bock, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau, (Hg.), DDR-Außenpolitik im Rückspiegel, Lit Verlag Münster, 2004, S. 158.

Gorbatschow Bausteine für ein gemeinsames Haus Europa“ vereinbart.⁹³ Dafür erwähnte er „beispielhaft“:

- Die uneingeschränkte Achtung der Integrität und Sicherheit jedes Staates. Jeder hat das Recht, das eigene politische und soziale System frei zu wählen.
- Die uneingeschränkte Achtung der Normen und Grundsätze des Völkerrechts, insbesondere die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.
- Die Verwirklichung der Menschenrechte.
- Achtung und Pflege der geschichtlich gewachsenen Kulturen der Völker Europas.⁹⁴

Unumgänglich spielten damals im KSZE-Prozess Ost-West-Konfliktfelder wie Menschenrechte, Werte, Normen, Ideologien eine kontroverse Rolle. Die Kontrahenten verstanden es jedoch, jene Widerspruchskategorie als taktische „Kompromissmasse“ ausbalanciert im diplomatischen Ringen von Helsinki als Gewicht ins Feld zu führen.

Das heutige Verständnis westlicher Staaten, demzufolge „Demokratieverbreitung als Sicherheitspolitik“ praktiziert wird, steht zu jenem kompromiss- und konsensorientiertem Staatenverhalten diametral entgegen. Es zerstört sämtliche Komponenten friedlicher Koexistenz mit einem Schlag: Sicherheit und Kooperation zwischen Staaten, Stabilität der Staatenbeziehungen, zwischenstaatlichen Frieden, internationalen Frieden und konstruktive Verhältnisse auf Führungsebenen. Auch dürfte außer Zweifel stehen, dass eine derartige Kumulation fiedenvernichtender Komponenten internationalen Verhaltens nationalen Interessen ohnegleichen abträglich ist. Norman Paech und Gerhard Stuby stellen begründet fest, dass „trotz tiefgreifender Widersprüche zwischen den westlichen kapitalistischen und den östlichen sozialistischen Staaten eine Vielzahl von Kodifikationen und ein umfangreiches Tableau anerkannten Gewohnheitsrechts hervorgebracht (hat). Der ideologische

93 Bundeskanzler Kohl knüpfte mit seinem Zehn-Punkte-Programm noch an den Vorschlag einer Vertragsgemeinschaft an, welche DDR-Ministerpräsident Modrow am 17. November 1989 anregte. Darin ging es um die Herstellung einer „qualifizierten guten Nachbarschaft“ und „kooperativen Koexistenz“ in einer „Vertragsgemeinschaft“ zwischen DDR und BRD.

94 Zehn Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1990, <https://archiv.bundesregierung.de/resource/blob/975236/237440/63b9cde71a07804a8ee297d1561cd1ed/2009-11-16-regierungsdokumente-20-jahre-dt-einheit-data.pdf?download=1>

Antagonismus zwischen den beiden Blöcken stellte sich offensichtlich als weniger hinderlich heraus, als gemeinhin angenommen wurde. Erwiesen hat sich vielmehr, dass das relative Machtgleichgewicht zwischen den ‚Parteien‘ eine entscheidende und zuverlässige Basis für den Völkerrechtskonsens war.“ „Bindung an das Völkerrecht muss ... der Rahmen internationaler Beziehungen bleiben.“⁹⁵

Umso nützlicher ist es, Erfahrungen jenes politischen Denkens aus den frühen post-konfliktiven Jahren festzuhalten. Sie haben als europäische Erkenntnisressource friedlicher Koexistenz ihre Relevanz behalten. Denn zu jener Zeit war eine gesamteuropäische kooperative Sicherheitsarchitektur, außer bei den USA, als unumstrittenes Erfordernis erkannt und gewollt. Über deren Institutionalisierung wurde in europäischen Spitzengremien bis in die NATO hinein nachgedacht. Dem stand für eine kurze Periode, als noch die Sowjetunion sowie der Warschauer Pakt bestanden, sogar deren „nicht-demokratische“ Konstitution *nicht* im Wege, wie Äußerungen von Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher sowie NATO-Generalsekretär Wörner verdeutlichen:

*Bundeskanzler Helmut Kohl*⁹⁶: Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1990: „Wir alle sind jetzt aufgerufen, eine neue Architektur für das Europäische Haus, für eine dauerhafte und für eine gerechte Friedensordnung auf unserem Kontinent zu gestalten.“ In Punkt 6 des Programms heißt es dazu weiter: „Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamteuropäischen Prozeß, das heißt immer auch in die Ost-West-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands muß sich immer auch einfügen in die Architektur Gesamteuropas. Hierfür hat der Westen mit seinem Konzept der dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung Schrittmacherdienste geleistet. [...] Mit allem wollen wir – so haben es Generalsekretär (Gorbatschow – A.S.) und ich festgeschrieben – an die geschichtlich gewachsenen Traditionen anknüpfen und zur Überwindung der Trennung der Völker Europas beitragen.“ Punkt 8 stellt fest: „Der KSZE-Prozeß ist ein Herzstück dieser gesamteuropäischen

95 Norman Paech/Gerhard Stuby, Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen, Aktualisierte Ausgabe, VSA: Verlag Hamburg GmbH, 2013, S. 83. (Kursiv A.S.)

96 Aus: Zehn Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1990, Quelle FN 95.

Architektur. Wir wollen ihn vorantreiben und die bevorstehenden Foren nutzen.“ „Neuntens: Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordern weiteichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen mit der politischen Entwicklung Schritt halten und, wenn notwendig, beschleunigt werden.“⁹⁷ Die Rede erwähnt sodann weitere Felder der Abrüstung.

Bundeskanzler Kohl in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestags am 21. Juni 1990: „Eine der großen Herausforderungen in den kommenden Jahren wird darin bestehen, die Sowjetunion mehr und mehr in die Gestaltung der europäischen Zukunft einzubeziehen – politisch in den Fragen der Sicherheit, ökonomisch und kulturell. Jahrzehnte des Ost-West-Konfliktes haben viele vergessen lassen, daß die Sowjetunion nicht nur geographisch, sondern auch durch die Geschichte und Kultur mit Europa verbunden ist. Bis in unsere Gegenwart hat sie unersetzliche Beiträge zu unserem europäischen Kulturerbe geleistet.“⁹⁸

Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, in der 226. Sitzung des Deutschen Bundestags am 20. September 1990 zum „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“⁹⁹:

„Aus der ‚Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa‘ entwickelt sich mit unserer Mitwirkung Schritt für Schritt eine ‚Struktur europäischer Zusammenarbeit, Sicherheit und Stabilität. [...] Das Ende der Ost-West-Konfrontation und ein neues Verhältnis zwischen den beiden Bündnissysteme machen den Weg für neue kooperative Strukturen frei, auch für kooperative Sicherheitsstrukturen, in denen unser Bündnis, dem auch das vereinigte Deutschland angehören wird, eine wichtige Rolle für die europäische Stabilität zu erfüllen hat. [...] Mit einem im KSZE-Rahmen institutionalisierten kooperativen europäischen Sicherheitssystem werden wesentliche Bausteine einer neuen europäischen Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural geschaffen. Dafür müssen die Abrüstungsverhandlungen die davongeeilte politische Entwicklung wieder einholen. Wir werden diesen Verhandlungen neue Impulse geben.“¹⁰⁰

97 Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Nr.134/S. 1141, Bonn, den 29.November 1989.

98 Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 79/S. 677 Bonn, den 22. Juni 1990.

99 Bulletin der Bundesregierung Nr. 113/S. 1187 vom 21. September 1990.

100 Wie aus einer vertraulichen Info der deutschen Botschaft an das Auswärtige Amt

NATO-Generalsekretär Manfred Wörner entwickelte 1990 das Konzept einer „zukünftigen Sicherheitsstruktur für Europa“. Deren „Aufgabe ist es, für die europäischen Staaten eine Sicherheitspartnerschaft zu organisieren, um deren scharfe Gegnerschaft des Kalten Kriegs zu überwinden und von Konfrontation zu Kooperation überzugehen. [...] Es gilt, für Europas zukünftige Sicherheitsarchitektur die Strukturen und Kooperationsformen zu nutzen, die gegenwärtig bereits bestehen und für uns nutzbar sind.“ Dafür nannte Wörner den „KSZE-Prozess, welchen wir bis zu einem Punkt zu entwickeln haben, an dem keine europäische Nation oder Staatengruppe sich gegenseitig militärisch bedrohen oder Hoffnungen hegen, mit militärischer Aggression erfolgreich zu sein.“ Weiterhin nannte Wörner die Europäische Gemeinschaft als „Modell politischer Integration“.

Die Atlantische Allianz, so Wörner, bleibe „eine (Kursiv A.S.) essentielle Säule der zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur.“ Deutschlands Allianzmitgliedschaft wies Wörner die Aufgabe zu: „Wir haben Lösungen zu finden, welche die legitimen Sicherheitsinteressen aller Beteiligten respektieren, einschließlich der Sowjetunion. [...] Es gilt einen Sicherheitsrahmen zu schaffen, [...] welcher die Sowjetunion in ein kooperatives Europa einbezieht. [...] Damit wird sowjetischen Befürchtungen vor einer Veränderung der strategischen Ost-West-Kräftebalance Rechnung getragen.“ Wörner versicherte der Sowjetunion, dass die NATO sie nicht als Feind betrachtet, sondern als europäischen Sicherheitspartner.

Wörner formulierte als Zukunftsprinzipien der Atlantischen Allianz: „A Changing Alliance: from confrontation to cooperation; from a military to a political Alliance; from deterrence to protection against risks and the guarantee of stability; from peace-keeping to peace-building; *from a US-led Alliance to a genuine partnership with the Europeans now playing an equal leadership role.*”¹⁰¹ (Kursiv A.S.)

hervorgeht, setzte sich Außenminister Genscher auch auf dem KSZE-Außenministertreffen am 1. und 2. Oktober 1990 in New York nachdrücklich für die Institutionalisierung der KSZE als koordinierende Institution europäischer Sicherheitsprozesse ein: „4. Institutionalisierung des ksze-prozesses. bm plaediert insbesondere nachdruecklich fuer die einigung europas und die institutionalisierung des ksze-prozesses.“ reg.nr. fuer edv: 6 03.10.90, Vertraulicher Bericht, betr.: ksze-am-treffen new york 1.'2. oktober 1990, https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Forschung/AA/AA_Dokumente/164-ZD%20A_1990-10-02_DB%201635-1636%20New%20York.pdf.

101 The Atlantic Alliance and European Security in the 1990s, Address by Secretary General,

Es kann davon ausgegangen werden, dass Wörners Reformüberlegungen zu Charakter und Funktionen der NATO dementsprechenden Vorstellungen von Kanzler Kohl folgten. Dieser bemerkte am 20. Mai 1991 nach einem Treffen mit US-Präsident Bush sen zum Verbleiben der NATO in Europa: „*I still say and I still think that NATO makes sense, albeit in an adjusted form. It will have to develop.*“¹⁰²

Diese Absichtsäußerungen heben sich, ins Verhältnis zum „Kalten Wertekrieg“ gesetzt, in folgender Hinsicht hervor:

Erstens: Im Kontext helsinkischer gegenseitiger Entspannungs- und Sicherheitsprozesse sowie deren positiver Ergebnisse wurden auf einer hohen europäischen Regierungsebene offensichtlich gegensätzliche gesellschaftspolitische Orientierung („Werte“), ja sogar Paktbindung (Warschauer Vertrag) der Sowjetunion sowie der anderen sozialistischen Staaten, nicht mehr als Hindernis für friedliches Koexistieren von *Staaten* wahrgenommen. Zwar blieb die gesellschaftspolitische Systemkonkurrenz (1990 nur noch für wenige Monate) bestehen. Jedoch mit der Herausnahme der *Antagonismen* aus den Beziehungen der Staaten sowie deren Verständigung auf einen *modus vivendi* erschien Zusammenleben auf (vielleicht unterschiedlichen Etagen) eines gemeinsamen „Hauses Europa“ erreichbar. Von großer Bedeutung waren auch der Abbau des Feindbildes Sowjetunion/Russland sowie die Versicherung eines NATO-Generalsekretärs, dass die NATO sie nicht als Feind betrachtet sondern als europäischen *Sicherheitspartner*.

Zweitens: Die Einschätzung Genschers, dass mit der Auflösung des Kalten Kriegs sowie aus der „*Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (Kursiv A.S.) sich mit unserer Mitwirkung Schritt für Schritt eine Struktur europäischer Zusammenarbeit, Sicherheit und Stabilität“ entwickelt, unterstreicht die friedensdienliche Kausalität zwischen friedlicher Koexistenz und internationaler Entspannung. Zugleich rufen Kohls und Wörners Äußerungen zu Sowjetunion/Russland als europäischer Sicherheitspartner Fragen hervor: Ob bzw. inwieweit ist die nach dem Ende des ersten Kalten Kriegs vom Westen beförderte Ost-West/West-Ost-Spaltung Europas mit ihrer quasi

Manfred Wörner to the Bremer Tabaks Collegium, NATO Online Library Brussels, 17 May 1990, (Kursive A.S.), https://www.nato.int/docu/speech/1990/s900517a_e.htm

102 PUBLIC PAPERS OF THE PRESIDENTS OF THE UNITED STATES Administration of George Bush 1991, S. 527/28, <https://www.govinfo.gov/content/pkg/PPP-1991-book1/pdf/PPP-1991-book1.pdf>

„Enteuropäisierung“ Russlands endlich oder unendlich? Ist sie bereits die finale post-Jalta-Konstitution Europas? Mit einer Transatlantischen Allianz als militärisch bewehrtem eurasischen Spielbein der USA sowie einer von diesen gespaltenen EU? Oder erheischt nicht vielmehr ein von Egon Bahr zeitnah zum Ende des Ost-West-Konflikts ins Bild gerückte Narrativ von „europäischer Selbstbestimmung“ ernsthafte Berücksichtigung? Diesmal mit einem Ansatz, der Europas eurasische kontinentale Verortung zum gegenseitigen Vorteil in den Blick nimmt? Bahrs „europäische Vision“ formulierte: „Europa will nicht Amerika dominieren, es will nur anders sein.“ „Es wäre logisch, das amerikanische Programm der ‚Großen Abschreckung‘ mit einem europäischen Programm ‚Ziviler Fortschritt‘ zu beantworten.“ „Bei Spannungen schrumpft der Einfluss Europas, bei Konfrontation verringert sich sein Gewicht, bei Ausbruch offener Gewalt verschwindet es weitgehend. Krieg ist der Feind Europas.“ (Bahr: 111, 122, 131)

Drittens: Die europäischen Führungen konzentrierten ihr Herangehen an die Entschärfung des Ost-West-Konflikts auf dessen eigentliche Träger, die auch die späteren Säulen friedlicher Koexistenz zu sein hätten – auf die *Staaten*. Es war das Primat gegenseitiger Sicherheit und Zusammenarbeit, welches die Staaten zu friedlicher Koexistenz motivierte, was wiederum die *Stabilität der Staatenbeziehungen* erforderte. Beides entspricht zwischenstaatlichem Frieden, also internationalem Frieden, was in jeweiligem *nationalem Interesse* liegt. Diese Herangehensweise barg einen weiteren, nicht hoch genug schätzbaren Vorteil in sich: Sie vermochten es, das *Staatenverhältnis* vor dem tatsächlichen Damoklesschwert permanenter gegenseitiger Sicherheitsbedrohung zu bewahren und ihr (auch persönliches) *Verhältnis auf Führungsebenen* zu entspannen und in Takt zu halten. Daraus entsprang auch das Vermögen, „die Gewalt- und Herrschaftsstrukturen in den internationalen Beziehungen zu nivellieren, d.h. zu demokratisieren.“ (Paech/Stuby 898, Kursiv A.S.) Letzteres – konsequent demokratisches Verhalten der Staaten zu und miteinander, vor allem der großen internationalen und regionalen, ist der Generalschlüssel zur friedlichen Koexistenz.

16 Die NATO-Osterweiterung oder der Sicherheitsbetrug an Russland

**Die Frage nach den Absichten eskaliert heute in einer Weise,
welche den ersten Kalten Krieg qualitativ überbietet**

Die Osterweiterung der NATO bildet den Kern des „Sicherheitssyndroms“ der Russischen Föderation. Das Misstrauen gegenüber den hinter der Osterweiterung stehenden geopolitischen sowie militärischen *Absichten* ihrer Staatsführungen, insbesondere der USA, ist zentrale Konstante russischer Sicherheitspolitik.

Das Unheilbringende an einem solchen Zustand von Undurchsichtigkeit und Verunsicherung besteht darin, dass „niemand glaubhaft die Eskalationsgefahr ausschalten kann.“ Das wiederum drängt in Abschreckungsstrategien, welche „während des ‚Ost-West-Konfliktes‘ ihre bisher höchste Perfektion (entwickelten) und war Ursache des Rüstungswettlaufs. [...] In Wahrheit lässt sich jedoch nicht mit absoluter Sicherheit sagen, ob Abschreckung wirkt“ (Gärtner: 26/27). Während des ersten Kalten Kriegs vermochten es Ost und West, die sicherheitspolitische Unberechenbarkeit auf einem gegenseitig abgestimmten Niveau „einzufrieren“ oder zu adjustieren. Dazu schufen sie sich sowohl vor und mit Helsinki¹⁰³, als auch mit dem vereinbarten KSZE-Prozess die erforderlichen politischen und militärischen vertrauensbildenden Strukturen. Diese ermöglichten eine vergleichsweise gegenseitige sicherheitspolitische Berechenbarkeit zwischen den atomaren Großmächten Sowjetunion und USA mit ihren nuklearen strategischen Waffensystemen sowie den beiden Paktsystemen.

Diese Ungewissheit ist der kritische Brennpunkt auch des neuen West-Ost-Konflikts. Ihre Reanimation verdeutlicht den abenteuerlichen Rückschritt des neuen Kalten Kriegs. Die Frage nach den Absichten eskaliert heute in einer Weise, welche den ersten Kalten Krieg qualitativ überbietet: Die Transatlantische Allianz offenbart mit dem Kalten Wertekrieg eine

103 So der Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffentests in der Atmosphäre im Weltraum und unter Wasser von 1963, der Atomwaffensperrvertrag von 1968, der SALT-1-Vertrag von 1972, das Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen von 1973 und der im selben Jahr begonnene MBFR-Prozess zur wechselseitigen Truppenreduzierung mit Verhandlungen bis 1990.

Schlüsselabsicht – Regimes in Staaten an die Macht zu bringen, welche zu lassen, „den konventionellen Fußabdruck der NATO von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu erweitern und zu stärken. All dies ist nicht nur wichtig, um Putin zu zeigen, dass Amerika auf der Hut ist. Auch, um den Europäern zu zeigen, dass die USA ihren Weg gehen werden, wenn es darum geht, den russischen Einfluss entschieden aufzuhalten.“¹⁰⁴

Jene Berechenbarkeit kam vor allem dem Frieden in Zentraleuropa, der Trennlinie zwischen den Pakten, zugute. Diesen Frieden trug ein militärischer Status Quo. Parallel dazu herrschte politischer und ideologischer Unfrieden. Beide Seiten waren sich der gegensätzlichen Absichten der anderen bewusst. Auch deren Unvereinbarkeit und des ihr immanenten gesellschaftlichen Systemantagonismus⁴. Aus jenem Bewusstsein heraus verständigten sie sich in der „Schlußakte von Helsinki“ über präventive Prinzipien¹⁰⁵, deren Beachten verhindern sollte, dass politischer Unfrieden in militärischen umschlägt. Daraus entwickelte sich ein auf zwei Säulen beruhender Modus vivendi zwischen Ost und West – Säule eins der militärische Status quo, Säule zwei die mit friedlichen Mitteln auszutragende politische Konkurrenz.

Für Säule eins vereinbarten die Seiten: „Die Teilnehmerstaaten werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in ihren internationalen Beziehungen im Allgemeinen der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder auf irgendeine andere Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen und mit der vorliegenden Erklärung unvereinbar ist, enthalten. Die Geltendmachung von Erwägungen zur Rechtfertigung eines gegen dieses Prinzip verstoßenden Rückgriffs auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt ist unzulässig.“¹⁰⁶

104 Heritage Foundation, USA. Das Zitat ist dem „Special Report ‚Preparing the U.S. National Security Strategy for 2020 and Beyond‘ entnommen, in welchem die Stiftung Leitlinien für Politik der USA gegenüber Russland formuliert. The Heritage Foundation, SPECIAL REPORT No. 214 | MAY 23, 2019, S.5, Preparing the U.S. National Security Strategy for 2020 and Beyond, <http://report.heritage.org/sr214>. (Übersetzung A.S.) Die Stiftung spielte eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Politik Ronald Reagans, dass die ehemalige Sowjetunion ein „Reich des Bösen“ sei und dass ihre Niederlage und nicht bloß ihre Eindämmung ein realistisches Politikziel sei. Vertreter der Trump-Regierung wählten Heritage als Plattform für außenpolitische Reden, so etwa bei der Verkündung neuer Strategien gegenüber Europa oder Iran. https://de.wikipedia.org/wiki/Heritage_Foundation#cite_note-8.

105 Siehe Seite 1

106 Schlussakte von Helsinki, Kapitel 2, II. „Enthaltung von der Androhung oder Anwendung

Für Säule zwei erstritten Ost und West in der KSZE miteinander mehrere Regeln, von denen die grundsätzliche lautet: „Die Teilnehmerstaaten anerkennen die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist, die ihrerseits erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten.“¹⁰⁷

Nachdem die Sowjetunion und der Warschauer Vertrag 1990/92 zerfallen und die sowjetische Militärpräsenz in der DDR und Mittelost-Europa beendet waren, rückten die Staaten der Transatlantischen Allianz von jener Modusvivendi-Konstruktion und deren Säulen Schritt für Schritt ab. Das lief in der Wahrnehmung der sowjetischen/russischen Führungen auf ein Verdrängen Russlands aus der Mitbestimmung gesamteuropäischer Sicherheitsfragen auf dem gemeinsamen Kontinent hinaus.

Dergleichen Vorahnungen beschäftigten Gorbatschow zu Beginn 1990, als eine Entscheidung über die Haltung zur deutschen Einheit unausweichlich herangereift war. Gerd König, bis September 1990 Botschafter der DDR in Moskau, schätzte in seinen Aufzeichnungen ein: „Ende Januar 1990 [...] hatte man in Moskau begonnen, sich auf die eigenen nationalen Interessen zu besinnen und über den Preis für die Vereinigung sowie die Verbesserung der begrenzten Einflussmöglichkeiten nachzudenken.“¹⁰⁸ In einer Diskussion Gorbatschows über die deutsche Frage am 26. Januar 1990 in einem kleinen Kreis von Mitgliedern des Politbüros, Außenminister Schewardnadse, Marschall Achromejev sowie persönlicher Berater, verglich dieser die historische Tragweite der Vorgänge um die deutsche Einheit für die Sowjetunion mit dem „Brester

von Gewalt“.

107 Ebenda Kapitel 7 „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“. Neben oben zitierter Passage heißt es in Kap 7 auch: „Auf dem Gebiet der Menschenrechte und Grundfreiheiten werden die Teilnehmerstaaten in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte handeln. Sie werden ferner ihre Verpflichtungen erfüllen, wie diese festgelegt sind in den internationalen Erklärungen und Abkommen auf diesem Gebiet, soweit sie an sie gebunden sind, darunter auch in den Internationalen Konventionen über die Menschenrechte.“

108 Gerd König, *Fiasko eines Bruderbundes, Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau*, edition ost, 2011, S. 397.

Frieden Nr.1. Jetzt sind wir in der Situation Brester Frieden Nr.2.“ (Ebenda: 377)

Erst der historische Hintergrund des „Brester Friedens Nr. 1“ verdeutlicht die Tragweite jenes Vergleichs, den Gorbatschow mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk am 3. März 1918 zwischen Sowjetrußland und den Mittelmächten¹⁰⁹ des ersten Weltkriegs zog. Dessen „Hauptartikel bestimmten, daß Rußland einerseits und Deutschland samt seiner Verbündeten andererseits den Krieg mit Rußland für beendet erklären.“¹¹⁰

Unter Verhandlungsführung des Vertreters Deutschlands durch General Hoffmann sah sich Sowjetrußland dazu gezwungen, einem für Rußland verlustreichen Vertrag zuzustimmen. Es ging ihr um Abwehr von Interventionsplänen der Entente¹¹¹ gegen die gerade erst aus der Oktoberrevolution 1917 hervorgegangene, auf sozialistische Entwicklung orientierte Sowjetmacht im Inneren und nach außen. „Am 23. Dezember 1917 schlossen England und Frankreich eine Geheimkonvention über die Aufteilung der Aktionspläne“. Die geostrategischen Vorgehenskonturen seitens der Entente-Mächte erscheinen derzeit wieder aktuell: „Die Entente versuchte, einen Ring sowjetfeindlicher militärischer Verbände zu schaffen: das polnische Korps in Weißrußland, die Tschechoslowaken und die Zentralrada in der Ukraine, Kaledin am Don, Durov im Ural.“ Nach einer Aufforderung Großbritanniens liefen am 12. Januar 1918 auch zwei japanische Kreuzer in Wladiwostok ein, denen ein Tag darauf der englische „Suffolk“ folgte.“ (Ebenda: 372, 377)

Gorbatschow nannte 1991 die Zahl von 25 Millionen toten Soldaten und Zivilisten, die im Großen Vaterländischen Krieg zur Abwehr des Überfalls durch Hitler-Deutschland ums Leben kamen.¹¹² Hitlers Begründung des Über-

109 Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei.

110 Geschichte der Diplomatie, Bd. 2, SWA-Verlag Berlin, 1948, S. 411.

111 Zusammenschluss von Frankreich, Großbritannien und Rußland. Gegründet 1907 in St. Petersburg.

112 Bis zur Kapitulation Japans in den letzten Wochen des Krieges hatte die Rote Armee 6,2 Millionen Gefallene zu beklagen, mehr als 15 Millionen Verwundete, 4,4 Millionen Gefangene oder Vermisste und drei bis vier Millionen Ausfälle wegen Krankheit oder Erfrierungen. Das bedeutet, dass von den 34,5 Millionen mobilisierten Männern und Frauen 84 Prozent getötet, verwundet oder gefangen genommen wurden. Hinzu kommen rund 17 Millionen zivile Opfer. Das sind unvorstellbare Größenordnungen.“, Welt, Geschichte, Zweiter Weltkrieg, 08.05.2015, <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-Weltkrieg/article140655354/Wie-die-hohen-Verluste-der-Roten-Armee-entstanden.html>.

falls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 schlägt eine Brücke zu „Brest Nr. 1“: „Zum frühestmöglichen Zeitpunkt durch einen überraschenden Überfall auf Sowjetrußland die Gefahr des Bolschewismus ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen.“¹¹³

Worin besteht der aktuelle Bezug dieser historischen Rückblende? Hitlers Kriegsbeginn und „Brest Nr. 1“ trennten lediglich 24 Jahre. Beide Verursacher trieben sehr ähnliche Kriegsmotive an: Eine *sozialistische Sowjetmacht* bereits in ihren Wurzeln zu vernichten. Mit anderen Worten: Beide Kriegsabsichten lagen zugleich militärische und ideologische Motive. Ihr Ausgangspunkt lag im imperialistischen europäischen Westen.

Dem Ende des Zweiten Weltkriegs folgte erneut eine ihrem Wesen nach gesellschaftspolitische, ideologische Systemkonfrontation, deren Front diesmal in Europas *Mitte* verlief. Sicherheitspolitischer Status Quo sowie Modus Vivendi der KSZE trugen dazu bei, dass vermieden wurde, diese Frontlinie zu überschreiten.

Status Quo sowie Modus Vivendi besaßen 1990 und danach für die sowjetischen/russischen Führungen essentielle Bedeutung. Sie gewährleisteten ihnen Mitsprache und -bestimmung der Konstruktion europäischer sicherheitspolitischer Verhältnisse, somit auch *Russlands* Sicherheit. Damit stand mit den Verhandlungen über die Konditionalitäten zum Beenden des ersten Kalten Kriegs auch jene historische Dimension von Sicherheit Russlands im politischen Raum, welche Gorbatschow mit „Brest Nr. 1 und 2“ sowie den Opfern seiner Landsleute im Zweiten Weltkrieg vor Augen hatte.

Daraus erklärt sich auch der kausale Zusammenhang, auf welchem die Sowjetunion bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zunächst bestand: Diese solle mit der „Herausbildung europäischer Strukturen, vor allem auf sicherheitspolitischem Gebiet, synchron“ verlaufen. „Die Vereinigung werde von den sowjetischen Bürgern schmerzhaft empfunden und das Fehlen entsprechender Sicherheitsgarantien für die Sowjetunion sei ein Schlag gegen die Perestroika.“ Botschafter König notierte aus diesem Gespräch des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse mit Ibrahim Böhme, Vorsitzender der „SPD-Ost“ und Dr. Walter Romberg¹¹⁴ im März 1990:

113 Andreas Hillgruber, Noch einmal: Hitlers Wendung gegen die Sowjetunion 1940. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Ernst Klett Verlag, 33. Jahrgang 1982, S. 217, https://de.wikipedia.org/wiki/Unternehmen_Barbarossa#cite_note-11

114 Dr. Walter Romberg, SPD-Minister ohne Geschäftsbereich in der „Regierung der nationalen

„Schweradnadse gab auch dem ‚Geschenk‘ Genschers, wie er es nannte, keine NATO-Truppen auf dem Territorium der DDR zu stationieren, keine Chance. ‚Bei allem Respekt für Herrn Genscher, der klug und listig sei, aber er irre, wenn er annehme, alle im Osten seien naiv‘.“ (König: 427)

Schewardnadse erklärte anlässlich der Eröffnung der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen des „Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ am 5. Mai 1990: „Für uns ist die NATO, was sie immer war, ein uns gegenüberstehender militärischer Block mit einer Doktrin von bestimmter Ausrichtung und unter Voraussetzung der Möglichkeit, den ersten nuklearen Schlag zu führen. [...] Wenn man versuchen sollte, uns in Dingen, die unsere Sicherheit betreffen, in die Enge zu treiben, so wird dies – ich sage das ganz offen – eine Situation herbeiführen, in der unsere politische Flexibilität jäh beschränkt wird. Die Emotionen bei uns werden hochkochen, in den Vordergrund werden die Gespenster der Vergangenheit rücken, und die nationalen Komplexe, die in den tragischen Kapiteln unserer Geschichte wurzeln, werden wiederaufleben.“¹¹⁵

Folglich standen bereits damals die NATO-Erweiterung, das Verhindern militärischer Infrastruktur in der Nähe zu den Grenzen Russlands sowie das dortige Stationieren ständiger NATO-Truppen als Misstrauens Themen auf der sicherheitspolitischen UdSSR-Prioritätenliste ganz oben. „Nichts ist vereinbart“, so Schewardnadse, „bevor nicht alle Aspekte der Regelung abgestimmt sind, bevor nicht eine *vollständige Interessenbalance* (kursiv – A. S.) gefunden ist.“ (Ebenda)

Letzteres machte sich, wie dargestellt, die Bundesregierung zunächst zu Eigen. In seinen „Erinnerungen“ an 2+4 hob Außenminister Genscher immer wieder hervor, dass er sich vehement dafür einsetzte, den Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion gebührend entgegen zu kommen. In seiner Rede auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Tutzingen am 31. Januar 1990, bei welcher auch DDR-Ministerpräsident Hans Modrow, Matthias Platzeck (damals für die Grüne Partei in der DDR Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Modrow) und Bundespräsident Richard von Weizsäcker zugegen waren, erklärte er: „Sache der NATO ist es, eindeutig zu erklären: Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums

Verantwortung“ der DDR. Romberg war später designierter SPD-Außenminister für die letzte DDR-Regierung, in welcher er jedoch das Finanzressort übernahm.

115 Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Siedler Verlag, 1995, S. 775.

nach Osten, das heißt, näher an die Grenze der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. Diese Sicherheitsgarantien sind für die Sowjetunion und ihr Verhalten bedeutsam. Der Westen muß auch der Einsicht Rechnung tragen, daß der Wandel in Osteuropa und der deutsche Wiedervereinigungsprozeß nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen darf.“¹¹⁶

Das war glaubwürdig vor dem Hintergrund der damaligen Absicht Bonns, sich von äußeren Souveränitätsfesseln zu befreien, die einem mächtigeren deutschen Staat international hinderlich sein könnten. Dafür bedurfte es des Placets der sowjetischen Führung und Bonn bekam es.

Es sei dahin gestellt, ob in Bonn bekannt war, dass bereits im Februar 1990 der amerikanische Außenminister Baker anlässlich von Gesprächen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei deren Einverständnis mit einer Osterweiterung der NATO sondierte. Dazu notierte Robert L. Hutchings, außenpolitischer Referent der Bush-sen.-Administration: Während Polen und Ungarn sich als begeisterte NATO-Anhänger erwiesen, sei es in Prag schwieriger gewesen. „Präsident Havel war schon problematischer“. „Dieser hatte aus seinen Dissidententagen die Überzeugung mit ins Amt übernommen, daß beide ‚militärischen Blöcke‘ – also NATO und Warschauer Pakt – gleichermaßen aufgelöst und von einer neuen, paneuropäischen Friedensordnung‘ ersetzt werden sollten, vorzugsweise durch die KSZE als einem neuen kollektiven Sicherheitssystem. [...] Wir hielten es für wichtig, ihm auseinanderzusetzen, weshalb die Vereinigten Staaten nicht der Meinung waren, daß die KSZE die NATO als Instrument der europäischen Sicherheit ersetzen könnte, auch wenn sie durchaus ein neues Rollenverständnis annehmen sollte.“¹¹⁷ Das ging bereits zu einer Zeit vor sich, als der Warschauer Vertrag noch bestand.

116 Oldenburg, Fred, Deutsche Einheit und Öffnung der NATO Berichte / BIOst, 52-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/4274/ssoar-1996-oldenburg-deutsche_einheit_und_offnung_der.pdf?sequence=1

117 Robert L. Hutchings, Als der Kalte Krieg zu Ende war, Alexander Fest Verlag, Berlin, 1999, S. 176.

17 Die USA und der Sicherheitsbetrug an Russland

Die Ausweitung des Vertrags- und militärischen Operationsraums der NATO kann als Ursprung der heutigen Situation gelten.

Hutchings verdeutlichte im Kapitel „Der Bonn-Washington-Nexus“ die Motivation der USA, den deutschen Vereinigungsprozesses zu „begleiten.“ Er wusste, was für die USA auf dem „Spiel stand“: „Für die Deutschen die Wiedervereinigung ihres Landes, für die Amerikaner ihre künftige Rolle und Präsenz in Europa und für beide die künftigen Sicherheitsstrukturen Europas und ihre jeweilige Beziehungen zur Sowjetunion.“ „Wir mußten im Grunde sogar noch penibler auf die Souveränität Deutschlands achten, damit diese nicht von Moskau derart unter Druck gesetzt werden würden, daß eine Vereinbarung, die der gesamten Sicherheitsstrukturen Europas generationenlang zum Nachteil gereichen konnte, akzeptieren. [...] Etwa einen Austritt aus der NATO oder zumindest auf der Verbannung von Atomwaffen von deutschem Boden, oder daß sie der Forderung nachkommen würden, alle in Deutschland stationierten Streitkräfte abziehen zu lassen.“ „Eine „Institutionalisierung des KSZE-Prozess empfanden so manche in Washington als Anathema, weil sie fürchteten, daß die Konferenz die NATO unterminieren könnte.“ „Besondere Beunruhigung rief bei den USA Genschers Rede in Tutzingen hervor, insbesondere sein Satz „eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten [...] wird es nicht geben“. Hutchings weiter: „Diese Rede Genschers machte uns die Gefahr deutlich, daß die Deutschen, sofern sie sich selbst überlassen blieben, durchaus bereit sein könnten, einen inakzeptablen und unnötigen Preis für sich – und andere – zu zahlen, um die Zustimmung der Sowjets zur Vereinigung zu bekommen.“ Es beunruhigte, dass „Genscher an anderer Stelle eine weitere NATO-Mitgliedschaft Deutschlands versicherte – allerdings in einer mehr politischen als militärischen NATO.“

Die amerikanische Administration wusste, dass sie Bonner verbale Distanzen zu einer Osterweiterung der NATO nicht allzu ernst zu nehmen hätte. Hutchings notierte anlässlich des Besuchs einer „großen Delegation der Bundesrepublik“, geleitet von Kohl und Genscher, am 17. Mai 1990 in Washington zur „Koordination der amerikanischen und westdeutschen Politik“: „Zusammenfassung der wichtigsten Punkte gleich nach Ende des Treffens:

Punkt drei: US-Truppen sollen im vereinten Deutschland und *andernorts in Europa* stationiert bleiben. Kohl legte hierauf besonderen Wert.“ (Kursiv A.S.) (Ebenda: 157, 155, 194, 161, 172, 186)

Eine solche übereinstimmende Interessenskonstellation bestätigen auch Informationen und Beobachtungen von Diplomaten des DDR-Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. „Was die Bonner Haltung betrifft, muss man vor allem auf die Achse Kohl-Bush hinweisen. George Bush sen. war seit Januar 1989 Präsident der USA und war in diesem Prozess die herausragende Figur, um die DDR aus den Angeln zu heben. Er entwickelte seine „Grand Strategy“. „Zunächst waren Ungarn und Polen die Schwerpunkte. Nach dem Fall der Mauer trat sofort die DDR in den Mittelpunkt, ohne Rücksicht auf die europäische Sicherheit. [...] In Bonn entschied man am 7. Februar 1990 über die schnelle Übernahme der DDR durch die Währungsunion. [...] Alle bisherigen Absprachen waren gegenstandslos. Am 24./25. Februar 1990 weilte Kohl bei Bush in Camp David, wo man sich über das weitere Vorgehen einigte. Die Eckpunkte waren u.a. kein Friedensvertrag, Zwei-plus-Vier-Gespräche nach den Volkskammerwahlen in der DDR (März 1990).“¹¹⁸ „Diese waren im Kern Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Letztere wurde von den USA unterstützt, die – wenn oft nach außen weniger sichtbar – mit aller Härte ihre Konzeption der NATO-Ausdehnung durchsetzen wollten. [...] In den Zwei-plus-Vier-Gesprächen spielte die DDR [...] eine völlig untergeordnete Rolle. [...] Im Prinzip wurde sie nicht mehr als Subjekt des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen behandelt, auch nicht von der Sowjetunion. [...] Damit endete ein Abschnitt europäischer Zeitgeschichte, der 1945 mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs seinen Ausgang genommen hatte.“¹¹⁹

Die Clinton-Administration startete ihre Strategie der NATO-Osterweiterung aktiv 1993. Nach Dokumenten des „National Security Archive der USA wurde selbst noch Präsident Boris Jelzin zunächst in dem Glauben gelassen, eine Osterweiterung der NATO sei nicht geplant.“¹²⁰ Jelzin drückte am 15.

118 Siegfried Bock, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau (Hg), DDR-Außenpolitik, Ein Überblick, LIT-Verlag, Berlin, 2010, S.62, 63, 64.

119 Ernst Krabatsch, Achillesverse nationale Frage, ebenda, S. 65/66.

120 Svetlana Savranskaya und Tom Blanton Die NATO-Osterweiterung: Was Jelzin zu hören bekam, NATIONAL SECURITY ARCHIVE, 16.03.18, S. 1/14, in: LUFTPOST, Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein, LP 043/18 – 11.04.18, VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern, <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2018-03-16/nato-expansionwhat-yeltsin-heard>. Von Svetlana

September 1993 in einem Brief an US-Präsident Clinton sein „Unbehaben“ über die Diskussion aus, die über eine „quantitative Erweiterung“ (der NATO) geführt werde, und forderte stattdessen „ein paneuropäisches Sicherheitssystem.“¹²¹

„Im Januar 1994 versicherte US-Präsident Clinton Jelzin in Moskau, es gehe ‚zunächst nur um die Partnerschaft für den Frieden. [...] Auf seinem weiteren Weg hielt Clinton sodann in Prag eine ‚Nicht ob, sondern wann‘-Rede.“ Freigegebene Notizen von den Gesprächen Clintons in Prag mit führenden Politikern aus Tschechien, Polen, Ungarn und der Slowakei belegen, dass aus „der Partnerschaft für den Frieden (PfP – A.S.) die NATO-Mitgliedschaft erwachsen sollte.“¹²² In seiner Rede zur Auflegung des PfP-Programms versicherte Clinton am 10. Januar 1994, dass es „nicht der Wille der USA sei [...] jetzt eine neue Trennlinie durch Europa [zu] ziehen, halt nur ein wenig weiter östlich.“ (WD Bundestag: 7). Real wurde der Osterweiterung keine geographischen Grenzen gesetzt. Was ihr heute erlaubt, bis ins Schwarze Meer Flottenposition zu beziehen.

US-Aufzeichnungen halten von einem Treffen zwischen Jelzin und Clinton im Mai 1995 anlässlich des 50. Jahrestags des Sieges über Hitler-Deutschland im Zweiten Weltkrieg in Moskau fest, dass Clinton von Jelzin Zustimmung zu „einer allmählich fortschreitenden, angemessenen Erweiterung der NATO“ erwartete: „Wir haben Ihnen (Jelzin – A.S.) bereits zugesichert, dass wir die Erweiterung verlangsamen werden. Wenn Sie uns auffordern sollten, damit ganz aufzuhören, müssen wir das zurückweisen.“¹²³

Aus russischen Dokumenten geht hervor, dass die Osterweiterung der NATO vom gesamten politischen Spektrum Russlands abgelehnt wurde.¹²⁴

Jahre später, im Kontext des Ukraine Konflikts, reagierte Russlands Präsident Putin nicht nur auf diese Realitäten. Er hatte auch begriffen, wie sehr

Savranskaya und Tom Blanton liegt bei LUFTPOST weiter vor: NATO Expansion: What Gorbachev Heard, Declassified documents show security assurances against NATO expansion to Soviet leaders from Baker, Bush, Genscher, Kohl, Gates, Mitterrand, Thatcher, Hurd, Major, and Woerner, Slavic Studies Panel Addresses “Who Promised What to Whom on NATO Expansion?”, https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansionwhat-gorbachev-heard-western-leaders-early#.WjAX9r_XxYI.twitter.

121 Ebenda, S. 2/14

122 Ebenda

123 Ebenda S. 4/14.

124 Ebenda S. 2/14

sich die frühere UdSSR-Führung unter Gorbatschow mit ihrem Vertrauensvorschluss an Deutschland, ja den Westen, verrechnet hatte. Dass Gorbatschow sich mit Putin im Kontext der Problematik Ukraine/NATO solidarisierte, ist nicht nur ein spätes Eigeständnis eigener Irrtümer, sondern verdeutlicht auch die ganze Tiefe von Vertrauensverlust und sicherheitspolitischer Fehlentwicklungen.

Mehr noch: Die Ausweitung des Vertrags- und militärischen Operationsraums der NATO kann als Ursprung einer heutigen Situation gelten, welche, wie General a. D. Harald Kujat befürchtet, „bei fortgesetzter Eskalation ähnlich 1914 wie Schlafwandler in einen militärischen Konflikt taumeln könnte.“¹²⁵

Hutchings fasste seine Erkenntnisse aus der Politik der Administration, welcher er gedient hatte, am Ende der Kalten Kriege zusammen: „Ähnlich wie 1919 und 1945 herrschte auch am Ende des (Kalten Kriegs – A.S.) die sieges-trunkene und erwartungsvolle Stimmung, daß die Werte, die den Feind besiegt hatten, sogleich auch Frieden schaffen würden. Aber auch diesmal erlitten die hoffnungsvollen Erwartungen Schiffbruch, sei es in den USA oder in Europa.“ „Nach dem (Kalten Krieg – A.S.) sah die Welt anders aus. [...] Die Bedrohung, hatte sich dramatisch verringert und die Bewertung von Macht merklich auf nichtmilitärische Dimensionen verlagert. [...] Doch anstatt unsere Interessen erneut auf den Punkt zu bringen, gegen unsere Möglichkeiten und Absichten abzuwägen [...] begannen wir, neue Bedrohungen heraufzubeschwören oder die internationale Rolle der USA im Lichte eines einzigen Leitmotivs zu betrachten.“ „Die Bush-Administration begann den Einfluß, den die USA auf die innenpolitische Dynamik Rußlands ausüben konnten, völlig überzubewerten und sich auf eine selbstzerstörerische Strategie einzulassen, die uns viel zu tief in die innenpolitischen Angelegenheiten Rußlands verstrickte.“ „Die Clinton-Administration sollte diese Fehler noch fortführen, indem sie die innere Umstrukturierung Rußlands an die oberste Stelle ihrer außenpolitischen Agenda setzte. [...] Aber sie war falsch. Denn dieses schöne neue Rußland war einzig das angemessene Ziel russischer Politik, nicht der amerikanischen. Natürlich wäre ein demokratisches, friedliches und kooperatives Rußland in jedermanns Interesse, nicht nur in dem der USA, aber zu

125 <https://rotary.de/gesellschaft/schlafwandler-wie-1914-a-12442.html>. General a. D. Harald Kujat war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

behaupten, daß die Vereinigten Staaten diesen Zustand herbeiführen könnten, ist reines Wunschdenken und zeugt von schon gefährlicher Überheblichkeit. [...] Und was die Einbeziehung Rußlands in das internationale System betrifft, so wäre ‚einladen‘ sicher ein viel besseres Verb als ‚integrieren‘. [...] Mit dieser Definition wären wir wohl auch nicht dem Versuch erlegen, den Russen ihre Interessen vorzuschreiben.“ (Ebenda: 430, 444, 445/46)

Die Wesenheit jenes von Hutchings „als falsch“ qualifizierten amerikanischen Vorgehens bringt Samuel P. Huntington in „Who Are We?“ auf den Punkt, wenn er feststellt, sie sei von einer „imperialen Dynamik [...] angetrieben, von dem Glauben an die [...] Universalität der amerikanischen Wertvorstellungen. [...] Nach der universalistischen Überzeugung haben die Menschen in anderen Gesellschaften im Grunde dieselben Wertvorstellungen wie die Amerikaner, und wenn sie sie nicht haben, wollen sie sie haben, und wenn sie sie nicht haben wollen, dann verkennen sie, was gut ist für ihre Gesellschaft. Dann haben die Amerikaner die Aufgabe, sie davon zu überzeugen und sie dazu zu bringen, daß auch sie die universellen Werte übernehmen, zu denen Amerika sich bekennt.“¹²⁶ Jene amerikanische imperiale, universalistische „Wertedynamik“ ist aus der Perspektive einer multipolaren Welt nicht nur lebensfremd. Sie könnte auch schier endlose West-Ost-Konflikt- und Krisenherde verursachen. Sie würden sich vor allem auf dem eurasischen Kontinent entfalten, sollten sich Westeuropa und die EU gegenüber Russland, China und einige regionale eurasische Mächte auf eine solche Dynamik einlassen.

126 Samuel P. Huntington, Who are we? Die Krise der amerikanischen Identität, Europaverlag, Hamburg-Wien, 2004, S. 454.

18 Neuer Kalter Krieg als evolutionärer Prozess

Die Gefahr eines „antihegemonialen Bündnisses“ und „gefährlichstes Szenarios“ sieht Brzezinski in einer großen Koalition zwischen China, Rußland und dem Iran.“

„Wir drei erlebten die Tiefpunkte der Beziehungen der USA zur Sowjetunion und die daraus resultierenden nuklearen Gefahren: Die Kubakrise von 1962, den arabisch-israelischen Krieg von 1973, die sowjetische Invasion in Afghanistan 1979 sowie die Konfrontation von 1981 bis 1983 über die Mittelstrecken-Raketen“, hieß es in einem Schreiben an Präsident Trump von George P. Shultz, Außenminister in der Regierung von Präsident Ronald Reagan (1982 bis 1989); William Perry, Verteidigungsminister in der Clinton-Administration (1994 bis 1997) und Sam Nunn, USA-Senator des Bundesstaats Georgia (1972 bis 1997). „Heute sind die USA, ihre Verbündeten und Russland in eine gefährliche politische Lähmung geraten, die, unbeabsichtigt oder durch Fehleinschätzung, seit fast 74 Jahren erstmalig in eine militärische Konfrontation und möglicherweise zum Einsatz von Atomwaffen führen könnte.

Einem solchen bedrohlichen Abgrund auszuweichen, bedarf eines mutigen Politikwechsels zur Neuordnung unseres Verhältnisses mit Russland. Anderenfalls könnten unsere Völker unversehens in einen nuklearen Konflikt geraten, ungleich prekärer, komplizierter und wirtschaftlich kostspieliger als der Kalte Krieg. Für die USA ist es die schwierigste und zugleich wichtigste Aufgabe, sich wieder auf Amerikas zentrale Interessen zu konzentrieren, bei Bewahren seiner Reaktionsfähigkeit auf eine etwaige russische Aggression.“¹²⁷

Der diese amerikanischen Spitzenpolitiker beunruhigende Umschwung im russisch-transatlantischen Verhältnis offenbarte sich bereits 2007 in Wladimir Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, als dieser die NATO-Osterweiterung als einen „provozierenden Faktor“ bezeichnete und unmissverständlich ins Auditorium fragte: „Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben? Wo sind jetzt diese Erklärungen?“¹²⁸

127 The Wallstreet Journal, WSJ/Opinion, 22 April 2019, Übersetzung A.S., <https://www.wsj.com/news/opinion>.

128 Wladimir Putin: Rede auf der Münchner Konferenz zu Fragen der Sicherheitspolitik, 2007,

Zwischen Putins „Mahnung“ 2007 und den ersten Jahren nach dem Ende des Kalten Kriegs ermutigte eine kurze Phase militärischer Entspannung die politische Vertrauensbildung zwischen den USA und Russland. „In der Rüstungskontrolle gelangen weitreichende Reduzierungen. Vor allem Russland rüstete asymmetrisch ab. Bereits bei den Verhandlungen zur Eliminierung landgestützter Mittelstreckensysteme (INF, 1987) hatte die UdSSR weit mehr abgerüstet als die USA. Nach dem unilateralen Rückzug der Roten Armee aus Osteuropa folgte mit dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE, 1990) das nächste Abkommen, in dem Russland zahlenmäßige Überlegenheit aufgab. Mit dem reziproken START-Vertrag (1991) und diversen politisch verbindlichen Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) unter der Obhut der KSZE/OSZE – hier besonders das Wiener Dokument – setzten die Parteien den Schlussstein unter eine neue militärischen Ordnung. Zum gemeinsamen Sicherheitskodex gehörten militärische Zurückhaltung, allseitige Transparenz und die Versicherung, sich nicht mehr gegenseitig nuklear zu bedrohen. [...] Durch den Fortbestand der NATO erhielt jedoch eine neue Sicherheitsordnung Europas erhebliche und sich verstärkende Unwucht.“¹²⁹

In diesem Kontext schwebten auch noch die ermutigenden Positionen von Kanzler Kohl, Außenminister Genscher und des NATO-Generalsekretär Wörner mit, wie die Trennung der Völker Europas zu überwinden, die Sowjetunion/Russland in die Gestaltung der europäischen Zukunft einzubeziehen, für „unseren gemeinsamen Kontinent eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung“ zu schaffen.

Die SPD entwickelte gleichfalls alternative Erwägungen im Sinne eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems, welche Egon Bahr in dem von ihm geleiteten Hamburger Institut für Friedens- und Konfliktforschung ausarbeitete. Er ließ sich bei seiner Konzeption für die Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs vom „Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok als sicherheitspolitische Einheit“ leiten. „Europa habe die Chance, die Sicherheit

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>

129 Ullrich Kühn, Sicherheit mit Russland, Sicherheit vor Russland, Vom Umgang mit der erneuten Konfrontation, S.102, in: Europa und die neue Weltunordnung, Analysen und Positionen zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, Band 10 der Reihe Europa, Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, https://www.boell.de/sites/default/files/endf_europa-weltunordnung_web.pdf?dimension1=division_asp.

seiner Staaten so zu organisieren, daß Kriege zwischen ihnen unmöglich werden.“

In den „Grundzügen eines kollektiven Sicherheitssystems“ ging es Egon Bahr um solche Vereinbarungen und Mechanismen, die „jedem Staat, unabhängig von seiner Größe, dieselbe Sicherheit gegen jeden Angreifer gibt.“ „Eine europäische Sicherheitsgemeinschaft“, so Egon Bahr, würde der Europäischen Union gestatten, sich politisch und wirtschaftlich zu entwickeln, zu vertiefen, auszuweiten, wie es ihren Wünschen und Fähigkeiten entspricht, während auf dem Sektor der Sicherheit gesamteuropäische Organe geschaffen würden, die Russland einschließen. Ob dieses Land in zehn oder fünfzehn Jahren Demokratie und Marktwirtschaft entwickelt, ob es das überhaupt will oder kann, an westeuropäischen Maßstäben gemessen, ist offen, unausweichlich ungewiss; doch auf Russlands Stabilität zu warten, ehe Sicherheit organisiert wird, wäre ein Jahrhundertfehler.“¹³⁰

Der Jahrhundertfehler fand nicht statt. Eine Konzeption für die Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs vom „Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok als sicherheitspolitische Einheit“ wäre auf eine großräumige eurasische transkontinentale Sicherheitsverständigung hinausgelaufen. Konträr zu amerikanischen Ansichten.

Die strategischen Erwägungen des Clinton-Beraters Zbigniew Brezinski von 1997 gelten de facto bis in die Gegenwart: „Eurasien ist der Ort, auf dem Amerika irgendwann ein potenzieller Nebenbuhler um die Weltmacht erwachsen könnte. [...] Eine wirkliche Entscheidung für ein vereintes Europa wird eine entscheidende Neuordnung der NATO erzwingen, die unweigerlich die Vormachtstellung der USA innerhalb des Bündnisses schwächen wird. [...] Eine Politik für ein geeintes Europa wird sich außerdem – wenn auch gemeinsam mit den Europäern – der hochsensiblen Frage nach Europas geographischer Ausdehnung stellen müssen. Wie weit sollte sich die Europäische Union nach Osten erstrecken? Und sollten die Ostgrenzen der EU zugleich die östliche Frontlinie der NATO sein? Ersteres ist mehr eine europäische Entscheidung, wird sich aber unmittelbar auf eine NATO-Entscheidung auswirken. Diese allerdings betrifft auch die Vereinigten Staaten, und die Stimme der USA ist in der NATO noch immer maßgebend. [...] Nicht völlig auszuschließen ist die Möglichkeit einer großen europäischen

130 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, Karl Blessing Verlag, München, 1996, S. 566

Neuorientierung, die entweder eine deutsch-russische Absprache oder eine französisch-russische Allianz zur Folge hätte.“ Die Gefahr eines „antihegemonialen Bündnisses“ und „gefährlichstes Szenarios“ sieht Brzezinski in einer großen Koalition zwischen China, Rußland und dem Iran.“¹³¹

Nach diesem Schema lässt sich ziemlich genau die gegenwärtige USA- und NATO-Politik gegenüber Europa und Eurasien beobachten und verfolgen.

Gegenwärtig läuft der eurasische Kontinentalraum Gefahr, sich zum Dreh- und Angelpunkt neuer multipolarer Kräfteverhältnisse zu entwickeln. Die USA erheben für diesen Raum unverblümt ihren Anspruch auf hegemoniale Vorherrschaft an, indem sie erklären, dass sie Russland und China nicht erlauben, sich in Eurasien zu regionalen Hegemonien aufzuschwingen. In einer am 27. Januar 2021 veröffentlichten Zuarbeit für den US-Kongress heißt es: „Das Schlüsselement der nationalen Grand Strategie der USA ist, das Ziel zu verfolgen, das Entstehen regionaler Hegemonien in Eurasien zu verhindern.“ Die Zuarbeit des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses umreißt auch dafür erforderliches militärisches Potential.¹³²

Das ist zugleich deren Zwickmühle für Europa, multi- wie bilateral, welche die USA vermittels der NATO permanent geschlossen halten.

Der ungebremsen NATO-Osterweiterung kam Russlands Wiedereingliederung der Krim 2014 entgegen. Diese Aktion Russlands kam dem Westen entgegen, um die gesamte Kausalität in den Hintergrund zu verdrängen, welche Russland zu dieser Aktion motivierte und Putin als Initiator eines neuen Kalten Kriegs zu brandmarken.¹³³ Dem folgte das „Weißbuch zur

131 Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Fischer, 1995, SS. 64, 80/81, 87/88.

132 Renewed Great Power Competition: Implications for Defense—Issues for Congress, Congressional Research Service, Report for Prepared for Members and Committees of Congress, Seite 3, <https://crsreports.congress.gov/R43838>, Updated January 27, 2021.

133 General Harald Kujat polemisiert gegen diese unrichtige Darstellung: „Der Westen definiert seine Beziehungen zu Russland heute überwiegend als Folge der Ukraine-Krise. Man könnte auch sagen, der Blick auf Russland ist verengt, es ist sozusagen ein ukrainischer Tunnelblick. Begründet wird dies mit einer wertorientierten Außen- und Sicherheitspolitik, vor allem mit dem Hinweis auf das Völkerrecht. Eine Haltung, die man nach den völkerrechtswidrigen Angriffen westlicher Staaten auf Syrien durchaus hinterfragen könnte. Wie auch immer, diese Politik ist weder Realpolitik noch rationale Interessenpolitik.“, Harald Kujat, Vortrag an der Landesverteidigungsakademie Wien am 06. Juni 2018, Cicero, Der Blick des Westens auf Russland ist verengt, 14. November 2018, <https://www.cicero.de/aussenpolitik/europaeische-armee-russland-nato-westen-usa>.

Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016“: „Durch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben, stellt Russland die europäische Friedensordnung offen in Frage. Dies hat tiefgreifende Folgen für die Sicherheit in Europa und damit auch für die Sicherheit Deutschlands.“¹³⁴

Im Unterschied zu dieser manipulativen Position hat man im US-Militär auf Russlands Sicherheitsmotive intern einen nüchternen Blick. „Russlands strategischer Kurswechsel ist hauptsächlich bedingt durch die Expansion der NATO auf Kosten der früheren Länder des Warschauer Paktes (Osteuropa), sowie der früheren sowjetischen Republiken (Lettland, Estland, Litauen)“. So das US Army's Command and General Staff College Press of the Combined Arms Center in Fort Leavenworth, US-amerikanische Management-Leitstelle für Kultur, regionale Expertise und Sprachen, konstatierte nüchtern in einer Studie vom März 2017. Das sei, so die Studie, die „treibende Kraft hinter dem russischen Militarismus“, „eine Reaktion auf die Expansion der NATO. Dies ist das Grundprinzip hinter den strategischen Bemühungen Russlands in der Region und darüber hinaus“. ¹³⁵ Ulrich Kühn, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), Universität Hamburg, schätzt zutreffend ein, dass der russischen Führung die Ausdehnung der NATO nach Osten sowie die „farbigen Revolutionen“ in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft als essentielle Herausforderungen gelten – als eine geopolitische Annäherung des westlichen Militärs an die Grenzen Russlands.¹³⁶

Der „Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft“ im Auswärtigen Amt, Gernot Erler (SPD), schätzte 2017 ein: „Heute erleben wir eine tiefe Krise zwischen Russland und dem Westen. Und die ist auf den ersten Blick vom Ukraine-Konflikt ausgegangen. [...] Die Krise hat offenbar Wurzeln, die tiefer liegen. Immer mehr schält sich heraus, dass der Konflikt nicht

134 Die Bundesregierung, Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016“, S. 31.

135 Die NATO erobert die Welt, Rubikon, 07. April 2018, <https://www.rubikon.news/artikel/die-nato-errt-elt>.

136 Ulrich Kühn, *Cooperative Arms Control in Europe (1973–2014) a Case of Regime Decay?*, Hamburg 2015, S. 152., <https://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2016/7887/pdf/Dissertation.pdf>.

Anlass, sondern Produkt eines schon länger währenden Prozesses von Vertrauensverlust und Entfremdung“.¹³⁷ ist.

Folglich lassen weder sachliche¹³⁸, noch grundsätzliche Aspekte zu, für das Entfesseln eines neuen Kalten Kriegs singulär Russland verantwortlich zu machen. Auch geht es hier nicht um die Definition einer „Stunde Null“. Das Prinzipielle besteht darin, dass sich neuer West-Ost-Konflikt und Kalter Krieg historisch aus einem evolutionären Prozess heraus entwickelten, welcher deren kausale Determinanten, Widersprüche, Gegner- und Feindschaften generierte. Diese Kausalität und ihren evolutionären Charakter im Blick zu behalten ist wichtig, um Konfliktursachen auszuräumen, dafür Strategie- und Politikfehler auf Gewinne und Verluste selbstkritisch und realistisch zu hinterfragen, Absichten zu korrigieren.

In welch hohem Maß an Bedrohlichkeit sich Europa und seine eurasischen Nachbarn dreißig Jahre nach der friedlichen Beilegung des Ost-West-Konflikts befinden, verdeutlicht eine Lageeinschätzung aus russischer Perspektive:

„Russland und die NATO sind heute zu einer offenen Abschreckung zurückgekehrt, die mit den Gefahren von Wettrüsten und militärischer Risiken behaftet ist, vor allem in Regionen direkter Berührung Osteuropas. Dort nähern sich die Militärmanöver beider Seiten den Ausmaßen des Kalten Krieges. Sowohl Russland als auch die NATO betrachten sich in diesen Grenzregionen gegenseitig als Gegner.

Auch das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und China beeinflusst die Beziehungen zwischen der NATO und Russland sowie den Vereinigten Staaten und Russland. Trump und seine Regierung verfolgen gegenüber China Eindämmungsstrategie. China baut im Gegenzug sein militärisches Potenzial aus, um einer globalen Konfrontation mit den USA vorzubeugen. In diesem

137 NEUE OSTPOLITIK – ENTSPANNEN, EINDÄMMEN, ABSCHRECKEN?, DGAP-Veranstaltung, Berlin, 1. Juni 2017, <https://dgap.org/de/veranstaltungen/neue-ostpolitik-entspannen-eindaemmen-abschrecken>

138 In den USA wurde 2019 enthüllt, dass die US-Administration seit 2009 die Akzeptanz US-amerikanischer Präsenz auf der Krim durch deren Bevölkerung prüfen ließ. Dem lag die Absicht zugrunde, auf der Krim Sewastopol, Standort der russischen Schwarzmeerflotte, als U-Bootstützpunkt unter USA-Kontrolle zu stellen. („Under U.S. President Barack Obama, the U.S. Government had a detailed plan, which was already active in June 2013, to take over Russia's main naval base, which is in Sevastopol in Crimea, and to turn it into a U.S. naval base“.) Europe Reloaded, November 4, 2019, <https://www.europereloaded.com/the-obama-regimes-plan-to-seize-the-russian-naval-base-in-crimea/>.

Zusammenhang beschloss die Trump-Regierung, sich aus einer Reihe von Abkommen mit Russland zurückzuziehen. Dabei handelt es sich um Abkommen älteren Datums, denen China nicht angehört, jedoch den Vereinigten Staaten die Hände binden. Auch erwägen Donald Trump und seine Regierung, sich auch aus weiteren internationalen militärischen Verträgen zurückzuziehen, so aus dem Open-Skies-Vertrag, dem INF-Vertrag und dem ABM-Vertrag.

Die negativen Entwicklungen der letzten Jahre in den Ost-West-/West-Ost-Beziehungen bewirkten den Zusammenbruch der in Jalta und Potsdam vereinbarten Nachkriegsordnung, ohne Verständigung über eine neue gemeinsame europäische Ordnung. Gegenwärtig zeichnen sich weder Bedingungen und Mittel, noch Möglichkeiten für eine neue europäische Helsinki-Vereinbarung ab.¹³⁹

Bilanz

Während des Ost-West-Konflikts waren Kalter Krieg und eine *sozialistische Sowjetunion* Synonyme. Das wiederholt der neue Kalte Krieg mit einem *kapitalistischen* Russland in der Gegenwart. Im Zentrum all dessen, was heute unter West-Ost-Konflikt und Kaltem Krieg subsummiert werden kann, steht erneut eine anti-russische Offensive. Ihre Ausweitung auf China ist in Vorbereitung.

Es ist der hybride Charakter von Absichten, Mitteln, Methoden sowie dafür Länder übergreifend mobilisierter „human resources“, welche die Alleinstellungsmerkmale des neuen Kalten Kriegs und West-Ost-Konflikts prägen. Vor allem aber seine Gefährlichkeit: Eine nach Osten erweiterte NATO ist ihr militärischer Flügel. Im schlimmsten Fall kann zeitgleiches Verquicken dieser politischen und militärischen Mittel bei Betroffenen extreme Wahrnehmung und irrationale Erstschlagsreaktionen verursachen. Wo immer sie agiert, soll sie Staatsführungen und politische Systeme in Frage stellen, oder sogar beseitigen. „Regime Change“ macht die Frage von „Krieg oder Frieden“ brisant.

139 Darko Todorowski, Russland und die NATO, Russian Foreign Affairs Council, Moskau, 28. November 2019. Russ., (Übersetzung A.S.), https://russiancouncil.ru/blogs/dtodorovsky/rossiya-i-nato-novaya-paradigma-otnosheniy/?sphrase_id=33697843.

19 Zusammenfassung

Die Sprengkraft des neuen Kalten Kriegs ist ausschlaggebend höher als die des ersten. Friedliche Koexistenz bleibt womöglich einziger realistischer Ausweg aus der ruinösen Krise.

Die NATO steht, militärisch und ideologisch hochgerüstet, auf Russlands europäischer Türschwelle. Ihr letztes, direkt ins Innere Russlands führendes Schlupfloch – die Krim – hat Russland geschlossen und wird es auch nicht wieder öffnen. „Was nun?“ Vor dieser Frage stehen beide Seiten: Die Schwelle überschreitender Angriff für die eine, Vorneverteidigung für die andere. Beide laufen auf Krieg hinaus. Und es wäre kein geringfügiger. Auf jeden Fall ergreife er erneut Europa. Womit die Frage „Was nun?“ eine europäische kollektive ist.

Friedliche Koexistenz bleibt womöglich einziger realistischer Ausweg aus jener ruinösen Krise, in der sich das Verhältnis zwischen EU-Europa und seinem eurasischen kontinentalen Kontext seit geraumer Zeit befindet.

Die Krise ist Auswuchs eines West-Ost-Konflikts, dessen Instrumentarium sich in einem neuen Kalten Krieg zusammenballt. In Europa kausal verwurzelt, manipulierten jene Krise von vornherein amerikanische Eigeninteressen auf internationales Geleis ohne Endpunkt. Gegenwärtig erörtern US-Institutionen Pläne, *Eurasien* zur Hauptregion amerikanischer Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie zu deklarieren mit dem Ziel, dort keine regionalen Hegemonien in Gestalt Russlands und Chinas zuzulassen.

Der West-Ost-Konflikt und sein Kalter Krieg sind in ihrem Kern hegemoniale ordnungspolitische Gegnerschaft zu sich nicht subordinierenden Führungen anderer Staaten. Dass deren politische Ordnungen autoritäre sind, dürfte von sekundärem Stellenwert sein, liiert sich westliche Politik doch mit Staatsführungen, welche globale Werte in hohem Maße missachten.

Die hauptsächlichen Mittel des neuen Kalten Kriegs sind ein offensiver, auf Regime Change ausgerichteter, sanktionsbewehrter „Kalter Wertekrieg“ sowie die Osterweiterung der NATO.

Die Sprengkraft des neuen Kalten Kriegs ist ausschlaggebend höher als die des ersten, weil jetziger die Totalisierung von Politik und Mitteln erheblich verdichtet. In ihm greifen ineinander „Kalter Wertekrieg“, militärische Mittel der NATO sowie „veränderte Muster von Druckausübung“ – Sanktionen aller Couleur. „Wirtschaftskrieg ohne offizielle Kriegserklärung, Einfluss auf

Entscheidungssträger, Verhängung von Wirtschaftssanktionen ermöglichen den Entscheidungsträgern in den USA und Europa, ihren Gegnern genauso hohe politische und wirtschaftliche Kosten wie mit einem Kriegseinsatz aufzuerlegen, um deren Entscheidungsfindung zu beeinflussen – ohne Soldaten ins Unglück schicken zu müssen.“ (Lohmann)

Diese Konfliktballung bildet den Hintergrund eines „Prozesses von Vertrauensverlust“, welchen Gernot Erler 2017 (Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Auswärtigen Amt) im Blick hatte, wenn er einschätzte, dass „die Krise der Entfremdung offenbar Wurzeln hat, die tiefer liegen. Immer mehr schält sich heraus, dass der Konflikt (hier der Krimkonflikt 2014 – A.S.) nicht Anlass, sondern Produkt eines schon länger währenden Prozesses war.“

Das Unterfangen der transatlantischen Verbündeten, ihr wertemäßiges und ordnungspolitisches System in Russland sowie den Staaten des postsowjetischen Raums bis nach Zentralasien zu verankern, erweist sich, Erkenntnisse politischer Kultur- und regionaler Forschung missachtend, als *die* zu erwartende Fehlkalkulation: Des Bündnisses Favoriten, so in der Ukraine und Georgien, folgen, einmal an der Macht, traditionellen wertestrukturellen Zwängen ihrer Gesellschaften, derer sie sich für die eigene Machtsicherung bedienen. Deren vom Westen erwartete Zuwendung zu einem politischen System seiner Prägung bleibt zweifelhaft. In Zentralasien folgen die Führungen eigenen traditionellen Strukturen, Regeln und islamischer Religion. Als politisches System bildete sich eine sultanische Obrigkeitsvariante. Heute ist Zentralasien erneut muslimisch mit brüchigem Säkularismus. Die Frage nach der perspektivischen ordnungspolitischen Ordnung ist offen. Werte- und Normenexport scheiterte mit der EU-Mittelmeerstrategie am krassesten im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika. In Afghanistan erlitt er eine opferreiche politische und militärische Niederlage.

Summa summarum: In den „post-sowjetischen“ Staaten wird es der Westen noch für einige Generationen mit einem spezifischen Typ „bürokratischen Familienclan-Kapitalismus und -Kapitalisten sowie politischer Machteliten zu tun haben, welcher den wertemäßigen Zielabsichten des Westens nicht folgt. Sie sind das Produkt einer neoliberalen Transformationspolitik („Washington Consens“), welche schnelle Privatisierung von Eigentum in ihren Mittelpunkt stellte. Dessen Zugang monopolisierten und sicherten sich zumeist systemetablierte Eliten. Nie zuvor hat das Clansystem einen solch

gewaltigen Aufschwung erfahren wie durch jene westlich initiierte Privatisierung „von oben“.

Zurückgeblendet auf den West-Ost-Konflikt im Ganzen, erweist sich sein Instrument „Kalter Wertekrieg“, einerseits, als stumpfe, aber extrem friedensgefährdende „Waffe“ in der Auseinandersetzung mit dem systemischen Gegner. Er zerstört Beziehungen zwischen Staaten sowie Voraussetzungen für eine *pragmatische Koexistenz* (Spranger).

Systemischer Pluralismus keine Veranlassung zu Kaltem Krieg

**„Wir alle sind jetzt aufgerufen, eine neue Architektur
für das Europäische Haus zu gestalten“ (Kohl)**

Dass systemischer Pluralismus per se keine Veranlassung zu Kaltem Krieg zu sein braucht, ist eine der wichtigsten, entspannungsfördernden Erkenntnisse aus der Periode friedlicher Koexistenz Europas. Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, NATO-Generalsekretär Manfred Wörner verstanden es, systemische Divergenzen *pragmatisch* zu überbrücken ohne eigene Systemwerte und Normen zu verletzen, geschweige denn zu gefährden. Gleiches galt für maßgebliche Politiker der SDP, wie Willy Brand und Egon Bahr.

Von grundsätzlichem politischem Wert bleiben deren Überlegungen zur Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsordnung, deren Institutionalisierung und Konsolidierung in und durch die KSZE. Bundeskanzler Kohl erklärte vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1990: „Wir alle sind jetzt aufgerufen, eine neue Architektur für das Europäische Haus, für eine dauerhafte und für eine gerechte Friedensordnung auf unserem Kontinent zu gestalten.“ Eine Position, welche die USA von vornherein blockierten.

Dass im Unterschied zur Osterweiterung der NATO auch alternative kooperative Modelle gedacht wurden, verdeutlichen die Zukunftsprinzipien der Atlantischen Allianz des damaligen Generalsekretärs Manfred Wörner: „A Changing Alliance: from confrontation to cooperation; from a military to a political Alliance; from deterrence to protection against risks and the guarantee of stability; from peace-keeping to peace-building; from a US-led Alliance to a genuine partnership with the Europeans now playing an equal leadership role.“

Friedliche Koexistenz und neuer Kalter Krieg

Gesamtkonstruktion von *Modus vivendi* – Generalschlüssel zur friedlichen Koexistenz

Die Beziehungen zwischen den europäischen und eurasischen Staaten von ihren Spannungen zu befreien erfordert, den gegenwärtigen Zustand zu überwinden, in welcher der Kalte Krieg Staatenbeziehungen als seine Waffe missbraucht. Erfahrungen des KSZE-Prozess bieten dafür eine Blaupause.

Erstens: Der KSZE-Prozess funktionierte *parallel* zum ersten Kalten Krieg und bot somit Räume zu gleichberechtigtem Problemabgleich. (Ein ultimatives Gegenteil bietet die neue NATO 2030-Strategie mit einem „Ausgleichsangebot an Russland zu *ihren Bedingungen*“. Im Klartext: Ausgleich nicht gewollt.

Zweitens: Prioritäres Verständnis von „Konfliktzivilisierung“ (Senghaas) war die Prävention von Krieg zwischen den *Staaten*. Das beruhte auf einer Perzeption, der zufolge nicht Systemunterschiede per se primäre Bedrohungssache darstellen, sondern die *Militarisierung des Umgangs* mit diesen. Daraus entwickelte sich im Laufe des Helsinki-Prozesses ein Verhaltenssystem:

- Die europäischen Führungen aus West und Ost verstanden es, ihr *Staatenverhältnis* vor dem eigentlichen Damoklesschwert permanenter gegenseitiger Sicherheitsbedrohung zu bewahren und ihr (auch persönliches) *Verhältnis auf Führungsebenen* in Takt zu halten.
- Ost und West vermochten es, während des ersten Kalten Kriegs sicherheitspolitische Unberechenbarkeit auf einem gegenseitig abgestimmten Niveau „einzufrieren“ oder zu adjustieren. Dies ermöglichte eine vergleichsweise gegenseitige sicherheitspolitische Berechenbarkeit. Das kam vor allem einem „Ruhens der Waffen“ in Zentraleuropa, der Trennlinie zwischen den Pakten, zugute.
- Daraus entwickelte sich ein auf zwei Säulen beruhender *Modus vivendi* zwischen Ost und West: Säule eins der *militärische Status quo*, Säule zwei die mit friedlichen Mitteln auszutragende politische Konkurrenz.

Diese Gesamtkonstruktion von *Modus Vivendi* als Stabilität der Staatenbeziehungen, Arbeitsverhältnis auf Führungsebenen, militärischem *Status Quo* erwies sich als eine Art Generalschlüssel zur friedlichen Koexistenz. Er ermöglichte konsequent demokratisches Verhalten der Staaten zu und miteinander, vor allem der großen internationalen und regionalen.

West-Ost-Konflikt, neuer Kalter Krieg und Europa

„Bei Spannungen schrumpft der Einfluss Europas, bei Konfrontation verringert sich sein Gewicht, bei Ausbruch offener Gewalt verschwindet es weitgehend. Krieg ist der Feind Europas.“ Egon Bahr

Der neue Kalte Krieg schadet Europa und der EU am meisten: Er spaltet den gemeinsamen eurasischen Raum. Er hindert daran, Europas eurasische kontinentale Verortung zum gegenseitigen Vorteil in den Blick zu nehmen. Letzteres ist perspektivisch von zentralem Gewicht, denn niemand anderes kann sich einer kontinentalen Nachbarschaft dreier Zentren der neuen multipolaren Weltkonstruktion erfreuen, wie China, Europa und Russland. Ein Verhältnis friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit könnten sie gemeinsam zum globalen wirtschaftlichen Gravitationszentrum machen. „Es wäre die eigentliche Aufgabe Westeuropas, mit seinem spezifischen Potenzial zur Zivilisierung von Konflikten beizutragen... Dies schließt die Einleitung des Kurs- und Perspektivenwechsels sowohl gegenüber Russland als auch gegenüber China ein, da ein solcher Wechsel nur in Europa stattfinden kann. Von den USA ist diesbezüglich derzeit nichts zu erwarten“ (Spranger). Voraussetzung dafür ist, die Beziehungen zwischen den europäischen und eurasischen Staaten von Spannungen und befreien.

„Friedenspolitische Konturen und Entspannungswilligkeit

Dieses Papier wies eingangs darauf hin, dass seine empirischen Untersuchungen gewisse produktive Konturen aufweisen. Sie sollen nunmehr abschließend aus entspannungsförderlicher Perspektive aufgefüllt werden. Der Anspruch lautet: Welche Konfliktraspekte des West-Ost-Konflikts und neuen Kalten Kriegs wären pragmatisch und zeitnah überbrückbar?

Als „produktiv“ verdienen zunächst auch Konturen verstanden zu werden, welche, unberücksichtigt, gestalterische Wege versperren. Das sei hier zunächst auf das eurasische Staatenverhältnis im OSZE-Raum angewendet. Die höchste Hürde ist der „Kalte Wertekrieg“, wie diese Studie verdeutlicht. Vielmehr ist in Rechnung zu stellen, dass der „europäische Wertekanon“ auf der Tagesordnung „nicht-europäischer“ Staaten jenes Raums für unkalkulierbare Zeiträume nicht steht.

Zu gestalterischen Wegen unter dem Gesichtspunkt „die pluralistische Staatenwelt gleichgewichtig verstehen und Koexistenz von Werten und Interessen entsprechend zu erhalten.“ (Hacke)

Erstens: Europäisch/eurasische Staatenverhältnis und -Beziehungen entspannen. Ein erster wesentlicher Schritt dahin wäre, sie von den Gefechten um die Werteproblematik zu entlasten. Davon wären erhebliche atmosphärische Verbesserungen zeitnah erreichbar. Es ist kein objektiver Grund dafür zu erkennen, den „Kalten Wertekrieg“ nicht umgehend einzustellen. Weder sind Werte-, noch politische Ordnungsidentität westlicher Gesellschaften aus dem Osten gefährdet. Das Durchsetzen der Menschenrechte sollte seinen Schwerpunkt auf die Bewahrung physischer Unversehrtheit des Menschen als elementarste Voraussetzung jeden demokratischen Fortschritts legen. Die physische Unversehrtheit des Menschen einfordernden und schützenden Konventionen sind durchzusetzen.

Zweitens, ein diplomatischer Ansatz sollte Stellenwert und Platz der Werteproblematik unter zeitgenössischen multipolaren sowie soziokulturell pluralen Bedingungen realistisch bewerten. Konkret sollte das für Russland und den gemeinsamen eurasischen Raum beginnen. Für den Umgang mit dem Wertekonflikt sollten Modalitäten entwickelt werden, die kooperative Staatenverhältnisse ermöglichen. Die Werteproblematik ist aus jedem militärpolitischen Kontext, so der NATO, zu entfernen.

Drittens, Einhaltung der Prinzipien der „Helsinki Schlussakte“ sowie der „Charta von Paris“. Im Rahmen der OSZE sollten deren Signatarstaaten sich erneut dazu verpflichten, deren Prinzipien und Grundregeln einzuhalten. Diese Staaten haben die Schlußakte unterschrieben, kennen deren Inhalt und stimmten deren Gültigkeit auch nach dem Ende des ersten Kalten Kriegs als Bestandteil einer europäischen Friedensordnung zu. Realiter wurde diese Ordnung von den neuen Staatenkonflikten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und ersten Kalten Kriegs zerrieben. Die Schlussakte sollte ihre Gültigkeit als normativer Bezugsrahmen behalten.

Viertens, Rolle der OSZE für die Überwindung des West-Ost-Konflikts und des neuen Kalten Kriegs. Deren Konfliktstruktur weist u.a. Brennpunkte militärischen Charakters auf, deren präventive Regelung wesentlich zu europäischer Entspannung beitrüge. So durch regionale Nichtangriffsvereinbarungen entlang der EU-Ostgrenze.

Die OSZE sollte eine Leitfunktion bei der Modernisierung friedlicher Koexistenz im euroasiatischen Raum ihrer Mitgliedstaaten übernehmen. Sie ist dafür die am effektivsten ausgestattete regionale Organisation mit bewährten Staatenbeziehungen und -Mechanismen, gegenseitiger Kenntnis politischer Positionen und von allen Mitgliedsstaaten anerkannte konstitutive Prinzipien und Regeln. Jedoch auch dieser Raum erfuhr seit der Charta von Paris eine bemerkenswerte Pluralisierung von Interessen, Werten und politischen Systemen, deren Dynamik das dogmatisierte Werteparadigma als Beziehungspunkt ihrer westlichen Mitglieder nicht zu folgen vermochte, zukünftig immer weniger. Noch verfügt die OSZE über Voraussetzungen, „Laboratorium“ für das Konstruieren eines eurasischen modernen dynamischen Verständnisses friedlicher Koexistenz zu sein.

Der Autor



Dr. Dr. h.c. Arne Clemens Seifert, Botschafter a.D.

Senior Research Fellow, WeltTrends Institut für Internationale Politik

Dr. h.c. des Orient-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften

Geb. 1937, Studium am Institut für Internationale Beziehungen, Moskau, Diplom; Spezialisierung für Türkei, Iran, Afghanistan; Promotion am Institut für Internationale Arbeiterbewegung, Berlin

Außenministerium der DDR: Arbeitsbereiche u.a. als Sektorleiter Irak, Iran, Afghanistan; Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stellvertreters des Ministers; Botschafter der DDR im Staat Kuwait; Abteilungsleiter im Außenministerium.

Nach 1990 u.a. OSZE-Mission in Tadschikistan, Political Officer; Zentralasienerberater am Zentrum für OSZE-Forschung (CORE), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg.

Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, Projekte, Konferenzen zu Aspekten von Konfliktprevention, Transformation in Zentralasien. Jüngste Publikation: Dialog und Transformation, 25 Jahre OSZE- und Zentralasienforschung, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2017.

Welt Trends

Das außenpolitische Journal



Globale Entwicklungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Machtverschiebungen in den internationalen Beziehungen, Klimapolitik und Abrüstung: *WeltTrends* analysiert und diskutiert internationale Politik – unabhängig, kritisch, monatlich.

ISSN 0944-8101 | 5,80 Euro | 72 Seiten

 **Welt Trends**
Potsdamer Wissenschaftsverlag

verlag@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de